



Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

68. Jahr Heft 1/2 Jan./Feb. 2015



**TARIFRUNDE 2015:**

**WIR LASSEN UNS NICHT ABHÄNGEN!**

**GEW-Beitragsquittung für 2014**

Diese HLZ erscheint als Doppelnummer 1-2/2015. Im Februar erscheint keine HLZ. Der eßw ist dann das Jahresprogramm von *lea*, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt. Im Umschlag der eßw 2/2015 finden Sie außerdem die Beitragsquittung für 2014 und Ihren aktuellen GEW-Mitgliedsausweis.

**HLZ-Titelbild**

Das Titelbild dieser HLZ entstand unter Verwendung eines Fotos von *Chris Grabert* (flickr.com/photos/chris\_grabert, Lizenz Creative Commons).

**Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung****GEW-Fachtagung am 23. Februar 2015 in Frankfurt**

Die Fachtagung von GEW und *lea* „Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung - Herausforderungen für die Bildungsarbeit“ greift ein Thema auf, das um Schulen und sonstige pädagogische Einrichtungen keinen Bogen macht. Pädagogische Einrichtungen gelten zumal in sozialen Brennpunkten vermehrt als Rekrutierungsfelder radikaler Sala-

**HLZ-Schwerpunktthemen 2015**

Die HLZ-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahr 2015. Für das erste Halbjahr des neuen Jahres plant die HLZ-Redaktion die folgenden Titelthemen:

*Heft 3/2015: Kriegsende in Hessen 1945*

*Heft 4/2015: Hochschule*

*Heft 5/2015: Betreuung und Ganztag*

*Heft 6/2015: Projektunterricht*

*Heft 7-8/2015: Medien und Medienmacht*

• Redaktionsschluss ist immer am 5. des Vormonats. Anregungen und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht. Leserbriefe, Einsendungen und Anfragen an die Redaktion per Mail an: freiling.hlz@t-online.de

festen. Weitere Informationen über die Fachtagung und ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte *Enis Gülegen*, einem der Referenten, finden Sie in dieser HLZ auf den Seite 34 und 35.

• *Anmeldung für das lea-Seminar D7040 per Mail (anmeldung@lea-bildung.de) oder online (http://lea-bildung.de)*

**Ganztagschule und Lernkultur****Jahrestagung des Ganztagschulverbandes am 23. April 2015 in Hattersheim**

Der Landesverband Hessen des Ganztagschulverbandes führt seine diesjährige Fachtagung am 23. April 2015 von 9.30 bis 16.30 Uhr an der Heinrich-Böll-Schule in Hattersheim durch. Zu der Tagung mit dem Schwerpunktthema „Ganztagschule und Lernkultur“ sind alle Schulen eingeladen, die bereits ganztägig arbeiten, aber auch Schulen, die auf dem Weg zur Ganztagschule

sind. Die Zertifizierung durch das Landesschulamt ist beantragt. Hauptreferenten sind *Otto Herz* und *Jürgen Fischer*. Am Nachmittag finden mehrere Workshops und Foren statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 30 Euro, für Mitglieder des Ganztagschulverbandes 20 Euro.

• *Programm und Anmeldungen: www.ganztagschulverband-hessen.de; Nachfragen an: gkseelmann@t-online.de*

**Aus dem Inhalt****Rubriken**

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 29 Aus der Personalratsarbeit
- 36 Jubilarinnen und Jubilare
- 37 Magazin

**Titelthema: Tarifrunde 2015**

- 7 Operation Düstere Zukunft 2.0
- 8 Der hessische Sonderweg
- 10 Die Mitglieder haben das Wort
- 12 Tarifrunde 2015 an Hochschulen
- 14 Geld ist genug da
- 16 Streikrecht und Beamtenbesoldung vor dem Bundesverwaltungsgericht

**S. 19-22: lea-Fortbildungsprogramm****Einzelbeiträge**

- 23 Landesdelegiertenversammlung der GEW: Eine Nachlese
- 24 Landesschulamt wird aufgelöst
- 26 13 Grundschulen in Darmstadt stellen Überlastungsanzeigen
- 28 A13 für Grundschullehrkräfte!
- 30 Private Berufliche Schulen: Geschenke erhalten die Freundschaft
- 31 OLoV: Alles läuft super!
- 32 Noch einmal: Teach First
- 33 Streik bei Amazon in Bad Hersfeld
- 34 Im Gespräch mit Enis Gülegen: Zur Radikalisierung junger Salafisten



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

**Herausgeber:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: info@gew-hessen.de  
Homepage: www.gew-hessen.de

**Verantwortlicher Redakteur:**

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

**Mitarbeit:**

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Angela Scheffels (Mitbestimmung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:**

Harald Knöfel, Michael Heckert +

**Titelthema:** Carmen Ludwig, Peter Zeichner

**Illustrationen:**

Peter Baldus (S. 28), Thomas Pläßmann (Titel, S. 7, 23), Dieter Tonn (S. 9), Dirk Tonn (S. 13), Ruth Ullenboom (S. 4)

**Fotos:**

GEW (S. 10), Harald Freiling (S. 34), H.G.Klindt (S. 15, 37)

**Verlag:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

**Anzeigenverwaltung:**

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: mlverlag@wsth.de

**Erfüllungsort und Gerichtsstand:**

Bad Homburg

**Bezugspreis:**

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

**Zuschriften:**

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

**Redaktionsschluss:**

Jeweils am 5. des Vormonats

**Nachdruck:**

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

**Druck:**

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

# Wir lassen uns nicht abhängen!

*Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen leisten hervorragende Arbeit – und das trotz widriger Arbeitsbedingungen mit einer extremen Arbeitsverdichtung, mit der längsten Arbeitszeit aller Beamtinnen und Beamten in der Bundesrepublik und mit der Aussicht auf weitere Reallohnverluste. Das nimmt die GEW nicht hin! Wir wollen in der Tarif- und Besoldungsrunde 2015 auch die steigende Arbeitsbelastung thematisieren und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichen.*

*In den nächsten Wochen geht es zuerst um ein gutes Ergebnis bei den Verhandlungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Erhöhung der Gehälter für die Beschäftigten der Bundesländer im Bereich des Tarifvertrags der Länder (TVL). Seitdem Hessen als einziges Bundesland aus der TdL ausgetreten ist, müssen die Gewerkschaften nach Abschluss des TVL mit der Landesregierung über eine Übernahme der bundesweiten Vereinbarungen im Tarifvertrag Hessen (TVH) gesondert verhandeln. Mit einem Abschluss ist frühestens nach den Osterferien Mitte April zu rechnen.*

*In den Tarifverhandlungen muss jedes Zehntelprozent Gehaltserhöhung durch breiten Druck der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erkämpft werden. Hier ist Solidarität gefragt: Beamtinnen und Beamte müssen die Tarifbeschäftigten während der Tarifverhandlungen unterstützen. Und genauso werden die Tarifbeschäftigten die Beamtinnen und Beamten unterstützen, wenn die Übertragung des Tarifergebnisses verweigert werden sollte.*

*Die Absicht der schwarz-grünen Koalition, den hessischen Beamtinnen und Beamten eine 18-monatige Nullrunde zuzumuten, ist eine Kampfansage an die Gewerkschaften. Auch nach dem 1.7.2016 soll die Besoldung unabhängig von der allgemeinen Einkommensentwicklung nur um 1,0% pro Jahr steigen, um die Politik der Schuldenbremse zu Lasten der Beamtinnen und Beamten zu finanzieren. Eine weitere Senkung der Realeinkommen wird die GEW ebenso wenig hinnehmen wie die Verweigerung der für die Tarifbeschäftigten geltenden 40-Stundenwoche.*

**Maïke Wiedwald (47)** wurde Ende November in Wetzlar zur stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Hessen gewählt und ist damit „die Neue“ im Vorsitzendenteam. Sie ist eine der Vorsitzenden des GEW-Bezirksverbands Frankfurt und unterrichtet an einer Integrierten Gesamtschule in Frankfurt die Fächer Sport und Biologie.

*Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen beschloss deshalb mit sehr großer Mehrheit, „auf eine Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte hinzuwirken, sollte die Landesregierung bei ihrer Ankündigung einer 18-monatigen Nullrunde bleiben und sich weigern, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen“.*

*Dass es etwas bringt, sich zu wehren, zeigen die Beispiele aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz haben Beamtinnen und Beamte gegen die geplante Deckelung der Besoldungserhöhungen auf 1,0% gestreikt. Die rot-grüne Landesregierung hat angekündigt, das Gesetz zurückzuziehen, und verhandelt zurzeit mit den Gewerkschaften. In Nordrhein-Westfalen haben sich Beamtinnen und Beamte am Streik der Tarifbeschäftigten beteiligt. Auch hier musste die Landesregierung das im Landtag beschlossene Besoldungsgesetz mit Nullrunden für höhere Besoldungsgruppen zurückziehen.*

*Was jeder Einzelne tun kann? Wichtig ist, sich über den aktuellen Fortgang der Tarifverhandlungen im Bereich der TdL und des TVH zu informieren und die bevorstehenden Warnstreiks zu unterstützen. Die Tarif- und Besoldungsrunde 2015 muss auf Personalversammlungen in den Schulen ein bestimmendes Thema werden.*

*An einer Online-Befragung der GEW-Mitglieder im Schuldienst beteiligten sich fast 4.000 Kolleginnen und Kollegen (HLZ S.10). Auf die Frage „Bist du bereit, gemeinsam mit der GEW gegen die Zumutungen der Landesregierung aktiv zu werden?“ antworteten über 85% der Befragten mit „Ja“. Das zeigt eindrucksvoll, dass sich die Beschäftigten aktiv für eine Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen wollen und werden. Wir lassen uns nicht abhängen!*

*Maïke Wiedwald*



**Maïke Wiedwald**

# Ich zeig Sie an!

Der Fünftklässler rennt zeternd seiner Lehrerin hinterher. Die gibt ihm entnervt das Handy zurück und achtet darauf, den Schüler ja nicht zu berühren – sonst kreuzt Sindbads Vater wieder wutentbrannt in der Schule auf, mit einer Klage wegen Körperverletzung. Letztens trug sie eine leichte Sommerbluse. Da wollte der Vater sie vom Dienst suspendieren lassen, solange sie nicht ordnungsgemäß gekleidet sei. Als sie den Vorschlag wagt, Sindbad solle freiwillig die fünfte Klasse wiederholen, stellt der Vater Strafanzeige gegen sie wegen Verleumdung, Rufschädigung und übler Nachrede. Er weiß es auch zu verhindern, dass Sindbad wegen ständiger Beleidigungen die Klasse wechseln muss. Stattdessen wird die Lehrerin versetzt. Die Schulrätin muss schließlich den Schulfrieden wahren.

Ja, schulisches Ungemach muss man nicht mehr erdulden. Die Zeiten, in denen Lehrer ungestraft Schüler drangsalieren konnten, sind vorbei. Zumal ja heute alle wissen, was für Pfeifen und Flaschen Lehrer werden: ängstliche, unsichere Kandidaten, nie vom echten Leben geküsst. Je öfter die Presse das schreibt, desto wahrer wird es. Eltern sind gut beraten, schon frühzeitig den Kontakt zu entsprechenden Anwälten zu suchen. Noch besser ist, sie haben selber Jura studiert.

Sehen Sie zu, dass Ihr Kind gleich in der ersten Klasse die richtigen Freunde findet: Kinder mit viel Phantasie, die im Notfall bezeugen, dass der Lehrer Ihren Connor mit einem Finger in den Rücken gepiekt hat. Wenn man geduldig fragt, fällt ihnen nach einer Weile ein, dass der Lehrer sie auch schon mal gezwickt oder geschubst hat. Das ist dieser Herr Krause-Schwarz, der stets von Elternverantwortung und Erziehungszuständigkeiten spricht. Den wollen manche Eltern gern loswerden. So sieht es zumindest der Richter, der den Lehrer vom Verdacht der schweren Körperverletzung freispricht. Die Schüleraussagen seien manipuliert gewesen. Sehr ärgerlich für die vier Mütter, die sich nach dem letzten Elternabend einig waren, dass man Krause-Schwarz stoppen müsse. Vermutlich ist der Richter mit einer Lehrerin liiert, sonst hätte er nicht so einseitig entschieden.

Lassen Sie sich durch so einen Einzelfall nicht entmutigen. Schulleiter und Schulräte wollen in der Regel keinen Ärger. Und wenn es gegen Lehrer geht, finden Sie überall unverzagte\*\*\* Bündnispartner. Kampfbereite und kampferprobte Eltern, von Ideen und Interpretationskunst geradezu sprudelnd, warten nur auf ihren Einsatz. Sind die anderen Eltern allerdings von dieser destruktiv-liberalen Sorte („Wir wollen uns nicht einmischen. Lehrer wissen schon, was sie tun, sie sind schließlich Fachkräfte.“), müssen Sie allein den Kampf aufnehmen. Zusammen mit Ihrem Anwalt für Schulrecht. So erstreiten Sie für Connor die richtige Grundschule, die passende Oberschule und die nötigen Punkte auf dem Abschlusszeugnis. Sie schmettern einen Verweis ab. Angeblich hat Connor Mitschüler gemobbt und bedroht. Lächerlich, das sind doch nur Lappalien unter Gleichaltrigen. Connor hat das Schulklo demoliert. Kann das jemand beweisen? Gibt es Zeugen oder Videoaufnahmen? Außerdem ist Connor erst 13 und nicht strafmündig. Wie soll er wissen, dass man Klobecken nicht zerdeppern darf?

Sie erreichen, dass Connor doch mit auf die Klassenfahrt darf. Dort agiert er nach Herzenslust weiter. Ihr Sohn ist eben temperamentvoll und für sein Alter sehr selbstbewusst. Die Lehrer schicken ihn zum Abendessen aufs Zimmer. Connor weint am Handy. Am nächsten Tag erscheinen Sie beim Schulleiter. Sie werden die Begleitlehrer wegen Nötigung und Freiheitsberaubung anzeigen. Der Schulleiter bittet um eine interne Regelung. Wenn die Schulinspektoren vorbeikommen, möchte er keine Strafverfahren am Hals haben.

Wenn Sie allerdings Pech haben, trifft Ihr Früchtchen Connor auf einen älteren Mitschüler, der kickboxen kann und dessen Mutter Anwältin ist. Spezialistin für Schulrecht. Das ist dann dumm gelaufen. Wenn Sie aber Glück haben, hat sich die Anwältin ihr Abitur und ihre gute Examensnote auch nur erklagt...

Gabriele Frydrych

\*\*\* Falls Sie meinen eleganten Seitenhieb überlesen haben: Hier geht es u.a. um die renommierte „Lehrerhasserin“ Gerlinde Unverzagt alias Lotte Kühn.



## Betr.: HLZ 11/2014 Lehrerbildung

### Wiedergeburt

Ich hatte einen Traum beim Lesen der HLZ 11/2014: Ich sah meine Wiedergeburt. Seitdem lässt mich die Frage nicht in Ruhe, ob ich in einem neuen Leben wieder Lehrer werden will. Einem „Prüfungsmarathon“ mit 16 Unterrichtsbesuchen in acht Modulen werde ich mich nicht noch mal aussetzen. Doch die schlüssigen Überlegungen von *Franziska Conrad* und *Joachim Euler* haben mich umdenken lassen. Vielleicht wage ich mich doch noch mal an den Lehrerberuf, gesetzt, es klappt mit der Wiedergeburt.

Warum dieser Sinneswandel? Ein zehensemestriges Lehrstudium. Fundierte fachliche und fachdidaktische Ausbildung, diagnostische und pädagogische Schwerpunkte, Sonderpädagogik als fachlicher Schwerpunkt? Hört sich sympathisch an. Prima die Idee, dass ich entscheiden kann, ob ich ein zweites Fach oder den Schwerpunkt Sonderpädagogik studiere. Auch der Devise „Minimierung von Diskriminierung und Maximierung von sozialer Teilhabe“ kann ich zustimmen. (...)

Und die Auffächerung in fünf Lehrertypen: Endlich passé? Super, wenn das Standesdenken der Vergangenheit angehört. Stattdessen nur noch Lehrämter für die Grundschule (am besten sechs Jahre) und für die Sekundarstufe (vier bis sechs, meinetwegen sieben Jahre). In der Sekundarstufe führen Gymnasium wie auch Gesamt- oder Gemeinschaftsschule zum Abitur. Prima! Mir hat nie eingeleuchtet, wieso der Kollege, der in den Klassen 9 oder 10 Kunst, Religion oder Deutsch unterrichtet, sein Fach weniger intensiv studieren können soll als der, welcher in der Klasse 11 unterrichtet. (...) Vielleicht in dem einen Fach Oberstufe, in dem zweiten nur Mittelstufe, wenn es denn unbedingt gewünscht wird. Die spätere Praxis wird es weisen, in welchen Stufen die Kolleginnen und Kollegen am besten eingesetzt werden sollten und wollen.

Eine „optimale fachliche, fachdidaktische, diagnostische und pädagogische Ausbildung“ wünscht sich die GEW. Na, gucken wir mal. Mir genügte es, wenn sie eine „fundierte“ wäre.

Nach dem Studium ein „Staatliches Anerkennungsjahr“ ohne bewertete Unterrichtsbesuche, Schwergewicht auf intensiver Beratung? Hört

sich richtig gut an. Zwar werden auch die unbewerteten Unterrichtsbesuche kein Honigschlecken werden, weil das abschließende Kolloquium schließlich über „bestanden“ oder „nicht bestanden“ entscheiden soll – aber immerhin! Ob sich diese pädagogisch und gesellschaftspolitisch motivierte Idee wird durchsetzen lassen? Bin gespannt.

Wie soll sich das Schulsystem entwickeln? Weiterhin Schubladenetikettierungen und rein mit den Kindern in diese oder jene Schublade? Oder ein Schulsystem, das sich dem Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes mutiger stellt als bisher und bislang Benachteiligten bessere Chancen bieten möchte? Großartig die Idee mit der zweijährigen Berufseinstiegsphase, in der erworbene Grundlagen für den Lehrberuf fundiert und entwickelt werden könnten. Und danach bräuchten wir für jede Lehrkraft den Rechtsanspruch, alle fünf bis sieben Jahre ein Reflexionshalbjahr mit reduziertem Stundendeputat einzulegen. Und in den letzten fünf Jahren, damit endet der Traum, werden die Erfahrungen in einer Berufsausstiegsphase ausgewertet und mit den Lehrkräften der Berufseinstiegsphase diskutiert.

Super! Ich werde Lehrer! Wenn nur nicht die Sache mit der Wiedergeburt ungeklärt wäre!

Thomas Adamczak, Nauheim

## HLZ 11/2014 Ende einer Illusion

### Einphasigkeit ist keine Lösung

Wer den Beitrag von *Joachim Euler* in HLZ 11-12/2014 liest, könnte den Eindruck gewinnen, die zweiphasige Lehrerausbildung sei prinzipiell gescheitert. Die These, Lehrerausbildung sei „nicht wirkungsvoll“, ist weder belegt noch nachvollziehbar. Vielmehr ist sie in den letzten Jahren an die Wand gefahren worden. Die Modularisierung markierte in Hessen entscheidende Schritte zur Verschlechterung und Pervertierung, da sie für das Zerfleddern eines Zusammenhangs in zahlreiche Einzelmodule steht, den Bewertungsmarathon ohne ausreichende Erprobungs- und Lernzeit und auch für die Tatsache, dass Ausbilderinnen und Ausbilder zum Teil selbst keinen Unterricht mehr erteilen. (...)

Auch die hessische Lehrerfortbildung hat (...) schon bessere Tage gesehen. Gleichwohl besteht die prinzipielle Notwendigkeit das theoretische fach- und erziehungswissenschaftliche Studiums mit einer systematischen Praxis-

phase zu verknüpfen (HLZ 5/2014 S.22 ff.) Dieses Problem ist mit einer einphasigen Organisation genauso wenig vom Tisch wie mit einem „Staatlichen Anerkennungsjahr an Ausbildungsschulen“, das Euler vom Referendariat absetzt.(...)

Sowohl für das „Staatliche Anerkennungsjahr“ wie für die „Berufseingangsphase“ stellt sich die zentrale Frage nach der Unterrichtsbelastung der jungen Lehrerinnen und Lehrer und ihrer Bezahlung. Vergleiche mit der Ausbildung der Mediziner und der Juristen drängen sich auf. (...) Ob ein Jahr ausreicht, um Praxis und Theorie wirklich zu verzahnen, gemeinsame (!) Arbeits- und Lernangebote für LiV, Mentoren und Ausbilder zu organisieren und gemeinsam (!) Unterricht zu besuchen, ist fraglich. Bleibt die Unterrichtsbelastung in dieser – wie auch immer genannten – Phase zu hoch, bleibt all das auf der Strecke. Nicht „Feiertagsdidaktiken“ sind das Problem im Referendariat, sondern die Schwierigkeit, kontinuierlich an konkreten didaktischen Fragestellungen zu arbeiten und gemeinsam zu hospitieren. Die zur Ausbildung notwendigen Fachveranstaltungen können nicht alleine an den Schulen organisiert und geleistet werden, schon gar nicht an kleinen Grundschulen. Seminare oder andere Institutionen, die gerade nicht im kurzatmigen Alltagsgeschäft stecken, müssen – unter welchem Namen auch immer – schulübergreifende Verantwortlichkeit und Koordination gewährleisten.

Wenn die Studienseminare in neuer Funktion auch an einer schulnahen Form der Berufseingangsphase qualifiziert beteiligt werden sollen, ist die Streichung von Stellen das falsche Signal, gerade wenn man der Notwendigkeit des ständigen Unterrichtens der Auszubildenden nachkommen möchte.

Wem nutzt eine defensive Diskussion, die sich vom Finanzargument vorseilend bremsen lässt? Noch billiger wäre es, Lehrkräfte weniger zu qualifizieren oder Stellen wegzurationalisieren. Vor allem darf sich die Diskussion um die Lehrerausbildung nicht auf das Formale beschränken. Eulers Forderung, „wieder Inhalte zu vermitteln, die gesellschaftliche Aufgaben und Entwicklungen aufgreifen“, kann ich nur dick unterstreichen. Dabei wird auch deutlich werden, dass didaktische Fragen mehr Beachtung verdienen und dass Investitionen in die (Aus-)Bildung überfällig sind.

Jochem Wicklaus, Offenbach

## **Unterschriften gegen Tarifeinheitsgesetz**

Während der DGB immer wieder für den Entwurf der Bundesregierung für ein „Tarifeinheitsgesetz“ vereinnahmt wird, bekräftigten die DGB-Gewerkschaften ver.di, NGG und GEW ihren Widerstand, da sie das Gesetz für verfassungswidrig halten und als Angriff auf die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht ansehen. Die Unterschriftenkampagne wird 2015 fortgesetzt.

- [http://gew.de/Initiative\\_Tarifeinheit.html](http://gew.de/Initiative_Tarifeinheit.html)

## **Landesregierung will bei der Beihilfe kürzen**

Bereits im Koalitionsvertrag hatte die schwarz-grüne Landesregierung angekündigt, bei der Beihilfe „Anpassungen“ vornehmen zu wollen. Bei der Einbringung des Haushaltsplanes für 2015 verkündete Finanzminister *Thomas Schäfer* (CDU), dass Wiesbaden 20 Millionen Euro pro Jahr bei den Beihilfeleistungen, für die 610 Millionen Euro im Jahr 2015 an Ausgaben im Haushaltsplanentwurf vorgesehen sind, kürzen wolle. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser HLZ war noch nicht klar, was genau „angepasst“ werden soll. Ein Entwurf für eine neue Beihilfeverordnung ist den Gewerkschaften im Rahmen des Beteiligungsverfahrens bis Anfang Dezember nicht übermittelt worden. Interessanterweise ließ Wiesbaden aber bereits durchsickern, geplant sei insbesondere der Wegfall der Beihilfefähigkeit von „Wahlleistungen“ wie „Chefarztbehandlung“ und „Zweibettzimmer“. Beim ersten Versuch zur Kürzung der Beihilfe 2011/2012 plädierten nur die Grünen für diese beiden Streichposten. Die GEW Hessen wird kurzfristig informieren, wenn ein Entwurf für eine Änderung der Beihilfeverordnung vorliegt ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)).

## **Hessischer Bildungsgipfel: Jetzt auch online**

„Eine breite Beteiligung“ sei „die Philosophie des Bildungsgipfels“, erklärte Kultusminister *Lorz* (CDU) bei der Vorstellung einer Online-Beteiligungsplattform für Bürgerinnen und Bürger. Auf die Kritik der GEW an der Zusammensetzung des Bildungsgipfels und der Arbeitsgruppen liegen bisher noch keine befriedigenden Antworten vor.

- [www.bildungsgipfel-hessen.de](http://www.bildungsgipfel-hessen.de)

## **Oberstufe und Teilzeit: Jetzt Anträge stellen**

Wie berichtet stellte das Verwaltungsgericht Gießen in einem von der GEW unterstützten Klageverfahren fest, dass die Regelungen der Pflichtstundenverordnung zu Anrechnungsstunden für den unterrichtlichen Einsatz in der Oberstufe gegen das europarechtliche Verbot der Diskriminierung Teilzeitbeschäftigter verstoßen. Seit dem Schuljahr 2012/2013 steht auch teilzeitbeschäftigten Lehrkräften erst dann eine Anrechnungsstunde zu, wenn sie mindestens acht Wochenstunden an einer Gymnasialen Oberstufe unterrichten. Musteranträge zur Beantragung einer entsprechenden Reduzierung findet man auf der Homepage der GEW Hessen ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)) > Recht > Mitgliederbereich > Arbeitszeit).

## **Gerichtsurteile in Hessen: Auf dem rechten Auge blind?**

In einer Pressemitteilung solidarisiert sich der GEW-Kreisverband Hanau mit dem Hanauer Oberbürgermeister *Claus Kaminsky* (SPD). Er war vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel verurteilt worden, eine Rede von der Homepage der Stadt zu entfernen, die er anlässlich eines NPD-Aufmarschs in Hanau am 11. September 2013 gehalten hatte. „In unserer Stadt ist kein Platz für Nazis!“, hatte er den Menschen zugerufen, die sich gegen die NPD-Demonstration auf dem Hanauer Marktplatz versammelt hatten. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hatte die Klage der NPD, der der VGH jetzt mit Blick auf die „Neutralitätspflicht“ des Oberbürgermeisters statt gab, im Juli 2014 abgewiesen. Mit einem ausführlichen Rückblick auf die deutsche Rechtsgeschichte und mit aktuellen Beispielen aus hessischen Gerichtsverfahren fragt der GEW-Kreisverband nach dem Demokratieverständnis von Richterinnen und Richtern, die möglicherweise einmal mehr auf dem rechten Auge blind sind.

In diesem Zusammenhang ist auch das Urteil gegen einen Limburger Lehrer zu erwähnen, der Naziaufkleber entfernt und Nazisymbole übersprüht hatte. Das Amtsgericht Limburg verurteilte ihn Anfang Dezember 2014 wegen Sachbeschädigung zur Zahlung von 1.000 Euro Schadenersatz an die Stadt.

## **GEW Darmstadt-Land wählt neuen Vorsitz**

Nach einem Referat des Landesvorsitzenden *Jochen Nagel* zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zu sinkenden Realeinkommen und zur Abwertung der Profession wählte die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Darmstadt-Land einen neuen Kreisvorstand. Das Vorsitzendenteam bilden *Juliane Hofmann* und *Marianne Erb*. Zum engeren Vorstand gehören außerdem *Gerd Schneider* (Kreisrechner), *Barbara Ludwig* (Pressereferentin) und *Ulla Hess* (Rechtsberatung).

## **Hauptpersonalrat: Intransparenz fördert Misstrauen**

Die Mitglieder des Hauptpersonalrates (Verwaltung) beim Hessischen Kultusministerium (HPR) bekräftigen in einem Schreiben an Kultusminister *Lorz* (CDU) ihre Forderung nach fairen, chancengleichen und transparenten Stellenbesetzungsverfahren im Kultusressort. Sie erinnern daran, dass grundsätzlich nach dem Erlass vom 22. 11. 2001 alle freien und freiwerdenden Stellen, die erstmalig besetzt oder wiederbesetzt werden, mit einem spezifischen Anforderungsprofil auszuschreiben sind. Sowohl die fach- und sachgerechten Anforderungsprofile als auch Fristsetzungen müssen beachtet werden. Der Grundsatz der Bestenauslese gemäß Artikel 33 Abs.2 des Grundgesetzes müsse bei Stellenbesetzungen eingehalten werden. Die Mitglieder des HPR halten transparente Stellenbesetzungsverfahren zur Sicherung des Betriebsfriedens für unabdingbar. Ebenso wichtig ist ihnen, dass eine breite, offene Personalentwicklung zur Motivation aller Bediensteten führt.

Dazu gehört auch, dass während der Besetzungsverfahren oder in deren Vorfeld keine Gespräche mit potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern über ihre Chancen im Hinblick auf die Besetzungsentscheidung geführt werden. *Werner Scholz*, Gewerkschaftsbeauftragter der GEW im HPR, sieht in diesem Zusammenhang auch die Streichung der Beteiligung von Personalräten bei der Besetzung von Leitungsstellen als einen „groben Fehler“ an: „Intransparente Besetzungsverfahren führen zu Misstrauen und zu einer sinkenden Bereitschaft, sich auf freie Stellen zu bewerben.“

# Tarifrunde 2015 naht

## Landesregierung plant Kürzungen für die Beschäftigten



Bei ihrer jüngsten Haushaltsklausurtagung in Schlangenbad im Taunus, wo vor einem Jahr die schwarz-grüne Koalition gezimmert wurde, bekräftigten CDU und Bündnis 90/Die Grünen ihre Absicht, die „Schwarze Null“ im Landeshaushalt vor allem durch Kürzungen bei den Einkommen der Beamtinnen und Beamten zu realisieren. So steht es bereits im Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung, in der Mittelfristigen Finanzplanung und auch im Haushaltsentwurf für das Jahr 2015, den Finanzminister *Thomas Schäfer* (CDU) Mitte Dezember dem Landtag vorlegte.

Neben der geplanten Nullrunde sowie der Deckelung der Besoldungserhöhung auf ein Prozent in den Folgejahren sind auch Kürzungen bei der Beihilfe geplant (HLZ S. 6). Der erste Versuch einer „Beihilfereform“ wurde bereits 2011 von der schwarz-gelben Landesregierung unternommen und konnte dank massiver Proteste der DGB-Gewerkschaften vorerst abgewendet werden. Schwarz-Grün plant nun offenbar einen neuen Anlauf, um ein weiteres mit 20 Millionen Euro beziffertes Einsparvolumen zu erschließen.

Begründet wird all dies mit dem Verweis auf die Schuldenbremse. Nun ist ja vordergründig erst einmal nichts gegen die Absicht einzuwenden, einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erzielen. Allerdings sollte auch genauer betrachtet werden, wie es zu dieser Schieflage bei den hessischen Landesfinanzen kam, die eine solch radikale Maßnahme wie eine Schuldenbremse mit Verfassungsrang angeblich notwendig werden ließ. Untersucht man nämlich die Entwicklung des hessischen Landeshaushalts ab dem Jahr 2000 etwas genauer, fällt auf, dass keinesfalls eine besonders verschwenderische Ausgabenpolitik die Ursache für die hohen Defizite ab 2001 und 2008 war. Zu beiden Spitzenzeiten brach nämlich jeweils die Einnahmenseite ein, wobei die Gründe dafür nicht nur Einbrüche in der wirtschaftlichen Konjunktur waren, sondern in erheblichem Maße auch Steuersenkungen auf Bundesebene. Diese wirkten sich natürlich auch auf die Einnahmesituation des Landes Hessen aus und führten für den Zeitraum von 2000 bis 2011 zu Mindereinnahmen von weit über 7 Milliarden Euro. Dagegen erscheint auf der Ausgabenseite das hessische Sonderinvestitionsprogramm von 2009 im Umfang von 1,7 Milliarden Euro zur Abfederung der Folgen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise schon fast nicht mehr erwähnenswert.

Bei den Personalausgaben ist bereits seit Ende der 90er Jahre ein durchweg sinkender Trend auszumachen, zu dem die hessischen Landesbediensteten im Rahmen der „Operation Sichere Zukunft“ in den Jahren nach 2003 einen besonders schmerzhaften Beitrag leisteten: mit drei Nullrunden von 2004 bis 2007 bei den Landesbeamtinnen und Landesbeamten und nicht viel besseren Tarifabschlüssen für die anderen Beschäftigtengruppen sowie durch Personalabbau, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtung im gesamten öffentlichen Dienst.

Auf keinen Fall kann das von der Landesregierung in der Tarif- und Besoldungsrunde 2015 erneut geforderte „Sonderopfer“ der hessischen Landesbediensteten, seien sie nun Tarifbeschäftigte oder Beamtinnen und Beamte, damit be-

gründet werden, dass das Land Hessen oder seine Bediensteten in den letzten 15 Jahren „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten. Sie sind stattdessen das Ergebnis einer Steuerpolitik, die Vermögende und Unternehmen dauerhaft begünstigt, und nicht zuletzt auch einer hemmungslosen Deregulierung des globalen Finanzmarktes, für dessen Kollaps im Jahr 2008 wir noch immer einen Teil der Zeche zahlen sollen.

Für die geplante Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten wollen CDU und Grüne „um Verständnis werben“. Wir erklären hier schon einmal unmissverständlich, dass wir für eine Haushaltssanierung auf dem Rücken der Beschäftigten kein Verständnis aufbringen werden: nicht für Einkommenskürzungen, nicht für Arbeitsverdichtung und auch nicht für die Verschiebung der Arbeitszeitverkürzung für die hessischen Lehrkräfte und für alle hessischen Beamtinnen und Beamten auf den Sankt-Nimmerleinstag.

Wir müssen im neuen Jahr alles daran setzen, dies auch in aller Öffentlichkeit deutlich zu machen. Dafür werden wir uns als neu gewähltes Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht (TBB) im GEW-Landesvorstand mit aller Kraft einsetzen. Für zukunftsfähige Arbeits- und Entgeltbedingungen brauchen wir aber auch die Unterstützung aller GEW-Mitglieder und aller betroffenen Kolleginnen und Kollegen in den Schulen und Hochschulen. Und diese Solidarität brauchen wir sowohl in der bevorstehenden Tarifrunde als auch in der anschließenden Auseinandersetzung um die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten.

Peter Zeichner

*Peter Zeichner, Markus Heberling und Carmen Ludwig wurden auf der Landesdelegiertenversammlung im November 2014 zum neuen Leitungsteam für das Referat Tarif, Besoldung und Beamtenrecht im GEW-Landesvorstand gewählt.*





# Operation Düstere Zukunft 2.0

## Die Tarif- und Besoldungsrunde 2015 in Hessen

Man muss sich die Dimension dessen vor Augen führen, was die schwarz-grüne Koalition für die nächste Zeit personalpolitisch plant:

- Sie will den aktiven Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern von Anfang 2015 bis Mitte 2016 eine eineinhalbjährige Nullrunde auferlegen.
- Ab dem 1.7.2016 sollen die Bezüge jährlich nur noch um einen Prozentpunkt steigen.

In seiner mittelfristigen Finanzplanung rechnete Finanzminister *Thomas Schäfer* (CDU) im Oktober vor, was das bedeutet. Im Vergleich zu einer fiktiven jährlichen Erhöhung der Bezüge um nicht gerade üppige 2,0% bezifferte er das Kürzungsvolumen durch die angepeilten Reallohneinschnitte bis zum Jahr 2018 auf 400 Millionen Euro pro Jahr.

- Hinzu kommen Pläne für Kürzungen bei der Beihilfe um 20 Millionen Euro jährlich und die mittelfristige Streichung von 1.800 Stellen in der Landesverwaltung. Letzteres dürfte bei durchschnittlichen Stellenkosten etwa 75 Millionen Euro ausmachen. Das Gesamtvolumen zum Nachteil der Landesbeschäftigten beläuft sich bis zum Ende der Legislaturperiode auf rund 500 Millionen Euro. Zum Vergleich: Die Nettokreditaufnahme, die bis 2019 auf null reduziert werden soll, beläuft sich 2014 (Soll) auf 960 Millionen Euro.

Das ganze Vorhaben erinnert stark an die „Operation Düstere Zukunft“ vor zehn Jahren. Damals schrieb *Roland Koch* an „die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, es sei „unumgänglich, die Kreditaufnahme um 1 Milliarde Euro zu re-

duzieren“. Und die mittelfristige Finanzplanung von 2004 bezifferte das „Einsparpotenzial“ der personalpolitischen Maßnahmen „im Jahr 2008 auf über 500 Millionen Euro“.

Vor zehn Jahren waren auch soziale Projekte massiv betroffen, Schuldnerberatungsstellen, Frauenhäuser und andere Einrichtungen. 2015 läuft das Abkassieren über die hoch verschuldeten hessischen Kommunen. Die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung wird unter den Flächenländern nur noch vom Saarland übertroffen. Die bereits von der letzten Landesregierung eingeleitete „Schutzschirmpolitik“ erlaubt es dem Finanzminister, Druck auf Kommunen auszuüben, damit die sich am Abbau staatlicher Leistungen beteiligen. Eingeschränkte Angebote und Gebührenerhöhungen in Städten und Gemeinden waren und werden die Folge sein. Alle sollen an der „Konsolidierungspolitik“ beteiligt werden. Und der Finanzminister spart sich höhere Zuweisungen an die Kommunen.

### Nullrunde: Der hessische Sonderweg

2004 begründete die CDU-Landesregierung ihre „Operation Düstere Zukunft“ mit massiven Steuerausfällen. Und in der Tat waren die hessischen Steuereinnahmen nach Abzug des Länderfinanzausgleichs 2001 gegenüber dem Vorjahr um fast 5,9% eingebrochen, und sie stagnierten mit leichtem Auf und größerem Ab auch in den folgenden drei Jahren. 2004 hatte der hessische Finanzminister um 8,2% *niedrigere* Steuereinnahmen zu verbuchen als im Jahr 2000. Neben konjunkturellen Problemen lag die Ursache hierfür vor allem in einer gigantischen Steuerreform, die insbesondere Personen mit hohem Einkommen sehr viel Geld ins Portemonnaie spülte.

2015 ist die Situation ganz anders: Fürs neue Jahr kann Wiesbaden mit Steuereinnahmen, ebenfalls nach Abzug des Länderfinanzausgleichs, in Höhe von 17,28 Milliarden Euro rechnen. Das sind 5,8% mehr als 2014 und satte 20,6% mehr als 2011, dem Jahr, in dem die hessischen Steuereinträge aus der Krise von 2009 bereits wieder kompensiert werden konnten.

Vor diesem Hintergrund wird die bemerkenswerte Dimension der schwarz-grünen „Operation Düstere Zukunft 2.0“ deutlich: Zum ersten Mal versucht ein Besoldungsgesetzgeber für die hessischen Beamtinnen und Beamten eine Nullrunde durchzusetzen, *obwohl* die Steuereinnahmen in den vorausgegangenen Jahren spürbar gestiegen sind und zukünftig vermutlich deutlich wachsen werden. Das bisher zentrale und nahezu „klassische“ Argument für Nullrunden und Besoldungskürzungen, das Wegbrechen von Steuereinnahmen, steht *Bouffier* und *Al-Wazir* nicht zur Verfügung.

Und anders als vor zehn Jahren gibt es weder im öffentlichen Dienst noch außerhalb irgendwo eine Nullrunde. Bei Bund und Kommunen steigen die Bezüge 2015 um 2,4%; und in der anlaufenden Tarifrunde mit den anderen Bundesländern ist an eine Nullrunde überhaupt nicht zu denken. Auch die drei Bundesländer, die sich bereits heute unter Umgehung des Grundsatzes „Besoldungsrecht folgt Tarifrecht“

### CDU: „Beamtenfeindliche Politik nicht hinnehmbar“

2013 kurz vor der Landtagswahl beschloss die schwarz-gelbe Landesregierung das Tarifergebnis weitgehend auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, allerdings ohne die damals vereinbarten Einmalzahlungen und mit einer Kürzung um 0,2% zugunsten einer Versorgungsrücklage. CDU und FDP legten dazu im April 2013 einen Beschlussantrag mit scharfen Angriffen auf die Besoldungspolitik in anderen – rot-grün regierten – Bundesländern vor:

*„Der Landtag lehnt die beamtenfeindliche Politik, die in den rot-grün geführten Bundesländern umgesetzt wird, ab. Die zum Teil weit hinter dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst zurückbleibenden Regelungen bringen eine unverantwortliche Missachtung der Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck. So beschränkt sich beispielsweise Rheinland-Pfalz auf eine jährliche Besoldungsanpassung von 1 Prozent bis zum Jahr 2016 und Nordrhein-Westfalen lässt den höheren Dienst sogar komplett leer ausgehen. Dies führt zu erheblichen Einkommensverlusten und einer langfristigen Verschlechterung der finanziellen Situation der Landesbediensteten.“*

Heute kann man allerdings feststellen, dass auch diese Versuche gescheitert sind. Sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Rheinland-Pfalz wurden die erwähnten Gesetze nach Protesten und Arbeitsniederlegungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zurückgezogen.



auf eine Einkommensentwicklung für ihre Beamtinnen und Beamten im laufenden Jahr festgelegt haben, sind weit von Nullrunden entfernt. Niedersachsen erhöht 2015 die Bezüge um 2,5%, Berlin um 3,0% und selbst das haushaltspolitisch extrem schlingernde Saarland plant eine Steigerung um 1,5%. Auch der Bund lässt heuer die Bezüge seiner Beamten und Beamtinnen entsprechend des Tarifiergebnisses (abzüglich 0,2%) um 2,2% steigen. Im Vergleich zum gesamten Rest des öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik will die schwarz-grüne Koalition einen ausgesprochenen Sonderweg auf Kosten der eigenen Beschäftigten einschlagen.

Als Begründung für ihre Kürzungspläne weist die Landesregierung gerne auf eine vermeintlich allzu üppige Ausgabenentwicklung in der Vergangenheit hin. Auch dieses Argument sticht nicht, denn das Land Hessen hatte zwischen 2001 und 2013 nur sehr moderate Ausgabenanstiege. Nominal und im Jahresdurchschnitt nahmen die Ausgaben in diesem Zeitabschnitt lediglich um 1,7% zu. Bei den vergleichbaren westlichen Bundesländern waren es im selben Zeitraum 2,3%. Ein echtes Problem hat Hessen bei der Entwicklung der Einnahmen, obwohl Hessen 2013 bei den Steuereinnahmen pro Kopf weiter auf Platz 2 unter den Flächenländern liegt, direkt hinter Bayern.

Auch die konjunkturpolitischen Rahmenbedingungen liefern alles andere als einen Nachweis für die Notwendigkeit von Nullrunden und von Kürzungen der Realeinkommen. In den vergangenen Wochen und Monaten wurden die Prognosen für das Wirtschaftswachstum für 2014 und 2015 nach unten korrigiert. Um den sich eintrübenden Aussichten entgegenzuwirken, wäre es sinnvoll, die Binnennachfrage durch höhere Löhne und Staatsausgaben zu stärken. Schwarz-Grün beabsichtigt aber das genaue Gegenteil.

### Was bleibt, ist die Schuldenbremse

Alles in allem: Der Ministerpräsident und sein grüner Stellvertreter haben kein einziges Argument in der Hand, um die Nullrunde und die Einkommensdeckelung bei einem Prozent Zuwachs ab 2016 zu begründen – bis auf eines: die Schuldenbremse. Aber nur umgekehrt wird ein Schuh daraus: Keineswegs müssen die Personalausgaben des Landes Hessen gekürzt werden, weil es eine Schuldenbremse gibt, sondern es gibt eine Schuldenbremse, damit eine massive Kürzung der Realeinkommen der Beschäftigten des Landes politisch durchsetzbar wird. Die hessische Landesregierung tut so, als ob die Hessische Verfassung die Absenkung der Realeinkommen der Landesbediensteten erzwingt. Zur gleichen Zeit erhöhen der Bund und andere Bundesländer 2015 die Bezüge, obwohl sie gleichlautende Regelungen in ihren Verfassungen haben!

Dies zeigt allerdings auch, dass wir eine reale Chance haben, das schwarz-grüne Nullrundendiktat zu durchbrechen. Bouffier und Al-Wazir tanzen sehr weit aus der Reihe, doch hat schon die Vergangenheit gezeigt, dass zumindest die CDU vor Wahlen, auch wenn sie noch weit entfernt sind, sehr empfindlich auf die Proteste von Beamtinnen und Beamten wegen ihrer Einkommenssituation und ihrer Arbeitsbedingungen reagiert (siehe Kasten).

Insofern kommt es in der auf uns zu kommenden Auseinandersetzung auf jeden Mann und jede Frau an. Schließlich wäre es auch für die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern fatal, wenn es einer Landesregierung, die auf einem sehr hohen Niveau über deutlich wachsende Steuereinnahmen verfügt, gelänge, eine „Operation Düstere



Zukunft 2.0“ mit drastischen Konsequenzen für den Personalbereich durchzusetzen. Hessen würde zum Vorbild für die völlige Abkopplung der Gehälter im Landesdienst von der allgemeinen Entwicklung der Einkommen in Deutschland.

### Wir haben eine Chance!

Die Festlegung der Koalition hat aber auch eine unmittelbare Auswirkung auf die Tarifverhandlungen über die Einkommen der Tarifbeschäftigten. Aufgrund der jüngeren Rechtsprechung ist der Dienstherr kaum in der Lage, die Besoldung über einen längeren Zeitraum vollkommen von der Tarifentwicklung abzukoppeln (HLZ S.16-18). Die Pläne der schwarz-grünen Koalition lassen sich also nur dann umsetzen, wenn auch die Erhöhung der Einkommen der hessischen Tarifbeschäftigten möglichst niedrig ausfällt. Die Phantasien von Schwarz-Grün sind also auch eine Kampfansage an die Tarifbeschäftigten.

Die hessische Landesregierung dürfte aufgrund des geschichtlichen Zusammenhangs versuchen, bereits bei den Tarifverhandlungen spürbar unter dem Ergebnis zu bleiben, das die Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder gegebenenfalls im März erzielen. Hatte Hessen noch in der Vergangenheit – bei den Tarifrunden 2009, 2011 und 2013 – im Grunde genommen recht genau das übernommen, was mit den anderen Bundesländern vorher vereinbart worden war, so wird die Tarifrunde 2015 vermutlich spürbar holpriger über die Bühne gehen und sich möglicherweise in die Länge ziehen. Daher sind bereits jetzt die Beamtinnen und Beamte viel stärker als in den vergangenen Jahren gefordert, sich in die Tarifaufeinandersetzung einzubringen.

Den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes steht in Hessen eine schwierige Tarif- und Besoldungsrunde bevor. Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten muss klar sein, dass sie sich in einem bisher nicht praktizierten Maß gemeinsam engagieren müssen, um sie erfolgreich zu bestehen.

Rüdiger Bröhling

# Die Mitglieder haben das Wort ...

## ...auf der Landesdelegiertenversammlung

Die Landesdelegiertenversammlung stimmte bei wenigen Gegenstimmen dem Antrag des Landesvorstands zu, „auf eine Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte hinzuwirken, sollte die Landesregierung bei ihrer Ankündigung einer 18-monatigen Nullrunde bleiben und sich weigern, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen“. Außerdem diskutierten und beschlossen die Delegierten entsprechende Schritte zur Mobilisierung (HLZ 12/2014, S.11). Deshalb befragte die HLZ Delegierte, was die Kolleginnen und Kollegen an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz besonders belastet und warum sie dem Antrag zur Mobilisierung für eine Arbeitsniederlegung zugestimmt haben.

**Die GEW Hessen hat sich vorgenommen, 2015 auch die Beamtinnen und Beamten für eine Arbeitsniederlegung zu mobilisieren. Wenn ich an meine Kolleginnen und Kollegen an meinem Arbeitsplatz denke, dann drückt sie hier ganz besonders der Schuh:**

*Elke Weis-Helfmann (59): „Die Kolleginnen und Kollegen klagen über eine hohe Arbeitsbelastung mit zunehmenden Auswirkungen auf die Gesundheit. Viele reduzieren ihre Pflichtstunden auf eigene Kosten, weil sie eine volle Stelle nicht mehr schaffen. Außerdem registriere ich eine hohe Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Inklusion durch zu geringe Ressourcen und bürokratische Hürden.“ (Kreisverband Darmstadt)*

*Günther Fecht (51): „Durch die hohe Arbeitsbelastung sind außerschulische Aktivitäten (Klassenfahrten, Theaterbesuche u.a.) kaum noch möglich. Wer ist noch so blöd, das zu machen?“ (Kreisverband Schlüchtern)*

*Ingrid Haesler (55): „Die allgemeine Überlastung wird in den Grundschulen auf die Spitze getrieben. Für die Inklusion brauchen die Regelschullehrkräfte mehr Unterstützung, vor allem in der Sekundarstufe I.“ (Kreisverband Büdingen)*

*Roland Borst (52): „Uns belasten immer größere Anforderungen in Sachen Konzept, Verwaltung, Vernetzung, Dokumentation, Testung, Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Unterstützung der Schulleitung, Elternarbeit...“ (Fachgruppe Grundschule)*

*Katja Richter (45): „Zu den hohen Arbeitsbelastungen belasten uns die vielen Befristungen und das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber Hierarchien.“ (Fachgruppe Hochschule und Forschung)*

*Ines Homburg (38): „Uns in der Fachgruppe Sonderpädagogik beschäftigen vor allem die hohe Belastung der Förderschullehrkräfte in der ambulanten dezentralen Sonderpädagogik und die Konzeptionslosigkeit für die Kooperation zwischen Förder- und Regelschullehrkräften.“ (Fachgruppe Sonderpädagogik)*

**Wenn ich meine Kolleginnen und Kollegen an meinem Arbeitsplatz erklären soll, warum ich mich persönlich an einem Streik beteiligen werde, dann werde ich ihnen Folgendes sagen:**

*Klaus Frankhänel (61): „Die Landesregierung will einen Großteil der Kosten der Schuldenbremse bei den Beamten abkassieren. Das ist Geldraub und würdigt nicht unseren Bildungsauftrag.“ (Kreisverband Dieburg)*

*Martina Uecker (36): „Ich will nicht weiter hinnehmen, dass man mit uns Beamtinnen und Beamten meint, machen zu können, was man will (Nullrunde, Einschränkungen bei der Beihilfe), und wir so zur ‚Melkkuh des Landes‘ werden.“ (Kreisverband Homberg)*

*Bernhard Trillig (60): „Ich will die Verweigerung der Besoldungserhöhung nicht hinnehmen und auch nicht, dass die Beamtinnen und Beamten durch finanzielle Einbußen für die Folgen einer verfehlten Haushaltspolitik aufkommen sollen.“ (Kreisverband Groß-Gerau)*

*Edeltraud Trinowitz (58): „Ich finde es maßlos ungerecht, bei all diesem Stress gehaltsmäßig einfach abgehängt zu werden.“ (Kreisverband Offenbach-Land)*

*Sebastian Schackert (35): „Ich werde meinen Kolleginnen und Kollegen vorhalten, dass sie ewig jammern, aber nichts gegen die steigende Arbeitsbelastung tun. Ich werde Ihnen sagen: ‚Tut etwas für euch und unsere Kinder, denn nur wenn es euch und uns gut geht, können wir gute Arbeit leisten.‘“ (Kreisverband Homberg)*

*Tobias Kern (44): „Das Land Hessen wird sich als Tarifpartei nur unter massivem Druck in unsere Richtung bewegen.“ (Kreisverband Main-Taunus)*

*Angelika Lerch (55): „Es ist eine Sauerei, dass wir als Landesbedienstete eiskalt abserviert werden sollen. Eine Reallohnsenkung in großem Stil ist für einen öffentlichen Arbeitgeber ‚ungehörig.‘“ (Kreisverband Odenwald)*

*Claudia Schneider (48): „Jede Stimme zählt. Je geschlossener wir auftreten, desto mächtiger sind wir und desto eher werden wir wahrgenommen.“ (Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe)*



### ...und bei einer Mitgliederbefragung im Netz

Im Herbst 2014 wandte sich die GEW Hessen per E-Mail an alle GEW-Mitglieder, die aktiv im Schuldienst des Landes Hessen tätig sind, um sie über die Pläne der Landesregierung zur Besoldungspolitik und zum Umgang mit steigenden Arbeitsbelastungen zu informieren. Außerdem wollte die GEW wissen, wie die Mitglieder diese Pläne beurteilen und wie sie sich in die anstehenden Auseinandersetzungen einbringen wollen. Die Ergebnisse liegen jetzt in einem „Stimmungsbarometer“ vor. Die HLZ dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse und ausgewählte Reaktionen der Mitglieder, die sich über die Beantwortung der Fragen hinaus zu der Online-Befragung äußerten.

Von 10.500 Mitgliedern, die aktiv im Schuldienst tätig sind und über eine gültige E-Mail-Adresse für die GEW erreichbar waren, haben 3.896 Mitglieder die Fragen online beantwortet. Die Angaben erfolgten anonymisiert, eine Mehrfachbeteiligung war technisch ausgeschlossen. Die Rücklaufquote von 37 % kann bei einer solchen Befragung als sehr gut angesehen werden. Die Gesamtzahl der Antworten variiert bei den einzelnen Fragen, da man auch „weiterblättern“ und einzelne Fragen auslassen konnte. Die tabellarische Zusammenfassung enthält nur das abschließende Statement, dem jeweils ausführlichere Erläuterungen vorangestellt sind. Den kompletten Wortlaut aller Fragen findet man auf der Homepage der GEW Hessen [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

#### Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen nahmen das „Stimmungsbarometer“ zum Anlass für weitere Anmerkungen. Die HLZ dokumentiert einige Meinungen in verkürzter Form:

„Grundsätzlich sind die Forderungen richtig, aber sie greifen meiner Meinung nach zu kurz, deshalb nehme ich an der Umfrage nicht teil. Es geht doch nicht nur um das Finanzielle. Man sollte zusätzlich mal all die Neuerungen und Forderungen an die Lehrer nach deren Effizienz befragen. Die stehen doch in keinem Verhältnis zu den Lernergebnissen der Schüler. Das laugt mich aus.“

„Ich bin entsetzt, wie suggestiv, fast nach ‚Drücker-Manier‘, diese Umfrage aufgebaut ist. Wer weiterhin meine Unterstützung (...) haben will, sollte nicht mit solchen Methoden arbeiten.“

„Eben habe ich die Umfrage der GEW Hessen ausgefüllt und abgesandt. Mir fiel auf, dass nach meiner Erfahrung nie Stellung genommen wird zu der Frage, ob alles, was an Verschlechterungen aus Wiesbaden kommt, überhaupt mit dem Schulgesetz oder mit dem Beamtengesetz vereinbar ist.“

„Ich habe an der Umfrage teilgenommen und war beeindruckt, wie mit der Fragestellung die Informationen vermittelt wurden. Kann man nur als GEW-Mitglied an der Umfrage teilnehmen oder verallgemeinert ihr das so, dass man auch andere Kollegen (Nichtmitglieder) einbinden kann?“

„Die letzte Frage ist mir zu undifferenziert und suggestiv. Ja, ich werde wahrscheinlich bei Aktionen mitmachen, aber es kommt auf die Art der Aktionen und auf deren Vorbereitung an.“

„Ich konnte alle Fragen nur mit „stimme voll zu“ beantworten. (...) Allerdings ist mir ein Rätsel, wie die GEW von einer Wochenarbeitszeit von 42 Stunden reden kann. Bei meiner Kombination (Mathematik, Informatik plus Klassenleitung) und dem üblichen Drumherum sind 62 Stunden die Woche mehr als die Wahrheit.“

„Eine echte Umfrage ist das ja nicht, eher eine Zustimmung zur Darstellung aller Ungerechtigkeiten. Eine Umfrage mit tendenziösen Statements ergibt ja im Zweifelsfall immer das gewünschte Ergebnis. Für ein Umfrage würde ich differenzierte Fragen und Statements erwarten, die ein offenes Ergebnis zulassen.“

„Dank für eure Initiative! Endlich mal was Konkretes.“

„Eure Umfrage greift meiner Meinung nach zu kurz. Gerade der Umstand, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen bereit sind, Abschläge in Kauf zu nehmen, zeigt, dass das Geld kaum eine Rolle spielt. Immer nur auf finanzielle Ausgleiche zu setzen, wird die Kolleginnen und Kollegen kaum mobilisieren. Außerdem kann psychische Belastung, die ebenfalls immer größer wird, nicht mit Geld ausgeglichen werden.“

„Bin nach der Geburt meines Sohnes mit einer 48%-Stelle im Grundschul-Einsatz. Was ich da als Klassenlehrerin (...) zu leisten habe für das wenige Geld, habt ihr angesprochen: Alles viel zu viel, immer mehr oben drauf etc. Aber den Vollzeitbeschäftigten geht es ja genauso.“

Ich stimme dem folgenden Statement der GEW zu:							Summe
	voll	teil- gehend	teil- weise	weniger	nicht	keine Antwort	
Seit Jahren hinkt die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst der allgemeinen Entwicklung der Einkommen hinterher. Hier haben wir deutlichen Nachholbedarf!	71%	18%	6%	2%	1%	2%	3689
Nach einer 18-monatigen Nullrunde soll die Besoldung ab dem 1.7.2016 jährlich per Gesetz nur noch um ein Prozent steigen. Wir wollen und können diesen Gehaltsraub und damit auch eine weitere Abwertung unseres Berufs nicht hinnehmen. Deshalb müssen wir in der Tarif- und Besoldungsrunde alle Maßnahmen des Arbeitskampfes bis hin zu einem gemeinsamen statusübergreifenden Streik in Betracht ziehen.	70%	19%	7%	2%	2%	0%	3491
Eine Pflichtstundenreduzierung für Lehrkräfte ist dringend erforderlich. Diese werden wir nur durchsetzen können, wenn wir unseren Protest längerfristig und nachhaltig durch gemeinsame Aktionen in den Tarif- und Gehaltsrunden organisieren und es uns gelingt, eine breite Öffentlichkeit für unsere berechtigten Anliegen zu gewinnen.	79%	14%	5%	1%	1%	0%	3445
Individuelle Strategien zur Reduzierung der Belastung durch Teilzeitbeschäftigung sind Notlösungen. Gerade Teilzeitbeschäftigte sollten in der Tarifrunde 2015 für ihre Interessen kämpfen und dem Arbeitgeber die tatsächliche Situation deutlich vor Augen führen.	78%	15%	5%	1%	1%	0%	3425
Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes müssen wir 2015 die Tarifverhandlungen zu einer gemeinsamen Tarif- und Besoldungsrunde machen, in der wir deutliche Zeichen setzen. Dazu ist es besonders wichtig, dass Angestellte und Beamtinnen und Beamte möglichst gemeinsam Druck für einen guten Abschluss machen.	76%	18%	4%	1%	1%	0%	3405
Bist Du bereit, gemeinsam mit der GEW gegen diese Zumutungen aktiv zu werden?	Ja: 85%		Nein: 15%		0%		3374

# Tarifrunde 2015 auch an den Hochschulen

Die anstehende Tarif- und Besoldungsrunde betrifft auch die Beschäftigten an den beiden „autonomen“ Hochschulen Goethe-Universität Frankfurt und Technische Universität Darmstadt (TUD). Vom Ausgang der Tarifrunde 2015 wird auch die Gehaltssteigerung der Beschäftigten an den beiden Hochschulen abhängen. Deshalb ist es wichtig, dass sich die Beschäftigten der beiden Hochschulen an den Tarifaueinsetzungen im Rahmen von Warn- beziehungsweise Unterstützungstreiks beteiligen!

Seit 2010 ist die TUD hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen autonom. Seither gilt für die Beschäftigten nicht mehr automatisch das, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im hessischen Landesdienst gilt. Das heißt, dass jede Einkommensentwicklung zwischen Gewerkschaften und Universitätsleitung ausgehandelt werden muss. Entsprechend werden GEW und ver.di im Februar 2015 die Verhandlungen mit der Hochschulleitung aufnehmen. Auch wenn sich in den vorherigen Tarifrunden die Tarifverhandlungen an der TU Darmstadt an den mit dem Land erzielten Ergebnissen orientiert haben, so war und ist die Übertragung dieses Ergebnisses keine Selbstverständlichkeit. Auch in Darmstadt, davon ist auszugehen, werden Arbeitskämpfmaßnahmen notwendig sein. Gemeinsam mit den anderen hessischen Beschäftigten müssen auch die Beschäftigten an der TU Darmstadt ihrem Arbeitgeber deutlich zeigen, dass sie sich nicht abkoppeln lassen.

Die Goethe-Universität kann schon seit 2007 eigene Tarifverträge abschließen. Hier ist die Situation allerdings etwas anders als an der TU Darmstadt. Mit der Goethe-Universität haben wir in einem Tarifvertrag 2010 vereinbart, dass die zukünftige Gehaltsentwicklung beim Land Hessen auch für die Beschäftigten der Goethe-Universität Frankfurt gelten soll. Für die Beschäftigten der Goethe-Universität heißt diese Anbindung an die Einkommensentwicklung im Land Hessen jedoch nicht, dass sie bei den Tarifaueinsetzungen außen vor sind. Im Gegenteil! Da die Beschäftigten der Goethe-Universität genauso wie alle anderen Landesbeschäftigten von den Verhandlungsergebnissen unmittelbar betroffen sind, werden auch die Beschäftigten der Goethe-Universität in der Tarifrunde zu Unterstützungstreiks aufgerufen.

Die angekündigte Nullrunde des Landes Hessen bei den Beamtinnen und Beamten trifft auch die Hochschulen. Deshalb ist es wichtig, dass sich auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen an einem möglichen Streik der Beamten zur Übertragung des Tarifergebnisses beteiligen. Weiterhin steht zudem noch die von den Gewerkschaften geforderte Übertragung der im März 2009 erzielten tariflichen Arbeitszeitregelung von 40 Stunden pro Woche auf die Beamtinnen und Beamten an den Hochschulen sowie eine entsprechende Anpassung der Lehrverpflichtungsverordnung für die Lehrkräfte an den Hochschulen aus, für die sich die GEW Hessen weiter einsetzen wird.

## Stimmungsbarometer Hochschule

Die GEW Hessen hat im Herbst 2014 mit dem „Stimmungsbarometer Hochschule“ ihre in der Wissenschaft beschäftigten Mitglieder nach ihrer Meinung zu zentralen GEW-Positionen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2015 gefragt. Dabei sollte einerseits die Vergleichbarkeit zu der zeitgleich im Schulbereich durchgeführten Umfrage gewahrt bleiben, andererseits sollten aber auch die Besonderheiten des Hochschulbereichs berücksichtigt werden. Wie auch beim „Stimmungsbarometer Lehrkräfte“ (HLZ S.10-11) folgte die GEW nicht dem Ansatz einer demoskopischen Befragung, sondern es war das Ziel, die Mitglieder zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Landesregierung und den Positionen der GEW anzuregen. Die Rückmeldungen geben darüber hinaus wichtige Hinweise für die Entwicklung von Forderungen und für die Planung der Tarif- und Besoldungsrunde.

Die Antworten der Mitglieder aus dem Hochschulbereich weisen auf eine deutliche Unterstützung für die Positionen der GEW hin: 59% stimmen der Einschätzung der GEW voll zu, dass die Gehaltsentwicklung mit den zunehmenden Anforderungen an die Beschäftigten nicht Schritt hält. Obwohl es an den Hochschulen jenseits von Professuren nur wenige Beamtenstellen gibt, empfinden dennoch 57% die im schwarz-grünen Koalitionsvertrag angekündigte Nullrunde für Beamtinnen und Beamte als respektlos gegenüber dem professionellen Selbstverständnis. 69%, also mehr als zwei Drittel, halten die Reduzierung der Arbeitsbelastungen und

der per Verordnung geregelten Lehrverpflichtung für besonders wichtige Forderungen. Noch brennender scheint die Teilzeitproblematik zu interessieren, denn 90% stimmen mit der GEW-Position voll überein, dass bei halben Stellen keine Vollzeitarbeit erwartet werden darf.

Was bedeuten diese Ergebnisse für die anstehende Tarif- und Besoldungsrunde? 73% stimmen der Aussage voll zu, dass Angestellte und Beamtinnen und Beamte in der Tarif- und Besoldungsrunde 2015 gemeinsam Druck für gute Arbeitsbedingungen machen müssen, weitere 21% stimmen weitgehend zu. Einerseits zeigt sich ein klares Votum der Mitgliedschaft für eine deutliche Entgelt- und Besoldungserhöhung. Andererseits ist an den Hochschulen die Frage von Arbeitsbelastungen und von Vollzeitarbeit bei Teilzeitbezahlung ein noch drängenderes Problem. Dass dem wissenschaftlichen Personal und zunehmend auch den administrativ-technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fast nur noch befristete Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden, trägt zu einer massiven Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bei.

Die GEW muss in der Tarifrunde im Hochschulbereich den Brückenschlag zwischen unmittelbar tarifvertraglich regelbaren Forderungen und anderen drängenden Fragen wie der Teilzeitproblematik und der Arbeitsbelastung meistern und deutlich machen, dass eine hohe und sichtbare Beteiligung der Hochschulbeschäftigten an möglichen Arbeitsniederlegungen nicht nur zu besseren Tarifergebnissen beiträgt, son-

Zustimmung von Hochschulbeschäftigten in %					
Ich stimme diesem Statement der GEW zu:	voll	weitgehend	teilweise	weniger	nicht
Nachholbedarf bei der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst	59	31	5	3	0
Nullrunde für Beamtinnen und Beamte untergräbt professionelles Selbstverständnis	57	22	15	4	1
Reduzierung der Arbeitsbelastung und der Lehrpflicht notwendig	69	12	17	2	1
Von Teilzeitbeschäftigten darf keine Vollzeitarbeit verlangt werden.	90	4	4	1	1
Gemeinsam Druck machen in der Tarif- und Besoldungsrunde 2015	73	21	4	1	1
	Differenz zu 100 %: keine Antwort				

dern auch die Chancen auf Erfolge jenseits der Tarifpolitik erhöht. Dass 90% der Kolleginnen und Kollegen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, bereit sind, gemeinsam mit der GEW aktiv zu werden, ist eine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Mobilisierung an den Hochschulen!

Roman George



## Hilfskräfte: Einmal prekär – immer prekär?

In Hessen haben sich im vergangenen halben Jahr an verschiedenen Hochschulstandorten Initiativen von Hilfskräften wiederbelebt, die sich seit einiger Zeit in einer hessenweiten Vernetzung zusammengeschlossen haben. Manche mögen denken: Schon wieder eine Tarifinitiative der Hilfskräfte – hatten wir das nicht schon mal?! Und zugegebenermaßen, Hilfskraftinitiativen sind hochschulpolitisch gesehen schon ein „alter Hut“: eine Vielzahl der Forderungen bestehen bereits längere Zeit, doch erstaunlicherweise sind sie alle noch aktuell, denn geändert hat sich bisher wenig.

Hilfskräfte arbeiten unter sehr prekären Bedingungen; ohne Tarifvertrag und Personalvertretung sind sie unmittelbar von ihren Vorgesetzten abhängig, die in vielen Fällen auch gleichzeitig ihre Dozentinnen und Dozenten und damit auch für ihre Noten verantwortlich sind. Sie arbeiten mit kurzen Vertragslaufzeiten, geringer Bezahlung und sollen immer da sein, wenn man sie braucht. Kurzfristige Arbeitsaufträge, die über Nacht erledigt werden sollen, fehlender Urlaub und oft sogar ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – so sieht der Arbeitsalltag vieler Hilfskräfte aus. Dabei ersetzen immer häufiger studentische und vor allem auch wissenschaftliche Hilfskräfte die Arbeit von tarifgebundenen Festanstellungen, wodurch es im gesamten Wissenschaftsbereich zur Steigerung des Anteils der prekär Beschäftigten kommt. Auch wenn Hilfskräfte anspruchsvollen Tätigkeiten nachgehen können sollen, ist es dennoch – zum Schutz der drei Beschäftigungsgruppen – abzulehnen, dass die Arbeit

von Verwaltungspersonal und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Hilfskräfte übertragen wird. Hier muss es klare Regelungen und Aufgabenbeschreibungen für Hilfskräfte geben.

Genau das soll sich ändern. Zentrale Forderungen sind deshalb die Aufnahme von Hilfskräften in bestehende Tarifverträge und in die Personalvertretung, höhere Löhne, längere Vertragslaufzeiten und die Einhaltung von gesetzlichen Mindeststandards. Außerdem soll die Arbeit von Hilfskräften so gestaltet werden, dass sie tatsächlich der Qualifizierung von Hilfskräften dient – der Arbeitsbereich „studiennahe Dienstleistungen“, so wie er im hessischen Hochschulgesetz steht, ist damit abzulehnen.

So hat die GEW Hessen auch folgerichtig auf der Landesdelegiertenversammlung (LDV) Ende November ihre Forderung nach einem Tarifvertrag für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte bekräftigt und sich dafür ausgesprochen, diese Forderungen auch in der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde 2015 zum Thema zu machen. Gemeinsam mit den lokalen Hilfskraftinitiativen soll daran gearbeitet werden, einen Tarifvertrag für Hilfskräfte zu erstreiten. Die Initiativen und die Hilfskräfte benötigen eine starke Gewerkschaft, die mit ihnen gemeinsam aktiv für eine Tarifierung und Verbesserung der gesetzlichen Bedingungen kämpft. Dieses Ziel kann nur gemeinsam mit allen Beschäftigtengruppen erreicht werden.

Birthe Kleber unter Mitarbeit von Matthias Schröder



# Geld ist genug da ...

## ... aber wir brauchen eine Korrektur der Verteilung

Aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen begann die konservativ-liberale Bundesregierung unter Bundeskanzler *Helmut Kohl* ab 1982 einen Politikwechsel, der als Wende bezeichnet wurde. Die Regierung setzte sich zum Ziel, gleichzeitig Ausgaben und Steuern zu senken, staatliche Auflagen für die Wirtschaft abzubauen und die Flexibilität des Arbeitsmarktes zu erhöhen. Für die Arbeitnehmer führte daher bereits die 16-jährige „Ära Kohl“ zu stagnierenden Einkommen.

### Wachsende Schere zwischen Arm und Reich

Die rot-grüne Regierung setzte dann ab 1998 den Prozess der Steuergeschenke für die Wohlhabenden und für die Unternehmen in noch größerem Maßstab fort. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 % auf 42 % abgesenkt und noch stärker fiel die Entlastung bei den Körperschaftssteuern aus. Wenn sie von den *Global Players* überhaupt gezahlt wird und diese nicht in Steuerparadiese wie Luxemburg ausweichen, lag sie 2013 ohne Gewerbesteuer und Soli bei 15 %, ansonsten bei knapp 30 %. Vor 1998 betrug der Steuersatz im Durchschnitt noch 45 %.

Die offizielle Rechtfertigung lautet, dass durch die Senkung der Steuern auf Gewinne, durch den Druck auf die Löhne und durch den Abbau des Sozialstaates dem volatilen Kapital im härter gewordenen internationalen Wettkampf niedrigere Kosten ermöglicht werden müssten, um es im eigenen Land zu halten und damit Outsourcing zu verhindern und fremdes Kapital ins Land zu holen. Die Folgen dieser Politik zeigen sich in einer wachsenden Schere zwischen Arm und Reich, in einer zunehmenden Prekarisierung der Arbeit (allein über 20 % im Niedriglohnsektor), einem Abbau des Sozialstaats und einem Stillstand der Reallohnentwicklung, die hinter der generellen Entwicklung des Sozialprodukts zurückblieb.

Das Ergebnis ist eine private und öffentliche Armut, was nicht nur unter sozialen Aspekten problematisch ist. Die Schwächung der Binnennachfrage konnte zum Teil nur durch steigende Exporte kompensiert werden – allerdings auf Kosten der Handelspartner. Die relativ stagnierende inländische Nachfrage ließ die Investitionsbereitschaft in Sachkapital und Arbeitsplätze sinken und führte zu einem Anstieg des Einsatzes von spekulativem Kapital auf den Finanzmärkten,

zum „Kasinokapitalismus“. Dies ist auch eine der Ursachen der Finanzkrise von 2008.

Durch Steuersenkungen zugunsten von Unternehmen hat der Staat seit dem Jahr 2000 auf Einnahmen in Höhe von 480 Milliarden Euro verzichtet. Dieses Geld fehlt für Bildung, für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur, für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und für eine angemessene Beteiligung der öffentlichen Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Leider sind die Aussichten nicht positiv, denn die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich durch die Vorgaben des Fiskalpakts und der Schuldenbremse verschärfen.

Eine schnelle und wirkungsvolle Umkehr in der Steuerpolitik könnte ein Weg aus der Krise sein. Diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten immer weiter von Steuern entlastet wurden und immer reicher geworden sind, müssen ihren Beitrag leisten, um Bund, Länder und Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen. Wenn Superreiche auf ihr Vermögen wieder eine Steuer zahlen, würden 20 Milliarden Euro jährlich in die öffentlichen Kassen gespült. Eine höhere Besteuerung großer Erbschaften könnte zehn Milliarden Euro einbringen, sechs Milliarden mehr als bisher.

Notwendig ist auch eine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermeidung unter anderem durch eine Aufstockung des Personals in der Steuerprüfung und bei den Spezialstaatsanwaltschaften.

Erstausnehmlich ist auch die Tatsache, dass **niemand (!)** den festgesetzten Höchststeuersatz von 42 % auf Einkommen zahlt. Ein Blick auf die letzte verfügbare Steuerstatistik von 2010 zeigt, dass auch bei den statistisch erfassten Millionäreinkommen die Steuersätze erheblich unter 40 % lagen und sogar mit steigendem Einkommen abnahmen!

Bei einem Steuersatz von 42 % hätten die Millionäre für das zu versteuernde Einkommen 17,3 Milliarden Euro an Steuern zahlen müssen. Tatsächlich waren es 4,1 Milliarden weniger! Den höchsten Durchschnittssteuersatz mit 35,1 % hatten dabei die Einkommen zwischen 0,5 Millionen und 1,0 Millionen Euro.

Von Jahr zu Jahr ist die Steuerbelastung der Millionäre dabei gesunken: Im Jahr 2007 lagen die Durchschnittssteuersätze in den drei statistischen Gruppen immerhin noch bei 37,7 %, 36,6 % und 36,4 %. Auch hier zahlten die Reichen relativ weniger als die geringeren Einkommensgruppen.

Lohnentwicklung pro Arbeitnehmer und Jahr in Euro					
	Bruttolöhne	Lohnsteuer	Sozialabgaben	Nettolöhne	reale Nettolöhne
1992	22.152	3721	3142	15.286	19.155
2000	25.368	4409	4033	16.931	18.264
2010	28.500	4352	5038	19.115	17.666
1992 bis 2010	+ 28,7 %	+ 17 %	+ 60,3 %	+ 25 %	- 7,8 %

Quelle: BMAS, Statistisches Taschenbuch 2011, Ziffer 1.13-1.15

Einkommensteuerstatistik 2010					
Einkommen in Millionen Euro	Zahl der Steuerpflichtigen	Einkommen in Mrd. €	festgesetzte Einkommensteuer		Anteil an Gesamtsteuereinnahmen
			Mrd. €	Steuersatz	
1,0-2,5	11.025	16,1	5,5	34,2%	7 %
2,5-5,0	2.230	7,6	2,5	33,0%	
5,0 u. mehr	1.314	17,4	5,2	29,9%	

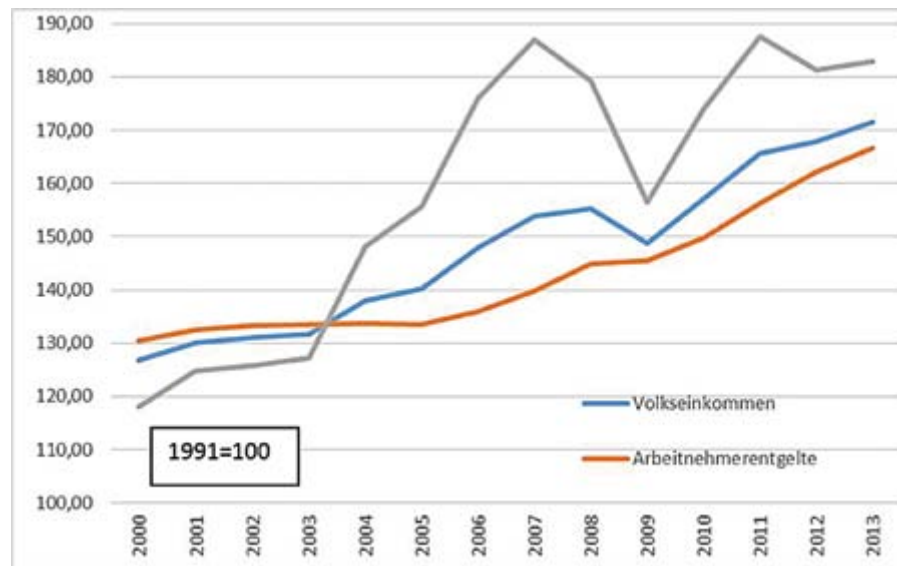
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 7.1.1, 2010, S. 8

Folgt man Meinungsumfragen, dann zeigt sich eine hohe Unterstützung für eine Änderung der Steuerpolitik: Eine repräsentative Erhebung vom Mai 2013, die TNS Infratest Politikforschung im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes durchführte, zeigt, dass rund drei Viertel der Bundesbürger mittlerweile die Auffassung vertreten, dass Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen sollten als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen. Bei den Anhängerinnen und Anhängern von SPD, Grünen und Linken lag die Zustimmungquote bei 85 %, 86 % und 87 %. Selbst bei Anhängern von CDU und CSU betrug die Quote noch 66 %.

Die Politik sollte endlich diesen berechtigten Forderungen zugunsten von Sozialstaat, Demokratie und einer besseren Wirtschaftsentwicklung entsprechen. Reale (Netto-)Lohnerhöhungen werden dazu beitragen, die Nachfrage zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern. Mit einer angemessenen Lohnerhöhung wachsen auch die Arbeitszufriedenheit und damit die Leistungsbereitschaft.

Dieter Eißel

## Entwicklung des Nationaleinkommens



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4

# Wir lassen uns nicht abhängen!

## Beschluss der Landesdelegiertenversammlung vom 22.11.2014

Die GEW Hessen macht die Tarif- und Besoldungsrunde im Frühjahr 2015 zu einem zentralen Auseinandersetzungspunkt mit der Landesregierung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bildungswesen des Landes Hessen. In dieser Auseinandersetzung sucht die GEW Hessen den engen Schulterschluss mit dem DGB Hessen und den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Über mögliche Warnstreiks oder Streiks der Tarifbeschäftigten während der Tarifverhandlungen hinaus wird die GEW Hessen auf eine Arbeitsniederlegung der beamteten Lehrkräfte hinarbeiten, sollte die Landesregierung bei ihrer Ankündigung einer Nullrunde bleiben und sich weigern, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Dabei wird es ebenfalls um die Übertragung der 40-Stunden-Wochen aus dem Tarifvertrag gehen und damit um die Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden und der Pflichtstunden aller Lehrkräfte um eine Stunde. Die Vorhaben der Landesregierung sind ein direkter Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen und führen zur weiteren gesellschaftlichen Abwertung des Lehrberufs! Wir lassen uns nicht spalten, sondern werden in der Tarif- und Besoldungsrunde statusübergreifende und sichtbare gemeinsame Aktionen durchführen.

Für Arbeitsniederlegungen gilt dabei:

- Beamtinnen und Beamte unterstützen mögliche Streiks der Tarifbeschäftigten während der Tarifverhandlungen.
- Tarifbeschäftigte unterstützen Beamtinnen und Beamte bei ihrer Arbeitsniederlegung, wenn die Übertragung des Tarifergebnisses verweigert wird.

In ihrem Koalitionsvertrag hat die schwarz-grüne Koalition vereinbart, einen Großteil der Kosten ihrer Schuldenbremsenpolitik bei den Beschäftigten des Landes Hessen abkassieren zu wollen. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass bereits die Tarifverhandlungen von Seiten des Landes sehr konfrontativ geführt werden und jedes Zehntelprozent Gehaltserhöhung durch breiten Druck der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erkämpft werden muss.

Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag sieht weiterhin vor, dass die Besoldung der hessischen Beamtinnen und Beamten bis zum 30. Juni 2016 festgeschrieben werden soll. Das bedeutet, dass die Landesregierung die Beamtinnen und Beamten von den Lohnerhöhungen, die im Rahmen der Tarifrunde 2015 durchgesetzt werden, komplett ausschließen will. Nach dieser 18-monatigen Nullrunde soll die Besoldung ab dem 1.7.2016 jährlich per Gesetz nur noch um ein Prozent steigen. Damit würde die reale Kaufkraft der Beamteneinkommen – je nach Inflationsrate – um mindestens 5 Prozent bis zum Ende des Jahres 2018 sinken! Diese Ankündigung ist eine Kampfansage auch für die Tarifrundverhandlungen, um dort ebenfalls möglichst niedrige Abschlüsse zu erzielen.

Vage stellt die Koalition in Aussicht, „die wöchentliche Arbeitszeit im Beamtenbereich im Jahr 2017 auf 41 Stunden“ abzusenken. Keine Aussage gibt es zur Arbeitszeit der Lehrkräfte. Zu vermuten ist, dass sie auch hier außen vor bleiben sollen und die bisherige Überlastung weitergehen soll. (...) Deshalb wollen wir in der Tarif- und Besoldungsrunde auch die steigende Arbeitsbelastung thematisieren und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreichen. (...)

# Ein Schritt in die richtige Richtung

## Streikrecht und Beamtenbesoldung vor den Gerichten

Als unmissverständliche Antwort auf die Weigerung der Landesregierung, das Ergebnis der Tarifrunde 2015 auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen und eine 18-monatige Nullrunde anzuordnen, beauftragte die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen den Landesvorstand, „auf eine Arbeitsniederlegung der verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer hinzuarbeiten“. Zugleich ist in der Tagespresse viel über eine veränderte Rechtsprechung zum Beamtenstreik zu lesen. Der folgende Beitrag soll drei häufig gestellte Fragen beantworten:

- Ist es richtig, dass Beamtinnen und Beamten jetzt auf Grund einer veränderten Rechtsprechung ein Streikrecht haben?
- Ist es richtig, dass das Bundesverwaltungsgericht die öffentlichen Arbeitgeber verpflichtet hat, die Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen? Müssen wir dann überhaupt noch streiken?
- Was sind dienstrechtliche Risiken eines Beamtenstreiks?

### Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Am 27.2.2014 entschied das *Bundesverwaltungsgericht* in Leipzig (BVerwG) in dritter Instanz den Fall einer GEW-Kollegin aus Nordrhein-Westfalen, die als verbeamtete Lehrerin im Januar und Februar 2009 innerhalb von zwei Wochen dreimal an Warnstreiks teilgenommen hat, zu denen die GEW während der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst aufgerufen hatte (Urteil vom 27.2.2014 - 2 C 19.12). Die GEW forderte eine Gehaltserhöhung für tarifbeschäftigte Lehrer

und strebte die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten an. An den drei Streiktagen versäumte die Kollegin insgesamt zwölf Unterrichtsstunden. Aus diesem Grund wurde sie durch Disziplinarverfügung mit einer Geldbuße von 1.500 € belegt. Das *Verwaltungsgericht Düsseldorf* (VG) hatte die Verfügung aufgehoben, weil Verstöße beamteter Lehrer gegen das Streikverbot aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Zulässigkeit von Streiks im öffentlichen Dienst nicht mehr disziplinarrechtlich sanktioniert werden könnten (Urteil vom 15.12.2010 - 31 K 3904/10).

Das Urteil des VG Düsseldorf wurde vom *Oberverwaltungsgericht Münster* (OVG) aufgehoben, weil kollektive Kampfmaßnahmen „mit der Rechtsnatur des Beamtenverhältnisses als eines auf Lebenszeit angelegten öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses unvereinbar“ seien. Zwar stehe auch Beamtinnen und Beamten die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Abs. 3 GG zu, doch sei dieses Grundrecht durch Artikel 33 Abs. 5 GG eingeschränkt, da zu den dort verankerten „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamten-tums“ auch das Streikverbot für Beamte gehöre. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) habe den Rang eines einfachen Bundesgesetzes und sei daher dem Grundgesetz nachgeordnet (Urteil vom 7.3.2012, 3d A 317/11.0).

### Was sagen die Gerichte zum Streikrecht?

Auch das BVerwG geht von einer Einschränkung der Koalitionsfreiheit für Beamtinnen und Beamte durch Artikel 33 Abs. 5 GG aus, spricht aber im Folgenden vom „Verfassungsgrundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes“ und der völkervertragsrechtlichen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, der EMRK in ihrer Auslegung durch den EGMR „innerstaatliche Geltung zu verschaffen, d.h. das deutsche Recht grundsätzlich konventionskonform zu gestalten“. Artikel 33 Abs. 5 GG enthalte zwar ein Streikverbot, aber auch den Auftrag an den Gesetzgeber, „das Beamtenrecht zu regeln und fortzuentwickeln“ und damit die hergebrachten Grundsätze „in die Zeit zu stellen“. Dazu gehört für das BVerwG auch, die Konsequenzen aus der Rechtsprechung des EGMR zu ziehen, dass ein Streikverbot für Beamtinnen und Beamte einen Verstoß gegen Art. 11 Abs. 1 EMRK darstellt (siehe Kasten). Einschränkungen der Koalitionsfreiheit akzeptiert der EGMR ausschließlich für Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung, soweit diese für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer unverzichtbar sind. Lehrerinnen und Lehrer an deutschen öffentlichen Schulen nehmen nach Auffassung des BVerwG aber „keine genuin hoheitlichen Aufgaben wahr“, weshalb es den Landesregierungen frei gestellt ist, ob sie Lehrkräfte als Beamte oder als Tarifbeschäftigte beschäftigen.

Die „Ausstrahlungswirkungen“ des europäischen Rechts hatte in einem von der GEW Hessen geführten Verfahren bereits das Verwaltungsgericht Kassel hervorgehoben:

#### Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz

*Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. (...)*

#### Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz

*Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamten-tums zu regeln und fortzuentwickeln.*

#### Artikel 11 Europäische Menschenrechtskonvention

*(1) Jede Person hat das Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen; dazu gehört auch das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.*

*(2) Die Ausübung dieser Rechte darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer. Dieser Artikel steht rechtmäßigen Einschränkungen der Ausübung dieser Rechte für Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung nicht entgegen.*



„Nur diese Auslegung des Art. 33 Abs. 5 GG im Lichte der Europäischen Menschenrechtskonvention verhilft den Grundfreiheiten der Konvention zu voller Geltung und gewährleistet ein verfassungskonformes Verhalten aller staatlichen Behörden.“ (Urteil vom 27.7.2011, 28 K 1208/10.KS.D)

Die Erkenntnis des BVerwG, dass die Teilnahme der GEW-Kollegin an den Warnstreiks durch Art. 11 EMRK gedeckt war, führte allerdings noch nicht zu einem Richterspruch, der verbeamteten Lehrkräften in Deutschland das Streikrecht zuerkennt. Vielmehr sei das beamtenrechtliche Streikverbot „bis zu einer Auflösung der dargestellten Kollisionslage durch den dazu allein berufenen Gesetzgeber nach wie vor geltendes Recht“.

Wie der Gesetzgeber diesen Widerspruch auflösen könnte, sagt das BVerwG leider nicht. Die Rede ist von „erweiterten Verhandlungsrechten“, aber auch von der Möglichkeit, dass die Dienstherren „für diese Verwaltungsbereiche, etwa im öffentlichen Schulwesen, künftig nur noch Tarifbeschäftigte einstellen.“

### Folgen für die Beamtenbesoldung

Da also auch das BVerwG derzeit noch kein Streikrecht anerkennen wollte, suchte es nach einer Kompensation. Bis der Widerspruch zwischen EMRK und deutscher Gesetzgebung aufgelöst ist, seien – so las man zunächst in der Pressemitteilung des Gerichts –

„die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern (...) verfassungsrechtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.“

Diese Formulierung in der Presseerklärung des Gerichts unmittelbar nach der Verkündung seines Urteils weckte Hoffnungen, die vom Urteilstext selbst jedoch leider enttäuscht wurden: Von einer verfassungswidrigen Abkoppelung der Beamtenbesoldung von der allgemeinen Einkommensentwicklung könne nur dann die Rede sein, wenn

„der Gesetzgeber die Besoldungsentwicklung an Parameter knüpft, die die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst nicht mehr in den Blick nehmen“.

Der hessische Innenminister *Peter Beuth* (CDU) griff diese wachsweiße Formulierung in seiner Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag dankbar auf: Abweichungen von den Tarifergebnissen seien dem Dienstherrn nicht verwehrt, solange er nur dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation hinreichend Rechnung trägt:

„Der gesetzgeberische Spielraum schließt nicht aus, dass im Ergebnis auch Zeiträume ohne Besoldungsanpassung dem Alimentationsprinzip entsprechen können.“ (Drucksache 19/357 vom 16.6.2014)

Eine kühne These, denn Nullrunde und langjährige Deckelungen können sicher nicht beanspruchen, dass hier die noch gar nicht vorliegenden Tarifabschlüsse „in den Blick“ genommen werden. Die GEW wird deshalb auch alle rechtlichen Schritte prüfen, dem Besoldungsdiktat entgegenzutreten.

Ein erstes Fazit: Die GEW sieht im Urteil des BVerwG einen „Schritt in die richtige Richtung“. Es zeigt einmal mehr, dass das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte obsolet geworden ist und endlich über Bord geworfen werden muss. Ebenso begrüßen wir die Forderung des BVerwG, auch den Beamtinnen und Beamten und ihren Gewerkschaften Verhandlungsrechte zuzugestehen und sie bis dahin an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu



Das Bundesverwaltungsgericht und ehemalige Reichsgericht in Leipzig (Foto: Jungpionier 2006, Wikimedia CC BY-SA 3.0)

beteiligen. Das Urteil zeigt aber auch, dass wir nicht darauf warten können, bis uns ein Gericht das Streikrecht oder die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung von Tarifiergebnissen gibt. Das können wir nur selber tun: kämpferisch und solidarisch. Wenn uns die europäischen und deutschen Gerichte hier Rückenwind geben, umso besser!

### Was riskieren streikende Beamte?

Wie bei vorangegangenen Streikaktionen, zu denen die GEW verbeamtete Lehrkräfte aufgerufen hat, wird die GEW im Vorfeld rechtzeitig auch über die rechtlichen Folgen einer Streikteilnahme informieren.

Da auch die jüngere Rechtsprechung deutscher Gerichte noch nicht zu einer vollständigen Abkehr vom Streikverbot für Beamtinnen und Beamte geführt hat, müssen wir damit rechnen, dass der Dienstherr Sanktionen ausspricht, sie vor allem aber im Vorfeld zur Einschüchterung *androht*. Da es für Verletzung von Dienstpflichten jenseits des Disziplinargesetzes keinen Bußgeldkatalog gibt, wie wir ihn von der Straßenverkehrsordnung kennen, gibt es keine rechtlich zu begründenden Vorhersagen, was passieren kann. Bei einigen Streikaktionen wurden beispielsweise Schulleiterinnen und Schulleiter anders gemäßregelt als „einfache Lehrkräfte“, bei anderen Aktionen gab es solche Unterscheidungen nicht. Entscheidend ist immer der „Schutz der großen Zahl“: Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich an einer Arbeitsniederlegung beteiligen, umso weniger kann dem oder der einzelnen passieren. Nur ein einziges Mal unternahm eine hessische Landesregierung im Jahr 1989 den Versuch, gegen mehrere tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer von der GEW organisierten Arbeitsniederlegung individuelle Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Verhängung eines Verweises einzuleiten. Bei allen folgenden Arbeitsniederlegungen blieb es – wenn überhaupt – bei der Erteilung von schriftlichen Missbilligungen, die nach der Dienststörung

nicht als Disziplinarstrafen anzusehen sind und nach zwei Jahren aus der Personalakte zu entfernen sind. Da die letzte Arbeitsniederlegung verbeamteter Lehrkräfte in Hessen im Jahre 2009 stattfand, ruft die GEW alle Kolleginnen und Kollegen auf, einen Antrag auf Entfernung ihrer Missbilligung aus der Akten zu entfernen (siehe Kasten). Dass die nicht gehaltenen Stunden nicht bezahlt werden, ist bei allen Arbeitskämpfen der Fall. GEW-Mitglieder haben Anspruch auf Streikgeld.

Den Schutz der großen Zahl wird die GEW wie bei allen anderen Streikaktionen durch geeignete Formen der Mitgliederbefragung sicherstellen. Auch dazu ergehen rechtzeitig die notwendigen Informationen. Das gilt auch für Beamtinnen und Beamte auf Probe, für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und andere.

Auch hier ein Fazit: Gegen Einschüchterung und übergroße Besorgnis helfen Gemeinsamkeit und Solidarität. Die GEW wird keinem Kollegen und keiner Kollegin existenzielle Risiken zumuten. Und eine Missbilligung für eine gute Sache haben schon viele überlebt. Oder um den GEW-Landesvorsitzenden Jochen Nagel zu zitieren: „Eine solche Missbilligung ist nichts anderes als eine gewerkschaftliche Ehrenrurkunde.“

Harald Freiling, HLZ-Redakteur  
Kathrin Kummer, Landesrechtsstelle der GEW

### Arbeitsniederlegung am 17. November 2009: Jetzt Entfernung der Missbilligung beantragen

Im Jahr 2009 hatte die GEW Hessen auch Beamtinnen und Beamte im Rahmen der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Beamtinnen und Beamte, die sich an der Arbeitsniederlegung beteiligt haben, haben daraufhin teilweise eine schriftliche Missbilligung durch das Staatliche Schulamt oder ihre Schulleitung erhalten. Selbstverständlich sollten keine Unterlagen, die nachteilig für eine Beamtin oder einen Beamten sind, länger als rechtlich vorgeschrieben in der Personalakte verbleiben. Daher sollten jetzt, falls noch nicht geschehen, Anträge auf Entfernung der schriftlichen Missbilligung aus der Personalakte bzw. der Personalnebenakte gestellt werden. Rechtsgrundlage für den Antrag auf Entfernung ist § 91 Abs.1 Satz 1 Nr.2 des Hessischen Beamtengesetzes: „Unterlagen über Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen (...) sind, falls sie für die Beamtin oder den Beamten ungünstig sind oder ihr oder ihm nachteilig werden können, auf Antrag des Beamten oder der Beamtin nach zwei Jahren zu entfernen und zu vernichten.“

- Antragsmuster für Anschreiben an die Schulleitung und das Staatliche Schulamt findet man auf der Homepage der GEW Hessen: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Recht > Aktuell

## Tarifrunde 2015: Erste Demonstrationen

Am Vortag der ersten Lesung des Landeshaushalts für das Jahr 2015 im Landtag riefen die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der DGB Hessen Beamtinnen und Beamte zu ersten öffentlichen Protestaktionen gegen die geplante Nullrunde und die Kürzungen bei der Beihilfe auf. In Wiesbaden und Kassel versammelten sich am 15. Dezember rund 4.000 Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer und Feuerwehrleute. Neben den weiß-grünen Fahnen der GdP waren die GEW-Fahnen nicht zu übersehen. *Gabriele Kailing*, Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, kritisierte, dass die schwarz-grüne Landesregierung die unsoziale Politik der Vergangenheit fortsetzt:

„Wieder sind es die Landesbeschäftigten, auf deren Rücken der Haushalt saniert werden soll. Es kann nicht sein, dass Beamtinnen und Beamten Mehrbelastungen bei der Gesundheitsvorsorge aufgeladen und sie für Jahre von der tariflichen Lohnentwicklung abgekoppelt werden sollen.“

Dass die Nullrunde auf 18 Monate „begrenzt“ werden soll, besänftigt den GdP-Landesvorsitzenden *Andreas Grün* keineswegs. Die geplante Gehaltserhöhung von jährlich einem Prozent in den Jahren 2016 bis 2019 bezeichnete er als „Almosen“. GdP-Vorstandsmitglied *Peter Wittig* erinnerte bei der Kundgebung in Wiesbaden daran, dass der damalige Innenminister *Bouffier* demonstrierende Polizisten 2007 als „Krawallmacher“ bezeichnet habe. „Die Krawallmacher sind wieder da“, rief Wittig in Richtung Staatskanzlei.

Wer einen „handlungsfähigen öffentlichen Dienst haben will, muss die Beschäftigten fair behandeln“, sagte der nordhessische DGB-Regionsgeschäftsführer *Michael Rudolph* vor dem Kasseler Staatstheater. *Harald Fiedler*, DGB-Geschäftsführer in der Region Frankfurt-Rhein-Main, kündigte in Wiesbaden eine Fortsetzung der Proteste an:

„Wir werden alle gewerkschaftlichen Mittel einsetzen, bis die Landesregierung zur Einsicht gekommen ist.“

Unterstützung kam von den Oppositionsparteien im Landtag. Fast wortgleich bezeichneten *Günter Rudolph*, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, und *Hermann Schaus*, innenpolitischer Sprecher der Linken, die Landesbeschäftigten als „Hauptopfer einer verfehlten Finanzpolitik“. *Wolfgang Greilich*, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sprach von einem „verfassungswidrigen Sonderopfer“ der Beamtinnen und Beamten.



Demonstration in Kassel am 15.12.2014 (Foto: H.G.Klindt)



gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

Januar – März 2015

### ARBEITSPLATZ SCHULE

#### Seminar B7004

##### Umgang mit Widerstand von Schüler/innen, Eltern oder Kollegen/innen

Wie nutze ich Widerstand für konstruktive Lösungen?

Monika Fröhlich & Barbara Würkert

Mo, 26.01.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar B7022

##### Klassenführung - mehr als Classroom-Management

Thomas Klaffke

Mi, 11.02.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Personalräteschulung T7039

##### Rechtsfragen für Personalräte II

Beamtenrecht

Andreas Skorka

Mo, 23.02.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 110 €

#### Workshop B7029

##### Kollegiale Beratung - „Die Experten sind wir selbst“

Uwe Riemer-Becker

Mi, 18.02.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Vortrag mit Diskussion B7067

##### Im Ausland unterrichten?

Günther H. Fecht & Paul Michel

Di, 03.03.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 15 €; Mitglieder GEW Hessen 5 €

#### Workshop B7071

##### Basisworkshop Mediation

Doris Beher

Do, 05.03., 12.03., 19.03., 26.03., Fr, 17.04., jew. 14:00 - 18:00 Uhr,

Sa, 18.04., 10:00 - 18:00 Uhr, u. So, 19.04.15, 9:00-13:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 195 €; Mitglieder GEW Hessen 166 €

#### Seminar B7088

##### Ist Beziehungskompetenz lernbar?

Peter Kühn

Mi, 11.03.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

#### Seminar B7090

##### Begleitete Intervention im schulischen Alltag

Entwicklung von Problemlösungen durch kollegiale Fallberatung in Gruppen

Dr. Susanne Pietsch

Mi, 11.03.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### DEMOKRATISCHE BILDUNG

#### Vortrag mit Diskussion D7009

##### Palästina - Israel

##### Wie können Europäer zu einem gerechten Frieden beitragen?

Dr. Matthias Jochheim

Di, 03.02.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

#### Fachtagung D7040

##### Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung

##### - Herausforderungen für die Bildungsarbeit

Enis Gülegen, Dr. Sabine Schiffer, Prof. Werner Ruf & Jihad Taskin

Mo, 23.02.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Vortrag mit Diskussion D7055

### Rechtsextremismus - was tun?

Helge von Horn

Do, 26.02.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Vortrag mit Diskussion D7076

### Irak, Libyen, Syrien, Palästina, Ukraine... - Die Welt aus den Fugen!

Was geht uns das an?

PD Dr. Johannes-M. Becker

Do, 05.03.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

## ELTERNARBEIT

Seminar E7002

### Wie sag ich's meinen Eltern?

Wie können Elterngespräche gelingen?

Dr. Angela Schmidt-Bernhardt

Do, 22.01.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar E7021

### Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 11.02.15, 13:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar E7092

### Elternabend konstruktiv und effizient gestalten

Uwe Riemer-Becker

Do, 12.03.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

Vortrag mit Diskussion G7013

### Plädoyer für einen Schuldenschnitt

Strategien gegen die Dominanz des Finanzsektors in der Weltwirtschaft

Lucas Zeise

Di, 03.02.15, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar G7014

### Jugendarbeit mit Migranten/innen in einer Vielfaltsgesellschaft

Herausforderungen und Schwierigkeiten

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 04.02.15, 10:00 - 15:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar G7028

### „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ - Eine Kritik an Thomas Piketty

Peter Berres & Dagmar Embshoff

Do, 12.02.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Exkursion G7051

### Besuch der Justizvollzugsanstalt Rockenberg

Einblicke in die Arbeit mit jungen Gefangenen

Horst Düringer & Robert Thiel

Mi, 25.02.15, 13:00 - 16:00 Uhr, Rockenberg

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Vortrag mit Diskussion G7054

### Wirtschaftskrisen verstehen

Zur Kritik gängiger linker Krisentheorien

Guenther Sandleben

Mi, 04.03.15, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar G7095

### „Armutsmigration“ - Sinti und Roma im Fadenkreuz öffentlicher Panikmache

Arbeit mit Roma-Kindern und Jugendlichen

Joachim Brenner & Eleonora Caldaras

Do, 12.03.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

## GESUNDHEIT & STIMME

Vortrag mit Diskussion H7015

### Vom Umgang mit Schadstoffbelastungen an Schulen

Gesundheitsgefährdungen durch Umweltgift in Bildungseinrichtungen

Prof. Dr. Rainer Frentzel-Beyme & Jürgen Jäger

Do, 05.02.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar H7044

### Die Bedeutung des Gleichgewichts für Motorik, Lernen und Verhalten

Anregungen für Gleichgewichtstraining im Schulalltag

Jarmila Kraft

Di, 24.02.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Fulda

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar V7069

### Nicht auf den Mund gefallen - Rhetorikseminar für Lehrer/innen

Martina Lennartz

Mi, 04.03.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar V7111

### Wie bleibe ich bei Stimme?

Atem- und Stimmtraining für Sprechberufler mit individueller Beratung

Frohmut Knie

Sa, 21.03.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## MUSIK & KUNST

Seminar K7057

### Die Evolution der Phantasie - Warum gibt es Kunst?

Antworten der Evolutionsbiologie

Prof. Dr. Thomas Junker

Do, 26.02.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Workshop Q7060

### Rhythm for Body & Voice – für den Musikunterricht

Christian Lunscken

Sa, 28.02.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q7086

### Musikunterricht in der Grundschule - gar nicht so schwer!

Tine Böhnke

Mi, 11.03.15, 11:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## LERNORT SCHULE

### Seminar M7001

#### Stopp-Strategien im Unterricht

Gelassene Präsenz statt Machtkämpfe

Uwe Riemer-Becker

Mi, 21.01.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Workshop M7006

#### „Rassel, schepper, klirr!“ - Hörspiele selber machen

Juliane Spatz

Do, 29.01.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 74 €; Mitglieder GEW Hessen 48 €

### Seminar M7025

#### Gedächtnstraining und Konzentration

Methoden und kreative Techniken

Dr. Christiane Potzner

Do, 12.02.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### Seminar M7041

#### Diagnostikverfahren und Fördermöglichkeiten im Anfangsunterricht

Jutta Schludecker

Di, 24.02. u. Di, 03.03.15, jew. 15:00 - 18:00, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Seminar P7064

#### Maschinenschein Holzverarbeitung - Intensiv

Jürgen Schnellbacher

jew. Di, 03.03., 10.03., 17.03., 24.03., 14.04. u. 21.04.15,

jew. 14:00 - 18:30, Fürth/Odw.

Entgelt 275 €; Mitglieder GEW Hessen 245 €

### Seminar C7085

#### Computerspiele: Von Avatar bis Zocken

Jens Friedrich

Mi, 11.03.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

## LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

### Seminar N7010

#### Schriftspracherwerb im 2. Schuljahr

Inklusiv - kompetenzorientiert - eigenverantwortlich

Barbara von Ende

Mi, 04.02.15, 9:30 - 16:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Seminar N7030

#### Kreatives Schreiben in der Sek. I

Kompetenzorientiertes Arbeiten mit Lesejournal und Lesetagebuch

Manfred Pöller

Mi, 18.02.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Rüsselsheim

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

### Seminar N7042

#### Inklusiv unterrichten im Schriftspracherwerb der Grundschule

Bildungsstandards - Schulcurriculum - individuelle Unterrichtsgestaltung

Barbara von Ende

Di, 24.02.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Seminar F7061

#### „Othello“ - Eine Unterrichtseinheit für die Q-Phase

Nina Ohl & Jan Mandler

Mo, 02.03.15, 14:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### Seminar N7075

#### Bilderbuch & mehr

Empfehlenswerte Bilderbücher für Schule und Kita

Petra Hofmann

Do, 05.03.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

## PÄDAGOGIK

### Seminar S7034

#### Hundgestützte Sprach- und Leseförderung

Christina Schübler

Do, 19.02.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Bad Camberg

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

### Workshop L7038

#### Atelier-Arbeit mit Kindern unter drei Jahren

Diane Nagel

Mo, 23.02.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Seminar S7052

#### Inklusive Unterrichtsplanung - Schwerpunkt Sek. I

Claudia Federolf

Mi, 25.02.15, 9:30 - 16:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Seminar S7056

#### Mit Kindern reden, statt zu ihnen zu sprechen - Zur Bedeutung des Fragens

Dr. Susanne Pietsch & Lena Opel

Do, 26.02.15, 10:00 - 17:30 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

### Seminar S7080

#### Arbeiten mit „schwierigen“ Jugendlichen

Talente erkennen - mit Fehlverhalten angemessen umgehen

Jürgen Stockhardt & Stephanie Staudt

Mo, 09.03. u. Di, 10.03.15, jew. 09:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

### Seminar S7081

#### Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung

Dr. Peter Adamski

Di, 10.03.15, 14:00 - 17:30 Uhr, Kassel

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

### Seminar S7096

#### Null Bock auf Schule?

Pädagogische Beziehung und Kreativität als Chance für gelingende Lernprozesse

Dr. Gabriele Frenzel

Fr, 13.03.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

## RECHNEN & MATHEMATIK

### Seminar U7011

#### Rechenschwäche? - Prävention und fördernde Maßnahmen

Klaus Rödler

Mi, 04.02.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

#### Seminar U7050

##### Prävention von Rechenschwäche durch Förderung mathematischer Basiskompetenzen

Stefanie Simanowski

Mi, 25.02.15, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

#### Seminar U7072

##### Prävention von Rechenschwäche durch das Rechnen mit konkreten Zahlen

Klaus Rödler

Do, 05.03.15, 14:30 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

### STUDIENREISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

#### Studienreise W7241

##### ► Ziviler und bewaffneter Widerstand in Süd-Frankreich 1940/44

Studienreise nach Südfrankreich

Bernd Heyl, Helga Roth & Edgar Weick

Sa, 28.03. bis Sa, 04.04.15

Entgelt DZ 590 €; EZ 660 €

#### Studienreise W7118

##### ► Studienreise in die Türkei

Dr. Cengiz Deniz

So, 29.03. – Do, 09.04.15

Entgelt DZ 1.170 €; EZ 1.320 €

#### Studienreise W7119

##### ► Cilento und der Golf von Neapel

Uraltes Kulturland zwischen Bergen und Meer

Peter Kühn & Gino Troccoli

Mo, 30.03. – Fr, 10.04.15

Entgelt 900 €

#### Studienreise W7120

##### ► Studienreise nach London

Dieter Wagner

Di, 07.04. – So, 12.04.15

Entgelt DZ 910 €; EZ 1.020 €

#### Studienreise W7235

##### ► Radtour im Künischen Gebirge und zum Tor des Böhmerwaldes

Dalibor Hirc

Sa, 25.07. – Sa, 01.08.15

Entgelt DZ 500 €; EZ 600 €

#### Studienreise W7237

##### ► Landeskundliche Exkursion durch die Niederlande

Dr. Johannes Hofmeister

So, 26.07. – So, 02.08.15

Entgelt DZ 850 €; EZ 1.070 €

#### Studienreise W7238

##### ► Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs

Dalibor Hirc

So, 02.08. – Sa, 08.08.15

Entgelt DZ 535 €; EZ 635 €

#### Studienreise W7239

##### ► Radreise im Böhmerwald und Moldautal

Dalibor Hirc

Sa, 22.08. – Fr, 28.08.15

Entgelt DZ 535 €; EZ 680 €

#### Studienreise W7240

##### ► Marienbader Elegien

Mit Goethe in die Böhmisches Bäder

Jiri Franc & Arthur Schnabl

Sa, 29.08. – Sa, 05.09.15

Entgelt DZ 750 €; EZ 850 €

## ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: 0 69 – 97 12 93-27

oder faxen: 0 69 – 97 12 93-97

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

#### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

#### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen  
auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch  
telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

#### Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung?  
Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene  
Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung  
zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger&Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2014

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit  
der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September  
unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# Gewerkschaftstag: Eine Nachlese

In der HLZ 12/2014 berichtete HLZ-Redakteur *Harald Freiling* über den Verlauf, die Wahlen und Beschlüsse der 31. Ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz (LDV) der GEW Hessen, die vom 20. bis 22. November in Wetzlar stattfand. Weitere Berichte, Fotos und den Wortlaut wichtiger Beschlüsse findet man auf der Homepage der GEW Hessen unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

Großes Interesse fanden auch zwei Stadtführungen durch Wetzlar, die der GEW-Kreisverband für interessierte Delegierte an den beiden Abenden des Gewerkschaftstags durchführte. Trotz jahreszeitlicher Kälte und Dunkelheit kamen 45 Delegierte zu einer Führung auf den Spuren von *August Bebel*, der von 1846 bis 1858 in Wetzlar lebte, und der Wetzlarer Arbeiterbewegung, bei der die ehemalige Lehrerin und GEW-Kollegin *Irmgard Mende* sachkundig durch die Lahnstadt führte. Nicht nur die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren beeindruckt, sondern auch *Irmgard Mende*: Selten habe sie ein so interessantes Publikum gehabt.

## Weg der Erinnerung

Das Treiben von Neonazis in Wetzlar mit Brandanschlägen, Aufmärschen und Zerstörungen in Parteibüros war Ausgangspunkt für einen „Weg der Erinnerung“, an dessen Entwicklung Gewerkschafter einen großen Anteil hatten. Zu ihnen gehören *Irmi Richter*, die in zahlreichen unterschiedlichen Funktionen selbst an vielen Landesdelegiertenversammlungen teilgenommen hat, ihr Mann *Ernst Richter*, langjähriger DGB-Bezirksvorsitzender in Mittelhessen und zuletzt DGB-Kreisvorsitzender Lahn-Dill, und unser Seniorenvertreter *Klaus Kirdorf*. Stationen des „Wegs der Erinnerung“ sind unter anderem der alte jüdische Friedhof, die ehemalige Synagoge in der Pfannenstielsgasse und das Haus von *Jakob Sauer*, der einen Tag vor dem Einmarsch der Amerikaner im März 1945 von den Nazis am Eingang zum Wetzlarer Friedhof erhängt wurde, weil er ein Pappschild mit der Aufschrift „Wir sind keine Nazis, wir begrüßen die Befreier“ aufgestellt hatte.

*Irmi Richter*, *Ernst Richter* und *Klaus Kirdorf* wollten mit ihrem Angebot an

die Delegierten auch dazu anregen, dass in anderen hessischen Kommunen ähnliche Projekte „auf den Weg“ gebracht werden. Unter den von ihnen ausgebildeten „Guides“, die die Stadtführungen anbieten und begleiten, sind übrigens erstaunlich viele jüngere Leute. „Das macht Hoffnung, dass es irgendwie weitergeht“, erklärte der Vorsitzende des GEW-Kreisverbands Wetzlar *Walter Schäfer*.

Sehr erfreut zeigte sich auch *Klaus Steup*, Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Gießen-Land, der die Delegierten im Namen der Partnerschaftsvereine der Stadt Gießen und der Gesamtschule Busecker Tal um Spenden für das Gesundheitszentrum (Centro de Salud) in San Juan del Sur in Nicaragua gebeten hatte. Mit dem Geld sollen ein dringend benötigtes Ultraschallgerät und ein Defibrillator gekauft und nach Nicaragua gebracht werden.

Die Spendensammlung für das Gesundheitsprojekt erbrachte 1.130 Euro.

## Totenehrung

Stellvertretend für die seit der letzten Landesdelegiertenversammlung 2011 verstorbenen Mitglieder gedachten die Delegierten der früheren Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats Kassel *Barbara Kilian*, der langjährigen Vorsitzenden der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung *Kornelia Hafner*, des langjährigen Vorsitzenden des GEW-Bezirksverbands Frankfurt *Adam „Adi“ Feuster*, der Gründungsmitglieder der GEW Hessen *Heinz Joachim Nagel* und *Erwin Knaub*, der Vorsitzenden des GEW-Kreisverbands Wiesbaden *Ute Harlos* und des Kollegen *Klaus Rampold*, der als Delegierter für die LDV in Wetzlar benannt worden war. Er hatte sich unter anderem im Bundesvorstand der GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung für die Anliegen der Volkshochschulen stark gemacht. Einen Nachruf veröffentlicht die HLZ auf Seite 37.

## KREATIVE DELEGIERTE

Die HLZ fragte die Delegierten nach den zentralen Themen der GEW Hessen und den Positionen zur Tarifrunde 2015 (HLZ S.10-11) und nach ihrer Meinung zum Inhalt und Erscheinungsbild der HLZ.

Als kleine Lockerungsübung baten wir auch darum, die leeren Sprechblasen in einer Illustration des HLZ-Karikaturisten *Thomas Plaßmann* zu füllen. Besonders gefallen hat uns der abgebildete Vorschlag von *Uta Knigge* vom Kreisverband Wiesbaden.

Bemerkenswert fanden wir auch die Formulierungen von *Katja Richter* (Fachgruppe Hochschule und Forschung), die allerdings mehr Platz benötigen, als die Zeichnung bietet:

„Hier steht: ‚Die Erde wird umgehend für die Hyperumgehungsstraße der Vogonen gesprengt. Die Pläne liegen vorschriftsmäßig 50 Jahre im Planungsbüro auf Alpha Centauri aus. Die Erdlinge haben keinen Widerspruch erhoben.‘“

„Stimmt doch nicht: Die GEW wollte dagegen einen Streik organisieren. Aber den Beamten ist es verboten, die Hochschulen hatten gerade Semesterferien und in den Kitas waren die Läuse.“





# Landesschulamt: Flop des Jahres

## Lehrkräfteakademie ersetzt „Monsterbehörde“

Bei einer Prämierung der schlimmsten bürokratischen Sprachverhunzungen hätte das *Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz* (SchVwOrgRG) vom 27. September 2012 mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Spitzenplatz belegt. Bei diesem Gesetz ging es im Wesentlichen um die Errichtung der neuen Behörde Landesschulamt und Lehrkräfteakademie (LSA). *Volrad Döhner* und *Christoph Baumann* wollten damals

„bei verständiger Würdigung von Kosten und Nutzen nicht ausschließen, dass der Gesetzentwurf zum Flop des Jahres aufsteigt.“ (HLZ 7-8/2012)

Die Einschätzungen haben sich durchgängig bewahrt. Schon früh veröffentlichte die HLZ umfangreiche Analysen zum Scheitern des Amtes für Lehrerbildung (Afl) und eine deutliche Kritik der Nachfolgebehörde LSA (HLZ 6/2012 und 3/2013). Jetzt geht das mit einem Aufwand von 1,1 Millionen Euro errichtete LSA (FAZ, 2.12. 2013) zum 31. März 2015 in den Orkus (HLZ S. 25).

### Kein Glück mit den Ämtern

Die GRÜNEN nannten vor der letzten Landtagswahl das LSA „Monsterbehörde“ oder „Moloch“. *Mathias Wagner*, bildungspolitischer Sprecher der GRÜNEN, lobte die neuerliche Reform nach gut zwei Jahren als Schritt zu einer „effektiven Bildungsverwaltung“. Der bildungspolitische Sprecher der CDU *Hans-Jürgen Irmer* wollte im Landtag jetzt von der Verantwortung seiner Partei für die Gründung des LSA nichts mehr wissen und lud die Verantwortung ausschließlich bei der FDP ab:

„Außer Ihnen wollte niemand diesen Gesetzentwurf in seiner ursprünglichen Form.“ (24. Landtagssitzung am 15. Oktober 2014, S.1608)

Bei der offiziellen Abkürzung ist noch zwischen der Alternative *HLA* für *Hessische Lehrkräfteakademie* oder *LA* für *Lehrkräfteakademie* zu entscheiden. Mit der Bezeichnung Amt hatte man offensichtlich kein Glück. Allen drei Vorgängern – *Amt* für Lehrerausbildung (AflA), *Amt* für Lehrerbildung (Afl) und *Landesschulamt* (LSA) – war nur

ein kurzes Dasein vergönnt. Hinter dem neuen Begriff mag durchaus mehr stehen. Möglicherweise könnte damit eine langfristige Perspektive für eine Neuordnung der Lehrkräfteausbildung eingeleitet werden. Bekanntermaßen steht *Irmer* der *Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung* (ABL) an der Goethe-Universität in Frankfurt positiv gegenüber. Sie ist dort die zentrale Einrichtung für Lehrerbildung. Auffällig ist die Entscheidung für den Begriff *Akademie*. Er findet sowohl bei der neuen Behörde (Lehrkräfteakademie) als auch bei der zentralen Lehrerbildungseinrichtung an der Goethe-Universität (Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung) Verwendung. Nicht minder auffällig ist, dass in der Begründung des Gesetzentwurfs für die neue Akademie ausdrücklich ein „stärkeres Heranrücken der Ausbildung der Lehramtsstudierenden und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst“ genannt wird. Dies kann aktuell auf die Einführung des Praxissemesters hindeuten oder auch Wegbereiter für eine einphasige Lehrkräfteausbildung sein.

Das LSA war lediglich ein kurzes organisatorisches Intermezzo. Die staatlichen Schulämter werden wieder aus dem LSA herausgenommen und quasi der „Ministeriumsunnittelbarkeit“ unterstellt. Als eigenständige untere Schulaufsichtsbehörden haben sie direkten Zugang zum Kultusminister. Folglich wird die neue Behörde durch Wegfall der ehemaligen Abteilung I Schulaufsicht und Schulberatung verkleinert. Es verbleiben nur noch die allgemeine Zentralabteilung Z, die Abteilung I (für beide Staatsprüfungen, Weiterbildung, Studienseminare, interne Schulevaluation und wissenschaftliche Kooperation) und die Abteilung II (u.a. für Führungskräfteentwicklung, Lehrkräftefortbildung, Projektbüros, Medienbildung, Bildungsstandards, Kerncurriculum, Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen).

Der neue Dienstsitz ist wieder Frankfurt nach zwischenzeitlichem Wiesbaden. Also erneut Stühle rücken, neue Türschilder, Formblätter, Briefbögen und neue Visitenkarten (siehe Foto).

Die ersten Organisationsentwürfe deuten darauf hin, dass die Abteilungen I und II personell abgespeckt werden, eine Konsequenz aus dem Koalitionsvertrag, wonach 100 Stellen in der Bildungsverwaltung gestrichen werden. Darunter fallen auch zehn Stellen bei den Studienseminaren. Sie werden dadurch erbracht, dass die ständigen Vertreterinnen und Vertreter künftig – wie früher – mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit wieder in der Ausbildung eingesetzt werden. Aufgrund der letzten Novellierung des HLBG vom 12. 12. 2012 (§ 4 Abs.2 Satz 2) wurden sie zu „regionalen Niederlassungen“ herabgestuft. Zwar behalten sie weiterhin ihre Dienststellennummer, doch sind sie nicht mehr eigenständige Dienststellen.

Spareffekte werden auch bei der Besoldung an der Spitze der Lehrkräfteakademie erzielt. Infolge der Ausgliederung der Abteilung Schulaufsicht und Schulberatung und der Stellenstreichungen in den verbleibenden Abteilungen ist die neue Behörde HLA/HA gegenüber dem vormaligen LSA deutlich geschrumpft. Weiterhin schwebt jedoch ein Präsident über dieser Behörde. Im nunmehr aufgelösten LSA sollte diese Tätigkeit nach der Besoldungsgruppe B6 (8.480 Euro) vergütet werden. Ministerialrat *Andreas Lenz*, Zuständiger für Lehrerbildung und Schulevaluation im Hessischen Kultusministerium, wird ab 1.4.2015 als designierter Präsident sein neues, verkleinertes Amt antreten. Seine Besoldung nach B3 (7.130 Euro) liegt aber erheblich unter der auch von der GEW kritisierten ursprünglichen Vergütung nach B6. Auch der Vizepräsident wird von B3 nach B2 herabgestuft (monatlich minus 400 Euro).

Fazit: Die übereinstimmenden fachlichen Kritiken aller Expertinnen und Experten, auch der GEW Hessen, haben erkennbar gewirkt. Die neue Behörde ist gegenüber ihrer Vorgängerin deutlich geschrumpft und die Besoldungshöhe in den beiden Leitungsämtern wird spürbar reduziert. Ein durchaus hoffnungsvoller Beginn für weitere politische Entscheidungen zwecks Abbaus von „Monsterbehörden“.

Joachim Euler



# Landesschulamt vor der Auflösung

## GEW begrüßt Gesetzentwurf zur Bildungsverwaltung

*Mitte Oktober beriet der Landtag – wie berichtet – über einen Gesetzentwurf von CDU und Grünen zur „Neustrukturierung der hessischen Bildungsverwaltung“, der ausschließlich die Auflösung der Ende 2012 errichteten „Monsterbehörde“ Landesschulamt und Lehrkräfteakademie zum Inhalt hat. Die HLZ stellt*

*die Kernaussagen der GEW-Stellungnahme zum Gesetzentwurf vor und lässt die GEW-Fachgruppe Schulaufsicht zu Wort kommen. Joachim Euler, langjähriger HLZ-Redakteur und bis 2011 Leiter des Studienseminars für Berufliche Schulen in Frankfurt, kommentiert die kurze Geschichte des Landesschulamts.*

Grundsätzlich begrüßt die GEW, die die Einrichtung eines Landesschulamts von Anfang an abgelehnt hatte, die Absicht, das Landesschulamt wieder aufzulösen und die 15 Staatlichen Schulämter wieder als eigenständige untere Schulaufsichtsbehörde unmittelbar an das Hessische Kultusministerium (HKM) anzubinden. Die GEW kritisiert jedoch die vorgesehene Ermächtigung der Landesregierung, durch eine Rechtsverordnung zu bestimmen, „dass sich Staatliche Schulämter zu Kooperationsverbänden zusammenschließen, in deren Rahmen Aufgaben gemeinsam wahrgenommen werden“. So hat bereits der Gesetzentwurf zu wilden Spekulationen geführt, welche Schulämter zu einem solchen Verbund zusammengeslossen werden sollen und wer dann jeweils den „Hut auf haben“ könnte. Nun hat die GEW nichts gegen die Kooperation von Schulämtern, doch die Begründung der Koalition zeigt, wohin die Reise gehen kann. Die Kooperation dient, so heißt es wörtlich, „der Qualitätsentwicklung durch einheitliche Standardsetzung und der Erzielung von Synergieeffekten, die – vor dem Hintergrund der Schuldenbremse – zur Erreichung der Einsparvorgaben unabdingbar sind“.

### Kürzung durch die Hintertür

*Manfred Lück, gemeinsam mit Dieter Eitel Sprecher der GEW-Fachgruppe Schulaufsicht, sieht in der verpflichtenden Bildung von Kooperationsverbänden „eine Sparmaßnahme durch die Hintertür“. Schon jetzt gebe es mit dem Hinweis auf die Schuldenbremse „für alle Ämter der Bildungsverwaltung Stelleneinsparungsvorgaben, die die Arbeit in den personell ausgedünnten Ämtern erheblich erschweren. Die Einsparungen bis 2017 sollen von den Ämtern verantwortet werden und basieren nicht auf einer dafür erforderlichen landesweit vorzunehmenden Aufgabenkritik“.*

Auch Werner Scholz, Gewerkschaftsbeauftragter im Hauptpersonalrat Verwaltung, geht davon aus,

*„dass es zurzeit nur um Kostenminderung geht, nicht um Qualitätssicherung, geschweige denn um Qualitätssteigerung. Wer Arbeitsplätze in der Schulaufsicht, in den Bereichen Schulpsychologie und Schulentwicklung vernichtet, der muss auch die Verantwortung dafür übernehmen, dass wichtige Aufgaben nicht mehr erledigt werden können.“*

Die Aufgaben der Lehrerbildung und der Qualitätsentwicklung sollen nach Auflösung des Landesschulamts in einer neuen Behörde, der „Lehrkräfteakademie“, gebündelt werden. Die GEW hält diese Bezeichnung für „irreführend“ und kritisiert, dass die Studienseminare weiterhin im Status von „regionalen Niederlassungen“ bleiben sollen: „Nach Abschaffung des Landesschulamts ist nicht einzusehen, dass die Studienseminare nicht wie vor der Einrichtung des Landesschulamts den Status einer eigenständigen Dienststelle (...) haben sollen.“

Auch die Durchführungsverordnung zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) muss nach Auffassung der GEW wiederhergestellt werden, um die Aufgaben aller an Ausbildung Beteiligten zu regeln und „Konflikten zwischen Ausbildung und Schule“ vorzubeugen, vor allem, was die Aufgaben der Mentorinnen und Mentoren sowie der Aus-

bildungsbeauftragten betrifft, die durch ihre Tätigkeit zwischen den Ansprüchen von Ausbildung und Schule zerrieben zu werden drohen.

Auch hier findet man die Absichten der Koalition weniger im Gesetzentwurf selbst als in dessen Begründung. Ein „stärkeres Heranrücken der Ausbildung der Lehramtsstudierenden und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst sowie der Fortbildung der vorhandenen Lehrkräfte an die Themen Kerncurricula, Vergleichsarbeiten und Abschlussprüfungen“ stellt aus Sicht der GEW „eine problematische Verengung der Ziele der Ausbildung auf die Vorbereitung der Lehrkräfte für Leistungsmessung und -vergleiche“ dar. Die Förderung „der horizontalen und vertikalen Kooperationen bei den Studienseminaren“ nährt den Verdacht, dass es auch hier darum geht, Ressourcen einzusparen:

*„Die Lehrerausbildung ist durch die Kürzung von Stellen und Ressourcen bereits in einem solchen Ausmaß belastet, dass weitere Sparmaßnahmen nicht vertretbare Qualitätseinbußen zur Folge hätten.“*

Zu Inhalten und Schwerpunkten der Lehrerfortbildung findet man nur den Hinweis, dass die Lehrerbildung der Führungskräfteentwicklung dienen und Konsequenzen aus den Evaluationen ziehen soll. Eine solche Verengung der Lehrerbildung lehnt die GEW ab.

Harald Freiling, HLZ-Redakteur



*So stellte das LSA die neuen Visitenkarten vor, die einen „bleibenden Eindruck“ hinterlassen sollten (Mitarbeiter-Info 2/2013). Heute bleibt nur die Erkenntnis: In der Erde versenkt!*



# Belastung? Überlastung!

## Überlastungsanzeigen aus 13 Darmstädter Grundschulen

Wenn von 17 Darmstädter Grundschulen 13 eine Überlastungsanzeige schreiben, diese nahezu zeitgleich auf den Weg zum Hessischen Kultusministerium (HKM) bringen und die Öffentlichkeit informieren, sorgt das für einige Aufregung: große Presseartikel, eine kleine Anfrage des Abgeordneten Michael Siebel (SPD) im Landtag, eine Versammlung im Staatlichen Schulamt, Nachfragen der GEW im Schulausschuss der Stadt Darmstadt, Anfragen von Schulpersonalräten aus anderen Schulamtsbezirken. Marita Skubich vom GEW-Kreisverband Darmstadt berichtet über den Lauf der Dinge.

Schon lange setzen sich Darmstädter Grundschullehrkräfte mit ihren Arbeitsbedingungen kritisch auseinander. Die unverändert hohe Pflichtstundenzahl von 29 Stunden, bekanntlich die höchste der hessischen Lehrkräfte, und die gleichbleibend niedrige Besoldung nach A12, bekanntlich die schlechteste aller hessischen Lehrämter, sorgen schon lange für Unmut und Ärger. Ohne ad-

äquate Entlastungen werden ihnen ständig neue Aufgaben zugewiesen. Die Kolleginnen und Kollegen machen sich Sorgen über vermehrte und auch langfristige krankheitsbedingte Ausfälle und um die eigene Gesundheit und fragen sich, wie sie den Beruf bis zur Pension durchhalten sollen. Viele arbeiten Teilzeit, weil sie nicht wissen, wie sie sonst die gewachsenen Aufgaben schultern sollen. Wir sind weit davon entfernt, dass die Arbeit auch von Älteren in Vollzeit bewältigt werden kann.

Weil in den Schulen alle „Synergien“ ausgeschöpft sind und die Belastungen in der Summe als Überlastung erkannt wurden, entschlossen sich die Schulpersonalräte von 13 Schulen, die Notbremse zu ziehen, und schulspezifisch begründete Überlastungsanzeigen nach den Paragraphen 15 und 16 des Arbeitsschutzgesetzes über Schulleitung und Staatliches Schulamt an das HKM und an den Schulträger zu schicken (1). Auch viele Schul-

leitungen unterstützten und unterschrieben die Überlastungsanzeigen, deren Inhalt die HLZ in einer Zusammenfassung dokumentiert (siehe Kasten).

### Ablehnend bis beschwichtigend

Das HKM beantwortete die Kleine Anfrage des Abgeordneten Siebel mit dem Hinweis, es handele sich nicht um Überlastungen im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes, die „den Dienstherrn (...) zu einem bestimmten Tätigwerden verpflichten“ (2). Vielmehr sei davon auszugehen, „dass das Land Hessen als Dienstherr seinen Verpflichtungen ausreichend nachkommt“. Der Kultusminister verweist auf Verbesserungen wie die 104-prozentige Zuweisung und die Besoldungserhöhung der Grundschulleitungen. Er empfiehlt Priorisierungen bei der Schulentwicklung, „um zeitlich befristete Arbeitsbelastungen zu vermeiden“. Statt eines Signals, dass die An-

## Hilferuf Darmstädter Grundschullehrkräfte

Die Personalräte von 13 Grundschulen in Darmstadt fassten die wichtigsten Aspekte ihrer Überlastungsanzeigen in einer Presseerklärung zusammen. Anzeigen einzelner Schulen findet man auf der Homepage der GEW Hessen: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Aktuell > Themen > Überlastungsanzeigen

Grundschullehrerinnen und -lehrer sind bekannt dafür, dass sie sich im Interesse der ihnen anvertrauten Kinder außerordentlich engagieren. Sie wollen eine qualifizierte pädagogische Arbeit leisten, was aber unter einer ständigen Überlastung nicht möglich ist. Als Beispiele für die zunehmenden Belastungen werden unter vielen anderen aufgeführt:

- Kranke Lehrerinnen sollen für die Vertretungskräfte den Unterricht inhaltlich vorbereiten.
- Die Entwicklung zur Ganztagsgrundschule verlangt neben der Erstellung von Konzepten und verstärkter Kommunikation mit Betreuungskräften und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen die Erledigung vieler organisatorischer Aufgaben.

- Evaluation (Schulinspektion, zentrale Lernstandserhebungen, kommentierte Deutschnoten usw.) bedeutet in der Summe erhöhten Arbeitsaufwand.

- Eine gestiegene Zahl von Kindern mit erheblichen Verhaltensauffälligkeiten bringt viele Gespräche und Absprachen mit Eltern, Therapeuten, Beratungsstellen usw. mit sich. Berichte und Förderpläne müssen geschrieben werden.

- Die inklusive Beschulung erfordert Förderpläne, Schulberichte, Beratungsgespräche, Durchführung von Förderausschüssen, Kooperation mit verschiedenen Personen und Einrichtungen, erhöhten Aufwand bei der Diagnostik und der Vorbereitung eines noch differenzierteren Unterrichts. Gleichzeitig gibt es viel zu wenig Unterstützung durch Förderschullehrkräfte, die an die nach wie vor bestehenden Förderschulen gebunden sind. Die völlig mangelhafte personelle Ausstattung führt gerade bei der Inklusion, die viele Grundschullehrkräfte im Grundsatz begrüßen und unterstützen, dazu, dass sich die Regelschullehrerinnen mit dieser Aufgabe allein gelassen fühlen.

- Die Lehrkräfte fürchten nicht nur um ihre eigene Gesundheit, sondern auch um die der Schülerinnen und Schüler. Beispiele sind feuchte Räume, Schimmel, überfällige Sanierung, PCB-Belastung und mangelnder Lärmschutz, schäbige, muffelnde Toiletten, erhöhtes Schmutzaufkommen und Hygieneprobleme durch überlastetes Putzpersonal, sodass Lehrkräfte selbst putzen. Folgerichtig wurden die Überlastungsanzeigen auch an den in diesen Dingen zuständigen Schulträger gerichtet.

Mit ihrer Überlastungsanzeige wollen die Grundschullehrkräfte unmissverständlich deutlich machen, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Sie fordern ihren Arbeitgeber, den Hessischen Kultusminister, sowie den Schulträger auf, Maßnahmen einzuleiten, die die aufgeführten Belastungen verringern und ihre Arbeitsbedingungen verbessern, damit sie ihre Aufgaben ohne gesundheitliche Einbußen erfüllen können und Schülerinnen und Schüler so sorgfältig und qualitativ gut unterrichten und betreuen können, wie diese es brauchen.

# ECHO-THEMA

WISSENSWEISER, ERLEBEN, SPASSHAFT: Die Herausforderungen auch für Grundschüler sind vielfältig, die Arbeitsbedingungen haben sich verändert.

## „Holen Sie bitte Ihr Kind ab! Heute klappt es nicht“

LEHRERINNE Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen



Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

Die Rolle des Pädagogen wandelt sich. Lernen ist das eine, doch um alles Erreichten geht es weiter, heute in vier Zeilen

### Es geht so nicht mehr weiter!

Die Schulpersonalräte der Darmstädter Grundschulen zeigten sich in einem Antwortbrief enttäuscht. Bei den Beratungen mit dem Staatlichen Schulamt habe man verantwortliche Personen vermisst, „die die spezifischen Belastungen als Grundschullehrerinnen aus eigener Erfahrung kennen und wissen, wie viele Kolleginnen Teilzeit arbeiten, weil sie auf Dauer die Belastungen mit einer vollen Stelle nicht schultern können, die Angst haben vor einem Burnout oder anderen gesundheitlichen Schädigungen, wie sie sie in den letzten Jahren vermehrt in den Kollegien kennenlernen mussten.“

Der Amtsleiter habe zwar Verständnis geäußert, eine verbindliche Zusage, die Anliegen gegenüber dem HKM zu unterstützen, habe es nicht gegeben: „Stattdessen wurden wir wieder an unsere Schulen zurückverwiesen. Hier sollen wir Möglichkeiten der Optimierung von Arbeitsprozessen und Synergieeffekte herausfinden.“

Eine der vielen Schulleiterinnen, die die Überlastungsanzeigen unterschrieben hatte, machte deutlich, was sie von dieser Aufforderung hält:

„Ich würde nicht mit meiner Personalrätin in einem Gespräch wie diesem sitzen, wenn ich noch viele Ideen hätte. Ich stehe mit dem Rücken zur Wand.“

Das Darmstädter Echo widmete der Überlastungsanzeige Darmstädter Grundschulkollegien am 21.11.2014 eine ganze Seite.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zogen eine ernüchterndes Fazit:

„Letztlich sind wir auf uns allein gestellt. Wir werden die Bedingungen für unsere pädagogische Arbeit immer wieder öffentlich machen müssen. Wir können nicht immer neue Aufgaben übernehmen, ohne zusätzliche Ressourcen und ohne eine Entlastung dafür zu erhalten. Es geht so nicht mehr weiter.“

### Was können wir tun?

Die Erklärung der Schulpersonalräte zeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht locker lassen werden. In den Schulen werden sie nochmals prüfen, was auf die lange Bank geschoben werden kann. Priorität muss haben, was unmittelbar den Kindern zugutekommt. Wir alle sollten genau hinsehen, was an unserer Schule mit dem vierprozentigen Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung geschieht und wie er die Kolleginnen und Kollegen entlasten kann.

Die „Selbstständigkeit“ der Schulen darf nicht dazu führen, dass jede Schu-

le Aufgaben übernehmen muss, die sinnvollerweise auf Landesebene geregelt werden (Beispiel: Schulcurriculum). Zugewiesene Aufgaben, die nicht beim Kind ankommen, müssen wieder abgeschafft werden (Beispiel: Vergleichsarbeiten). Vor allem brauchen wir eine Reduzierung der Pflichtstunden, mehr Entlastungsstunden durch eine deutliche Ausweitung des Schuldeputats und ausreichende Ressourcen für Inklusion.

Wir müssen immer wieder in der Öffentlichkeit auf unsere schlechten Arbeitsbedingungen hinweisen, die unsere Gesundheit gefährden und unsere pädagogische Arbeit negativ beeinflussen. Wir müssen unseren Forderungen laut Gehör verschaffen und jedes Instrument dafür nutzen.

Marita Skubich

- (1) Rechtliche und praktische Hinweise für eine Überlastungsanzeige gab Christoph Baumann in der HLZ 5/2014 (S.34-35); [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Veröffentlichungen > HLZ Download 2014
- (2) <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/19/4/00714.pdf>

## Grundschultag: „Am 13. für A13“

„Gleiche Arbeit – gleicher Lohn“: Die Forderung der GEW ist nicht neu. Im Rahmen einer Klausurtagung des GEW-Bezirksverbands Südhessen fand sich im Frühjahr 2014 mit *Christine Dietz* (KV Wiesbaden), *Angelika Lerch* (KV Odenwald) und *Heike Rickert-Fischer* (KV Gelnhausen) eine Gruppe südhessischer Grundschullehrerinnen zusammen, die unter Federführung der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden *Dorothee Jeckel* die Konkretisierung dieser Forderung in den Fokus nehmen will. *Martina Böhler* (KV Bergstraße) verstärkt inzwischen das Team, dessen Antrag von der Landesdelegiertenversammlung Ende November 2014 mit großer Mehrheit angenommen wurde. Darin fordert die GEW Hessen die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit aller Lehrkräfte, die Angleichung der Besoldung für Grundschullehrkräfte an die der anderen Lehrämter („A13 für alle“) und die Senkung der Pflichtstundenzahl auf die der Förderschullehrkräfte. Gleichzeitig hält die GEW eine Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrämter für dringend erforderlich.

Auftakt der Kampagne war ein Grundschultag der GEW Südhessen am 13. November in Darmstadt: „Am 13. für A13!“ Dorothee Jeckel traf mit ihrer Begrüßung und der Forderung, dass „Grundschularbeit endlich als gleichwertige Bildungsarbeit anerkannt werden muss“, den Nerv der Anwesenden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die auch aus anderen Schulformen kamen, verwiesen auf die immense Erweiterung des Aufgabenspektrums vor allem auch durch viele neue Aufgaben in den Bereichen Koordinierung, Beratung und Dokumentation. Da 92% der Lehrkräfte im Primarbereich weiblich sind, stellen die im Vergleich mit den anderen Lehrämtern geringste Bezahlung und höchste Pflichtstundenzahl auch eine Diskriminierung von Frauen dar. Mit Kraft und Argumenten gegen diese Ungerechtigkeit anzugehen, müsse auf der Agenda der GEW für die nächsten Jahre stehen.

GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* bekundete die grundsätzliche Unterstützung der Forderungen, verwies aber auf die Tarifrunde im ersten Halbjahr 2015, in der es zunächst um die Gehaltsforderungen für alle Beschäftigten im Landesdienst geht. Danach gehe es um die Übertragung auf alle hessischen Beamtinnen und Beamten: „Das wird ein hartes Stück Arbeit, für die wir alle Kräfte bis hin zur Arbeitsniederlegung der Beamtinnen und Beamten mobilisieren müssen.“ Die berechtigte Forderung nach A13 auch für Grundschullehrkräfte müsse langfristig und perspektivisch für die nächsten Jahre verfolgt werden.

Dazu hat der GEW-Landesvorstand inzwischen eine Kommission eingesetzt, um eine langfristige Strategie und Handlungsschritte zur Durchsetzung der Forderungen zu entwickeln. Die Gruppe wird überlegen, wie man das Motto „Am 13. für A13“ am 13. eines jeden Monats mit Leben erfüllen kann. Am 13. Dezember schickten viele Grundschulen ihren Wunschzettel und die folgende jahreszeitliche Botschaft an das Hessische Kultusministerium:

„Weihnachten ist die Zeit der Wünsche, die Aufwertung der Arbeit in den Grundschulen längst überfällig!“

Angelika Lerch

Betr.: HLZ 12/2014  
Inklusion

**Nicht mehr zumutbar!**

Die hessische (Per-)Version der Inklusion ist nicht mehr zumutbar. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen verzweifeln an der Realität der gut gemeinten Inklusion. Sie müssen die betroffenen Kinder „mitlaufen“ lassen, ohne sie wirklich fördern zu können. Auch die GEW ruft auf ihrer LDV deutlich: „So nicht!“ Während sich das Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz mit der Einführung der Inklusion noch zwei weitere Jahre Zeit lässt, soll in Hessen für Kinder im 1. und 2. Schuljahr gar kein sonderpädagogischer Förderbedarf mehr festgestellt werden dürfen. Sie sollen ohne nähere Betrachtung und Unterstützung aufgenommen werden und einfach „mitlaufen“.

Die in Hessen von oben verordnete Inklusion ist ein Mühlstein, der viele in die Tiefe zieht. Die erst schwarz-gelben und nun schwarz-grünen Inklusionsvorgaben können nicht gelingen. Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf (in der Regel mit Lernhilfebedarf oder „verhaltensoriginellen“ Auffälligkeiten) kommen im besten Fall in den „Genuss“ von drei mal 45 Minuten, in denen eine (mit A13 besoldete) Förderschullehrkraft mehr im Unterricht daneben sitzt, als wirklich kindbezogenen Unterricht leisten zu können. Die zuständige Klassenlehrerin (mit A12 besoldet) wird kaum entlastet, sondern hat der Förderlehrkraft zwischen Tür und Angel rasch Hinweise zu geben, wie „inklusive Beschulung“ in der anstehenden Stunde aussehen könnte, alles ohne zeitliche oder personelle Entlastung. Dazu kommen zig Termine ohne erkennbare Erfolge, da die Basis für eine ausreichende sach- und fachgerechte Unterstützung der bedürftigen Schüler fehlt. (...) Die hessische (Per-)Version der an sich richtigen Idee der schulischen Inklusion ist mangels ausreichendem Willen und Geld eine staatlich verordnete unterlassene Hilfeleistung, die im Verwaltungsrecht leider nicht strafbar ist! Sonst könnten die betroffenen Kinder, Eltern und Lehrkräfte die Verantwortlichen für diese unfähigen Verwaltungsakte anzeigen. Wir Lehrerinnen und Lehrer müssen der Politik die Rote Karte zeigen!

Engelbert Jennewein

Sozialarbeiter und Grundschullehrer  
Roßdorf bei Darmstadt



# Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

## Berufs- und Studienorientierung

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) und der Landesvorstand der GEW Hessen vermissen in ihren Stellungnahmen zu einem Erlassentwurf des Hessischen Kultusministeriums (HKM) zur „Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung an Schulen“ vor allem konkrete Aussagen zu den Ressourcen zur Umsetzung, zu den Qualifikationsanforderungen an das Personal von Schulen und Trägern und zur konkreten Umsetzung im Unterricht.

Der Erlassentwurf soll die bestehenden Erlasse zur Berufs- und Studienorientierung und zur Zusammenarbeit von Schule und Betrieb zusammenfassen. Außerdem kritisieren sie eine überhastete verbindliche Einführung des Berufswahlpasses in Jahrgangsstufe 8 des gymnasialen Bildungsganges, an dem das Fach Arbeitslehre gar nicht vorgesehen ist, und die Begrenzung der Praktika im gymnasialen Bereich auf zwei Wochen. Den Begriff der „Ausbildungsreife“ kritisiert die GEW in ihrer Stellungnahme als einen „Kampfbegriff der Unternehmenseite“.

## § 52a Urheberrechtsgesetz

Zurzeit arbeitet das HKM an einer Handreichung zur öffentlichen Zugänglichmachung von Werken für Zwecke des Unterrichts für die Arbeit an den Studienseminaren. An den Schulen ist die Vervielfältigung und digitale Nutzung von Teilen urheberrechtlich geschützter Werke für den Unterricht durch Verträge der Kultusministerkonferenz (KMK) mit den Verwertungsgesellschaften für alle Bundesländer geregelt, nicht aber für die Seminare von Ausbilderinnen und Ausbildern an den Studienseminaren. Das in der Handreichung für die Studienseminare vorgeschlagene Verfahren ist aus Sicht des HPRL absolut unpraktikabel. Danach soll eine Ausbilderin oder ein Ausbilder, die oder der

*„einer bestimmten Gruppe von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst ein Werk im Rahmen der durch § 52a UrhG vorgegebenen Nutzungsmöglichkeiten pass-*

*wortgeschützt auf dem Bildungsserver zugänglich machen möchte, zunächst Kontakt zu der betreffenden Verwertungsgesellschaft aufnehmen und vor der Nutzung eine ausdrückliche Vereinbarung über die Vergütungshöhe abschließen“.*

Für diese Vereinbarung im Rahmen des Budgets des Studienseminars soll die Zustimmung der Seminarleitung eingeholt werden. Der HPRL fordert für die Studienseminare eine Regelung wie bei den Schulen. Da eine solche Regelung nach Aussage des HKM aber über die KMK laufen müsste, wird sie Zeit brauchen. Es fragt sich, ob die Lehrerausbildung aufgrund mangelnder Zeit- und Finanzressourcen zunächst in Teilen ohne die Verwendung aktueller pädagogisch-didaktischer Literatur auskommen soll. Dies wäre ein unhaltbarer Zustand!

## Medienbildungskompetenz

Schon Ende 2012 befasste sich der HPRL mit einem Entwurf des HKM für ein „Portfolio Medienbildungskompetenz für hessische Lehrkräfte“. Das HKM hat dieses jetzt stark überarbeitet und viele Kritikpunkte des HPRL berücksichtigt. So wurden 32 einzelne Kompetenzen zu 20 Medien- und Medienbildungskompetenzen zusammengefasst.

Der vom HPRL monierte fehlende kritische Umgang mit digitalen Medien und die fehlende kritische Reflexion der heutigen Medienwelt wurde zumindest in Ansätzen ergänzt.

Hessische Lehrkräfte sollen nun ein Zertifikat zur Medienbildungskompetenz erwerben können, wenn sie entsprechende Veranstaltungen oder Teile von Veranstaltungen in ihrer Ausbildung an der Hochschule, im Vorbereitungsdienst und in der Lehrerfortbildung nachweisen können. Ob die vom HKM zugesagten Fortbildungskapazitäten unter anderem durch die Medienzentren tatsächlich ausreichen, wird die Zukunft weisen.

Unklar und kritisch sind immer noch etliche Punkte in Zusammenhang mit der Zertifizierung. Mit diesen offenen Fragen befasst sich eine Arbeitsgruppe im HKM.

## Personaldienstleistungen

Das HKM arbeitet zurzeit an einer Verordnung zur Sicherstellung der verlässlichen Schulzeit und zur Inanspruchnahme von Personaldienstleistungen nach § 15a und § 15b des Hessischen Schulgesetzes (HSchG). Dabei wurden viele Kritikpunkte des HPRL aufgenommen, zum Beispiel die eindeutige Trennung von Unterricht und Betreuung. Nach Auffassung des HPRL geht die folgende Formulierung des Verordnungsentwurfs jedoch über den Rahmen des HSchG hinaus:

*„Sofern Anbieter von Personaldienstleistungen den Einsatz qualifizierten Personals gewährleisten, können Verträge mit diesen geschlossen werden, wenn eine vollständige Unterrichtsversorgung oder die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags nicht durch den Einsatz des an der Schule bereits tätigen Personals gewährleistet werden kann.“*

Offensichtlich soll die Option für Vereinbarungen mit Personaldienstleistern noch ausgeweitet werden. Trotzdem sagte das HKM die Prüfung der Vorschläge des HPRL zu, vor dem Abschluss eines Leiharbeitsvertrags sicherzustellen, dass weder über die Rangliste noch über eine Ausschreibung oder den Quereinstieg geeignete Bewerberinnen und Bewerber für eine Einstellung gefunden werden können.

## 500 Euro für Fair Childhood

Um das Gewerkschaftsjahr 2014 ausklingen zu lassen und auch das Engagement der Kolleginnen und Kollegen zu würdigen, luden die Kreisverbände der GEW Kassel-Land und Kassel-Stadt ihre Mitglieder zu einem unterhaltsamen Abend ein. Kabarettist *Bernd Giesecking* führte mit einem politischen und humorvollen Jahresrückblick durch den Abend und traf dabei nicht selten den Nerv der Anwesenden. Das Eintrittsgeld wurde an *fair childhood* gespendet. Die GEW-Stiftung, die seit 2010 besteht, setzt sich gegen jegliche Form von Kinderarbeit ein und initiiert und unterstützt Bildungsprojekte vorwiegend in Indien. Der Kreisverband Kassel Land stockte die Summe zusätzlich auf und übergab insgesamt 500 Euro an die Stiftung.



# Mit voller Hingabe

## Staatliche Geschenke für private Berufsschulen

Privatschulen werden in der GEW kontrovers diskutiert. Als Diplom-Pädagoge habe ich mich immer gefreut, wenn Eltern Schulen gründeten, in denen ihre Kinder ohne Zensuren aufwachsen durften. Als Bereicherung empfinde ich auch die privaten Schulen, die in höherem Maß Eigentätigkeit und Kreativität erlauben können als staatliche Schulen, die stärker an kultusministerielle Vorgaben gebunden sind. Auch wenn es sich um Angebote handelt, die nur wenige wahrnehmen können (vor allem die, die das Schulgeld bezahlen können), gehen doch von einigen Einrichtungen Impulse für die pädagogische Arbeit insgesamt aus.

Anders verhält es sich jedoch im beruflichen Bereich. Private drängen seit einigen Jahren verstärkt auf den Markt, um mit der beruflichen Aus- und Weiterbildung Profite zu erwirtschaften. Dass dieser Bildungsbereich bei uns staatlich und kostenlos ist, ist weltweit eher die Ausnahme; in anderen Ländern wird damit viel Geld verdient.

Daher beginnen auch bei uns immer mehr private Träger, eigene Schulen aufzubauen. Die privaten Schulen bekommen unter bestimmten Voraussetzungen 95% des Personalbudgets vom Staat. Eine Bedingung ist, dass sie ihren Beschäftigten mindestens 80% der staatlichen Gehälter zahlen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Auch große Betriebe entwickeln ein Interesse an einer exklusiven privaten Beschulung. Ein Beispiel: Voraussetzung für eine Ausbildung bei der Firma REWE im Rhein-Main-Gebiet ist die Anmeldung bei *ProGenius Private Berufliche Schule* in Offenbach. Dort werden exklusive REWE-Klassen gebildet. Die Gefahr liegt auf der Hand,

- dass es dann nicht mehr um eine Ausbildung für den gesamten Berufsbereich geht, sondern vor allem um die Praxis in einer einzelnen Firma, und
- dass dabei die Interessen des Betriebs, der so eng mit der Schule verbunden ist, im Vordergrund stehen.

Ein besonderes Problem ergibt sich bei Schulen, die – in den ersten drei Jahren – nur eine vorläufige Geneh-

migung haben. Die Prüfungen müssen staatliche Schulen für sie übernehmen. Die von den Staatlichen Schulämtern erhobenen Gebühren sind weit von den tatsächlichen Kosten entfernt.

Das Ausmaß will ich exemplarisch verdeutlichen. In Frankfurt bilden zwei Privatschulen, die noch nicht selbst prüfen dürfen, Erzieherinnen und Erzieher aus. Weil die zuständige staatliche Schule die Prüfungen für vier Abschlussklassen privater Fachschulen mit über 100 Studierenden und weitere Abschlussklassen für Sozialassistentinnen und Sozialassistenten nicht mehr bewältigen kann, muss das Umland mit ran.

Pro Prüfling sind drei schriftliche und mindestens neun mündliche Prüfungen (bei unklarer Notenlage auch mehr) durchzuführen. Das sind wesentlich mehr mündliche Prüfungen als bei Absolventen staatlicher Schulen. Ihnen werden ihre Vornoten für das Abschlusszeugnis anerkannt. In der Regel müssen sie in nur eine einzige mündliche Prüfung. Die Absolventen privater Schulen haben aber keine anrechenbaren Vornoten erworben und sie müssen in (fast) allen Fächern geprüft werden. So entsteht ein enormer Aufwand für die staatliche Schule:

- Exakt zu beziffern ist der Zeitaufwand für die mündlichen Prüfungen. Jede mündliche Prüfung findet vor einem Ausschuss mit mindestens drei Personen statt und dauert mit Besprechung etwa 30 Minuten. Bei zehn Prüfungen sind allein hierfür 15 Stunden anzusetzen. Anschließend tagt die Prüfungskonferenz, ein wesentlich größeres Gremium, und bespricht und beschließt jede Note einzeln. Bei nur einer Minute pro Note (auch der schriftlichen) und zehn Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern ergibt das weitere zwei Stunden Lehrerarbeitszeit pro Prüfling.

- Bei den drei schriftlichen Prüfungen (Prüfungsdauer: 4 Zeitstunden, Umfang in der Regel zwischen 10 und 20 Seiten) ist ein Anteil für Konzeptionierung, Auswahl, Aufsicht, Korrektur und Gutachterstellung anzurechnen. Letztere ist besonders aufwändig: Wenn ich

es schaffe, an einem freien Tag drei Gutachten fertigzustellen, bin ich stolz auf mich.

- Auch jede mündliche Prüfung muss inhaltlich konzipiert werden. Das braucht Zeit, weil die Fragen angemessen und in sich stimmig sein müssen. Weiter müssen die Prüflinge bei ihrer Vorbereitung beaufsichtigt werden.
- Darüber hinaus müssen die Prüfungen organisiert werden, und auch Aktenführung und Zeugniserstellung (durch das Schulamt) kosten Zeit.

Ich gehe davon aus, dass zu den oben errechneten 17 Stunden nur für die Durchführung der mündlichen Prüfungen ein ähnlich hoher Aufwand hinzukommt.

Für ihren Aufwand erhält die prüfende Schule von einer Gebühr von 300€ pro Prüfling 270€; 30€ behält das Schulamt ein. Die Summe würde für den Mindestlohn von 8,50€ nur dann reichen, wenn pro Prüfling weniger als 32 Stunden benötigt würden, was meiner Erfahrung nach sehr optimistisch kalkuliert wäre. Für Mindestlohn sind aber weder die beteiligten Sekretärinnen noch die Lehrkräfte (A13 bzw. A14) und erst recht nicht die Schulleitungsmitglieder zu haben. Ihre Mehrarbeitsvergütung liegt um ein Vielfaches höher.

Somit macht das Land Hessen über eine viel zu niedrig angesetzte Gebühr jedem privaten Prüfling ein Geschenk, das im Einzelfall bis in den vierstelligen Bereich reichen kann. Man kann das für eine heimliche Subventionierung des Privatschulbereichs halten, die rechtlich zu überprüfen wäre.

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. In den Verdacht einer allzu engen Vernetzung mit der Wirtschaft zum gegenseitigen Nutzen geraten Politiker immer öfter. Ist das auch hier der Fall, vielleicht sogar bewusst? Geht man schlichtweg davon aus, dass die Lehrkräfte an den staatlichen Schulen kostenlos arbeiten sollen? Als Beamtinnen und Beamte sind sie zur vollen Hingabe verpflichtet – anscheinend auch an die Privatwirtschaft, wenn die Landespolitik das will.

Michael Köditz

## OloV: „Alles läuft super!“

Auf Einladung des hessischen Wirtschaftsministeriums fand am 10. November 2014 der jährliche OloV-Kongress im Büsing-Palais in Offenbach statt (1). Neben den regionalen OloV-Koordinatoren nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft, von Ministerien und Schulämtern teil.

Vor den rund 200 Gästen betonte Wirtschaftsminister *Tarek Al-Wazir* als Vertreter der Landesregierung, dass OloV (immerhin ein Kind der Koch-Regierung) in den letzten Jahren „viel geleistet“ habe. OloV soll fortgeführt und die Verbindlichkeit der Maßnahmen durch Zielvereinbarungen erhöht werden. Auch für *Ute Schmidt*, Leiterin einer neuen Mammutabteilung aus beruflichen und allgemeinen Schulen im Hessischen Kultusministerium (HKM), ist OloV ein „echtes Erfolgsmodell“. Sie wies Kritik an der Zusammenlegung der Abteilungen zurück und krönte ihren Beitrag mit der Aussage: „Alles, was wir in Schule tun, ist Berufsvorbereitung.“

Auch alle anderen offiziellen Redner lobten die kontinuierliche und erfolgreiche Umsetzung des OloV-Konzepts. Durch die Arbeit in den regionalen Netzwerken von Wirtschaft, Gemeinden, Ministerien, Schulämtern und beruflichen und allgemeinen Schulen sei es gelungen, seit 2001 den Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von 10,4% auf 4,3% zu senken. Da es OloV aber erst seit 2007 gibt, sei an dieser Stelle die Frage erlaubt, welchen Anteil OloV an dieser Entwicklung hat.

In den Podiumsrunden kamen Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, der Wirtschaft, der Betriebe, der Agentur für Arbeit, eines Staatlichen Schulamts und des DGB zu Wort. Lob, Kritik und Forderungen sind hier in einigen Statements zusammengefasst:

- Der Anteil der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, ist bei Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund doppelt so hoch wie bei deutschen.
- 25 % aller Auszubildenden brechen die Lehre vorzeitig ab.
- Einmal mehr wurden die Lehrkräfte für Probleme verantwortlich gemacht: Ihnen mangle es an Wissen über die Berufe, oft würden sie „versagen“, da sie im Durchschnitt auch zu alt seien.



Schulen müssten die Elternarbeit verbessern und Lehrkräfte sollten mehr Hausbesuche machen.

- Es sollte mehr Praktika für Schüler mit schlechten Noten geben.
- Positiv bewertet wurde die Rolle der Schulsozialarbeit.

An die Adresse des HKM ging die Forderung nach mehr Landesmitteln für Personal zur Betreuung und Begleitung der Jugendlichen. Widersprüchlich war dabei die Beurteilung des Einsatzes ehrenamtlicher Beraterinnen und Berater, den die Landesregierung propagiert. Einigen reicht das nicht aus, andere möchten noch mehr Rentnerinnen und Rentner aus dem Handwerk zu Beratungszwecken in die Schulen schicken. Die Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild waren ebenso Gegenstand der Diskussion wie das Projekt „Ausbildungscoaches“, mit dem sich die Unternehmen stärker auf Jugendliche zu bewegen müssten. Erneut war die Forderung nach einem Fach „Wirtschaft“ zu hören. Außerdem solle die Landesregierung die Ausbildung in kleinen Betrieben stärker unterstützen.

Fazit: Unter weitgehender Abwesenheit von Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen klopfte man sich gegenseitig auf die Schultern und schwelgte in Eigenlob. Kritik wurde vor allem an den (abwesenden) Lehrkräften geübt, konkrete Verbesserungsvorschläge wurden nur am Rand eingebracht. Die Empirie beschränkte sich auf Prozentzahlen zu Übergängen und Abbrüchen. Die Ergebnisse der Studien, in denen die beteiligten Akteure und die Betroffenen befragt wurden, wurden genau so wenig zur Kenntnis genommen wie wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu den Übergängen oder wie die vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) vorgeschlagenen Alternativen.

Die Lebensrealität Jugendlicher, die Veränderungen in Familie, Freizeit

und Mediennutzung und die Folgen für Ausbildung und Beruf wurden allenfalls am Rande erwähnt. Auch die schulischen Realitäten wurden ausgeblendet: Dass es in Hessen ein Fach „Politik und Wirtschaft“ gibt, wird insbesondere von der Wirtschaft weitgehend ignoriert, genauso das Fach „Arbeitslehre“, das immerhin als Leitfach für den Bereich der Berufsorientierung dienen kann. Auch die Vertreterin des HKM reduzierte den Auftrag der Schule allein auf die Berufsvorbereitung. Gesellschaftliche Zukunftsmodelle und ihre Folgen für die gesamte Lebensplanung von Kindern und Jugendlichen spielten für die Akteure auf diesem Kongress – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle.

Eine Stärke der bisherigen „OloV-Strategie“ war ihre Unverbindlichkeit oder – positiv ausgedrückt – ihre Offenheit, weil es möglich war, sich die jeweils nützlichen Teile herauszusuchen und anzuwenden. Die Einführung von Zielvereinbarungen, wie sie von Tarek Al-Wazir angekündigt wurde, wird die Akzeptanz von OloV zumindest in den Schulen nicht erhöhen. Ob sich Betriebsleitungen und Ausbilder in solche „Zielvereinbarungen“ einbinden lassen, ist mehr als fraglich. Zielvereinbarungen setzen, wenn sie erfolgreich sein sollen, gleichberechtigte Partner voraus. Wenn sie einmal mehr *par ordre de mufti* erfolgen, bleiben die Eigeninitiative und die Kreativität in den Schulen auf der Strecke. Aber die scheinen, wie die in den letzten Jahren inflationär in Kraft gesetzten umfangreichen Erlasse zum Bereich Berufsorientierung zeigen, kaum noch erwünscht,

**Christoph Baumann**

(1) OloV ist die Abkürzung für das Projekt „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen“. Weitere Infos findet man unter [www.olov-hessen.de](http://www.olov-hessen.de).



# Es muss nicht immer Mathe sein ...

## Teach First Fellows an einer Frankfurter Hauptschule

*In der HLZ 11/2014 nahm Klaus Albuszat die Arbeit von Teach First Deutschland (TFD) unter die Lupe. Die gemeinnützige GmbH vermittelt Hochschulabsolventen für zwei Jahre als „Fellows“ an Schulen im sozialen Brennpunkt. Das besondere Augenmerk von Klaus Albuszat galt den Leiharbeitsverträgen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, die in vollem Umfang*

*von den Schulen finanziert werden müssen. Den Artikel kann man auf der Homepage der GEW nachlesen ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Veröffentlichungen). Dort findet man auch Hinweise auf die Beteiligung der Schulgremien. Eine ganz andere Sicht auf das Thema hat Alwin Zeiß, der Schulleiter der Hostatoschule, einer Hauptschule in Frankfurt Höchst mit zwei TFD-Fellows.*

Ein Knigge-Kurs, dessen Abschluss- und Praxistest in einem der feinsten Restaurants der Stadt durchgeführt wird, ein Tanzkurs in der Schule, kostenloser Klavierunterricht, Besuch einer Philosophievorlesung, und das alles mit Hauptschülerinnen und Hauptschülern aus Frankfurt: Dies leisten die Fellows von TFD an der Hostatoschule. Und das alles neben ihrem Förderunterricht, der Arbeit mit Kleingruppen, dem Schreiben von Bewerbungen und der Praktikumsplatzsuche. Sie machen es gern und sie machen es sehr gut. Deshalb kann man nach eineinhalb Jahren TFD an der Hostatoschule sagen: Die Fellows sind eine Bereicherung für das Schulleben. Sie entlasten die Kolleginnen und Kollegen, sie bringen ihr persönliches Knowhow mit in den Unterricht ein und steigern somit auch die Unterrichtsqualität, indem sie mit der Lehrkraft ein multiprofessionelles Team bilden. Sie begegnen den Schülerinnen und Schülern auf einer anderen Ebene. Es findet

kein Bewerten oder Benoten statt. Die Fellows decken die Bereiche ab, in denen unsere Kinder große Defizite haben und für die die Lehrerinnen und Lehrer kaum Zeit finden, sie zu befriedigen.

Ja, dafür werden die Fellows bezahlt, an der Hostatoschule Höchst durch Spenden. Es gab auch für uns die Möglichkeit, auf Gelder aus dem Sozialindex oder aus dem Kleinen Schulbudget zurückzugreifen, und hätten wir die externe Finanzierung nicht gehabt, hätten wir dies vielleicht auch getan. Denn dadurch haben wir uns Kompetenz eingekauft, qualifizierte, engagierte, junge Menschen, die während ihrer Zeit bei uns durch eine Mitarbeiterin (ausgebildete Lehrerin) begleitet und unterstützt werden.

Sind sie deshalb Leiharbeiter? Ich glaube nicht. Wenn man diesen Begriff so eng fasst, dann sind die Bufdis (Bundesfreiwilligendienst) und FSJlerinnen (Freiwilliges Soziales Jahr) an unserer Schule auch Leiharbeiter, denn ange-

stellt sind sie bei der Caritas als Träger, finanziert werden sie aber aus unseren Ganztagsmitteln. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die beiden Fellows sich selbst als Leiharbeiter sehen. TFD ist für sie die Organisation, die ihnen die Möglichkeit gibt, in Schule hineinzu schnuppern, die sie pädagogisch unterstützt und von der sie ihr monatliches Salär bekommen. Außerdem trägt TFD zur Netzwerkbildung bei. Zusammenarbeit bei Projekten mit den Fellows anderer Schulen ist ebenfalls sehr gewinnbringend für unsere Schule, da so unsere Schülerinnen und Schüler wieder ein Stück mehr aus ihrem Quartier herauskommen.

Sie tragen sehr wohl zu einem Stück mehr Bildungs- und Chancengleichheit bei, da sie unseren Jugendlichen Möglichkeiten, Wege und Unterstützung aufzeigen bzw. zukommen lassen, die im normalen Unterrichtsalltag durch Lehrkräfte allein nicht möglich wären.

Fellows von TFD verändern und beeinflussen das Geschehen an unserer Schule, aber nicht hin zu einer ökonomischen Sicht auf Schule und Bildung. Im Gegenteil: Sie bewirken eine ganzheitlichere Bildung unserer Jugendlichen. Sie ermöglichen das Kennenlernen von Bereichen, die genauso zur Bildung gehören wie Mathematik, Deutsch oder Englisch.

Selbstverständlich ist es eigentlich die Aufgabe des Staates, jungen Menschen die Chance auf eine allumfassende Bildung zu geben. So lange dies allerdings nicht der Fall ist, ist es gut, dass es Organisationen wie TFD und seine Fellows gibt.

Und wenn ein Teil der Fellows nach ihrer Zeit an den Schulen politische Verantwortung übernimmt, werden sie sich vielleicht daran erinnern, was an Schulen fehlt und dies versuchen zu ändern. Es wäre unseren Kindern zu wünschen!

Alwin Zeiß, Schulleiter

### Betr.: HLZ 11/2014 Teach First Deutschland

#### Verkürzte Betrachtung

Die „ökonomische“ Betrachtung von *Teach First Deutschland* verkürzt den Blick auf eine interessante Initiative. Ist es nicht eine riesige Chance für eine Schule, hoch motivierte und qualifizierte Universitätsabsolventen als Unterstützer für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu gewinnen? Diese Absolventinnen und Absolventen haben einen anderen Blick, können ihre Erfahrungen regelmäßig in einem professionellen Rahmen reflektieren, stehen unter keinem Bewertungsdruck wie Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und werden zudem noch so bezahlt, dass es keine Ausbeutung ist. (...) Und ist es nicht begrüßenswert, wenn Menschen in späteren Führungspositio-

nen schon in jungen Jahren Erfahrungen mit benachteiligten Jugendlichen gemacht haben, die sicher ihre spätere Führungstätigkeit beeinflussen? Das Problem von Führungskräften in dieser Gesellschaft ist doch, dass sie häufig ihre Laufbahn nur über Privatschulen und spezielle Universitäten absolviert haben und so immer unter sich bleiben ohne Bezug zu gesellschaftlichen Realitäten des Mangels. Das wird auch „Bonding“ genannt. TFD bietet hingegen eine Möglichkeit des notwendigen „Bridgings“ zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen unserer Gesellschaft. Wir sollten uns nicht gegen diese Lernchancen des Systems Schule und der Fellows stellen, sondern solche innovativen Ideen fördern.

Helmolt Rademacher, Neu-Anspach



# Streik bei Amazon

*Bernd Landsiedel sprach Ende Oktober mit einem streikenden Amazon-Kollegen und Verdi-Vertrauensmann in Bad Hersfeld. Der Kollege hatte den Wunsch, anonym zu bleiben.*

## Warum streikt ihr?

Wir streiken für einen Tarifvertrag, der dem Versand im Einzelhandel entspricht. Amazon orientiert sich an den schlechteren Bedingungen der Logistikbranche. Sie weigern sich sogar, mit ver.di Verhandlungen überhaupt nur aufzunehmen. Wir wollen einen Tarifvertrag, damit wir nicht vom *Good Will* der Geschäftsleitung abhängig sind. Ein wichtiges Thema sind auch die Arbeitsbedingungen. Unsere Leistung wird minutiös überwacht. Wenn ein Mitarbeiter weniger Leistung zeigt, muss er zu einem Mitarbeitergespräch. Das erzeugt einen ungeheuren Druck. Wir wollen auf Augenhöhe verhandeln und fordern Respekt. Unsere Großmütter und Großväter haben Errungenschaften erkämpft, zum Beispiel die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Seit 30 Jahren wird uns immer mehr weggenommen und die Bezahlung wird immer schlechter. Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel so viel verdienen, dass sie von einem Job leben können. In den USA brauchen immer mehr Menschen zwei oder drei Jobs und kommen trotzdem kaum über die Runden. Wenn wir das für unsere Kinder und Enkel verhindern wollen, müssen wir heute kämpfen.

## Wie hat sich der Arbeitskampf bis jetzt entwickelt?

Es fing an mit einem Organizing-Projekt von ver.di vor zwei Jahren. Wir haben von unten her Strukturen aufgebaut und schließlich eine Tarifkommission gebildet. Es gab eine Gesprächsrunde mit der Geschäftsleitung, aber Amazon hat sich Verhandlungen grundsätzlich verweigert. Daraufhin kam es zu einer Urabstimmung, bei der 96% der ver.di-Mitglieder für Streik gestimmt haben. Der erste Warnstreik war eine verlängerte Mittagspause, dann folgte im Mai oder Juni 2012 der erste ganztägige Streik. Inzwischen haben wir ungefähr 30 Streiktage.

## Welche besonderen Schwierigkeiten hattet ihr?

Wir bauen die Gewerkschaft praktisch von unten her auf. Momentan haben wir einen Organisationsgrad von rund einem Drittel. Die Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen, im Schnitt 30% der Beschäftigten, sind naturgemäß vorsichtig bei Arbeitskämpfen. Andere haben Angst vor Werkschließungen oder in ein schlechteres Schichtmodell zu kommen. Andere wiederum planen vielleicht eine Karriere bei Amazon, die sie nicht gefährden wollen. Es streiken in der Regel etwa 65% der ver.di-Mitglieder. Genau lässt sich das nicht sagen, weil manche auch krank sind. Bei dem jetzigen Streik sind fünf von acht Standorten beteiligt: Bad Hersfeld mit zwei Werken, Leipzig, Graben, Werne und Rheinberg. Das versuchen wir natürlich auszubauen. Neu ist auch, dass diesmal Kolleginnen und Kollegen im Streik sind, die nur befristet für das Weihnachtsgeschäft eingestellt wurden. Es scheint ihnen klar zu sein, dass sie danach so oder so nicht übernommen werden.

## Was habt ihr bisher erreicht?

Wir hatten mehrere Lohnerhöhungen und eine Sonderzahlung von 400 Euro. Im Standort Bad-Hersfeld *Fra 1*, dem ältesten Amazon-Standort in Deutschland, haben wir eine neue Kantine und neue Toiletten bekommen. Erstmals zahlt Amazon Weihnachtsgeld, allerdings noch untertariflich. Natürlich streitet die Geschäftsleitung ab, dass das etwas mit unserem Arbeitskampf zu tun hat. Aber der Druck von unten zeigt bereits jetzt Wirkung. Es ist allen Beteiligten klar, dass wir ein sehr dickes Brett bohren und einen langen Atem haben müssen.

## Wie können Kolleginnen und Kollegen der GEW euren Kampf unterstützen?

Es ist ja schon klar geworden, dass es schwierig ist, ökonomischen Druck auf Amazon aufzubauen. Als größter Online-Versandhändler in Europa ist Amazon aber sehr empfindlich, was das Image angeht. An diesem Punkt könntet ihr uns unterstützen, wenn ihr das



Thema im Unterricht behandelt. Unser Arbeitskampf wird Auswirkungen auf die ganze Branche haben und auf prekäre Beschäftigung überhaupt. Das ist ein Thema, das eure Schülerinnen und Schüler später direkt betreffen wird. Guckt euch Spanien oder Griechenland an mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent! Dieser Generation wird nichts geschenkt werden. Da können sie schon von unserem Arbeitskampf lernen. Wir kommen gern auch zu euch in den Unterricht. Kontakt könnt ihr über ver.di aufnehmen, z. B. über [bezirk.osthessen@verdi.de](mailto:bezirk.osthessen@verdi.de). Unter der Webadresse [www.amazon-verdi.de](http://www.amazon-verdi.de) könnt ihr die aktuellen Informationen finden und Hinweise, wie Solidarität geübt werden kann. Über Briefe von Schülerinnen, Schülern und Eltern zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten freut sich Amazon bestimmt. Diese könnt ihr auch den zurückgeschickten Päckchen beilegen. Wir freuen uns auch über jeden Besuch am Streikposten.

## Musterbrief an Amazon Deutschland

*Viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschwerten sich über Leistungsdruck und ständige Kontrollen und über Kettenbefristungen. Die Bezahlung liegt unter dem Tarifvertrag für den Einzel- und Versandhandel und wird nach Gutsherrenart gewährt. Ohne Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würde es Ihr Unternehmen aber gar nicht geben. Deswegen finde ich einen respektvollen Umgang selbstverständlich. Dazu gehört auch, dass Sie mit der Gewerkschaft ver.di über einen Tarifvertrag verhandeln. Dazu ist eine Gewerkschaft schließlich da.*

- Weitere Informationen: <https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/amazon/>

# Salafismus kann man nicht verbieten

## Ein Gespräch mit Enis Gülegen über jugendlichen Extremismus

Die Ausreise mehrerer hessischer Jugendlicher nach Syrien brachte ein Problem in die Schlagzeilen, das schon länger virulent ist. In salafistischen Gruppen organisierte Jugendliche, vor allem junge Männer, verteilten den Koran auf der Frankfurter Zeil, Lehrkräfte an beruflichen Schulen berichteten über Anwerbeaktionen auf dem Schulhof oder entdeckten Schülerinnen und Schüler auf Filmaufnahmen der öffentlichen Predigten von Pierre Vogel (Abu Hamza). Die ARD-Dokumentation „Ster-

ben für Allah“ zeigt Schritte und Hintergründe der Radikalisierung am Beispiel von Enes aus Frankfurt, der mit 16 Jahren nach Syrien ging und dort starb, zeigte aber auch die Hilflosigkeit von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern. HLZ-Redakteur Harald Freiling sprach darüber mit Enis Gülegen, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah) und der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) in Frankfurt. Enis ist Lehrer an der Sophienschule in Frankfurt und GEW-Mitglied.

*Sind es aus deiner Sicht eher die Medien, die wenige Einzelfälle hochspielen, oder kommt da noch mehr auf uns zu?*

Das Problem ist in der Tat sehr groß. Es gibt eine größere Zahl von Jugendlichen, die noch nicht so weit radikalisiert sind, dass sie unmittelbar vor der Ausreise stehen, aber in hohem Maße gefährdet sind. Es gibt sicherheitspolitische Aspekte, wenn Jugendliche, die in Syrien gekämpft haben, wieder zurückkehren. Fälle von Jugendlichen aus katholischem oder griechisch-orthodoxem Elternhaus zeigen aber, dass das Problem in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und mit der Religion überhaupt nichts zu tun hat.

*Das verstehe ich nicht. Der Salafismus ist doch zutiefst religiös motiviert. Salafistische Propagandisten sprechen ausschließlich über Religion, über die Gebote des Koran, über halal und haram...*

Das meine ich nicht. Natürlich sind die salafistischen Heilsversprechen religiös begründet, aber das ist es nicht, was die Jugendlichen anzieht und fasziniert. Deshalb müssen wir, muss die Politik die Perspektive ändern. In den letzten Jahrzehnten wurden die Probleme der Einwanderungsgesellschaft immer reflexartig mit den rückständigen Strukturen der Herkunftsländer und zunehmend mit dem Islam erklärt, dem Radikalität irgendwie immanent sei. Denken wir an die Debatten über das Kopftuch, über den Schwimmunterricht, über



„Ehrenmorde“ oder jetzt wieder über die Burka. Wir müssen über die wirklichen Ursachen sprechen, warum sich Jugendliche, die auch unsere Schulen durchlaufen haben, radikal von ihrer Umgebung lösen, ihre Familie, ihre Freunde und das Land verlassen, dessen Staatsbürger sie in vielen Fällen sind, und sogar bereit sind, zu sterben. Spätestens jetzt müssen wir uns fragen, was wir falsch gemacht haben.

*Was haben wir denn falsch gemacht?*

Wir alles wissen, dass es nicht die eine Ursache gibt. Aber wenn man die Biografien der Jugendlichen vergleicht, kann man nicht die Augen vor einer gemeinsamen Erfahrung verschließen: „Es gibt in dieser Gesellschaft keinen Platz für mich.“ Diese Erfahrung von Ausgrenzung und Marginalisierung machen auch deutsche Jugendliche, aber Jugendliche mit Migrationshintergrund um ein Vielfaches mehr, ganz besonders bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle, einem Arbeitsplatz oder einer Wohnung. Und wir müssen uns als Bildungsgewerkschaft fragen – Hand aufs Herz, sagt man –, welchen Platz sie in der Schule haben: ihre Religionen, ihre Biografien und Erfahrungen, ihre Kulturen, ihre Sprachen und die Geschichten der Migration selbst. Oft können wir noch nicht einmal ihre Namen richtig aussprechen. Der freie Tag am Ende des Ramadans gilt vielen noch immer als Betriebsstörung. Wenn die Gesellschaft ihnen so wenige Anknüpfungspunkte für die Herausbildung einer Identität bietet, ist es nicht verwunderlich, wenn sie den Heilsversprechen religiöser Rattenfänger erliegen. Versteh mich nicht falsch: Natürlich gilt das nicht für alle und es ist auch nicht zwin-

### Informationen, Beratung und Fortbildung

- Violence Prevention Network (VPN), Beratungsstelle „Religiöse Toleranz statt Extremismus“, Tel. 069-27299997; E-Mail: hessen@violence-prevention-network.de, www.violence-prevention-network.de
- Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt, Tel. 069-212-38765; www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de
- Der Film „Sterben für Allah? Der Weg deutscher Gotteskrieger nach Syrien“ von Peter Gerhardt, Ilyas Mec und Ahmet Senyurt ist noch bis Anfang August 2015 in der ARD-Mediathek verfügbar.
- Das Staatliche Schulamt Frankfurt und das HKM-Projekt *Gewaltprävention und Demokratielernen* (GuD) führen in Kooperation mit dem Violence Prevention Network (VPN) eine dreiteilige **Seminarreihe für Lehrkräfte** zum Thema „Salafismus: Prävention und Intervention in der Schule“ durch. Im Zentrum stehen Hintergrundinformationen zum Salafismus und Ansatzpunkte für den Umgang mit Jugendlichen im Bann des Salafismus. Die Seminarreihe startet am 3. Februar und wird am 3.3. und 16.6. jeweils von 14.30 bis 17.30 Uhr fortgesetzt. Die Gebühr für alle drei Nachmittage beträgt 10 Euro. Anmeldung an: Staatliches Schulamt Frankfurt, Stuttgarter Str. 18-24, 60329 Frankfurt

gend. Nicht alle Jugendlichen erfahren Diskriminierung im selben Ausmaß, aber es gibt keinen, der sich nicht erlebt hat.

*Was sind deine spezifischen Erfahrungen, welche Jugendlichen in besonderem Maße gefährdet sind?*

Noch mal: Es gibt keine monokausalen Erklärungen und keine Zwangsläufigkeiten. Aber es sind dieselben Jugendlichen, die auch für andere Abwege prädestiniert sind. Zerüttete Familien, instabile Strukturen, Generationenkonflikte, Erfahrungen des Scheiterns, der Ausgrenzung und der Diskriminierung machen die Radikalisierung leicht. Für die rechtsextreme Szene gibt es inzwischen eine breite Biografieforschung und da finden wir genau dieselben Strukturen: die Sehnsucht nach einer Identität und einer einfachen Erklärung der Welt, nach der verlässlichen Peer-Group, nach klaren Regeln, nach Anerkennung und Aufwertung. Was machen die Salafisten denn anderes? Sie bieten denen Halt, die in der Gesellschaft keinen Halt finden, denen die Erfahrung der Marginalisierung den Boden unter den Füßen wegzieht. Jetzt hören sie etwas ganz Neues: Du bist etwas wert...

*Aber spielt da nicht auch die Religion eine Rolle?*

Natürlich, denn gerade auch mit der Religion sind viele Diskriminierungserfahrungen verbunden. Seit 9/11 stehen Muslime strukturell ständig unter dem Rechtfertigungszwang, zu erklären, dass sie keine Terroristen sind. Heute müssen Muslime erklären, dass der Islamische Staat nichts mit dem Islam zu tun hat. Und auch da knüpfen die Salafisten an: „Komm zu uns und kehre denen den Rücken, die dich mit Dreck bewerfen, weil du ein Moslem bist.“ Aber auch hier geht es nicht um die Religion, sondern um die schrittweise Herauslösung aus den bisherigen Lebenszusammenhängen. Wenn sich dabei Jugendliche auch gegen die eigenen Eltern wenden, ihnen eine zu laxen Handhabung der religiösen Regeln vorhalten, ist es wieder dieselbe Botschaft: „Was hat denn die Anpassung an die deutsche Gesellschaft gebracht? Schaut euch um, was ihr mit eurem Wegducken erreicht habt!“

*Jetzt sind wir aber in der Schule gezwungen, auch dann zu reagieren, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Was sagst du Kolleginnen und Kollegen, die sich Sorgen machen, die bemerken, dass sich bei jungen Männern die Bartmode ändert, dass Sympathien für den IS geäußert werden?*

Das fällt mir sehr schwer. Auch die Experten aus dem Verfassungsschutz und im Präventionsnetzwerk gehen davon aus, dass dann die Radikalisierung schon sehr weit fortgeschritten ist. Ich halte nichts davon, dass man solche Beobachtungen verdrängt oder als Ausdruck irgendeiner Jugendkultur beiseite schiebt. Das *Violence Prevention Network* (VPN) macht in dieser schwierigen Situation eine gute Arbeit, ist aber personell völlig unzureichend ausgestattet. Lehrkräfte und Sozialarbeit an der Schule wären mit einer solchen Aufgabe hoffnungslos überfordert. Sie sollten ihre Kraft darauf konzentrieren, eine Ausbreitung zu verhindern, indem sie Kindern und Jugendlichen andere Erfahrungen ermöglichen, dass sie nämlich zu uns gehören. Nicht ganz unwichtig wäre es auch, die Moscheegemeinden stärker zu unterstützen und ihre Jugendarbeit zu professionalisieren. Im Gegensatz zu den christlichen Kirchen und den jüdischen Gemeinden müssen sie die gesamte Arbeit rein ehrenamtlich machen.

*Brauchen wir neue gesetzliche Regelungen?*

Das ist der klassische gesellschaftliche Reflex gerade in Deutschland. Verbote liefern solchen Rattenfängern sogar noch zusätzliche Argumente: „Was ist das für eine Demokratie, in der die Verteilung des Korans verboten wird? Was ist das für ein Land, das dir wegen deiner Religion den deutschen Pass entziehen will?“ Man kann den Salafismus nicht verbieten, sondern muss die Ursachen für seinen Erfolg bekämpfen und allen Jugendlichen zeigen, dass sie einen Platz in dieser Gesellschaft haben – und das nicht nur mit Worten. Und natürlich muss man alles dafür tun, dass die Auseinandersetzung mit dem Salafismus die Islamophobie in diesem Land nicht noch weiter befeuert.

*Vielen Dank für das Gespräch.*

## Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung

Die Fachtagung von GEW und lea „Islam zwischen Selbstbild und Zuschreibung - Herausforderungen für die Bildungsarbeit“ greift ein Thema auf, das um Schulen und andere pädagogische Einrichtungen keinen Bogen macht. Pädagogische Einrichtungen gelten zumal in sozialen Brennpunkten vermehrt als Rekrutierungsfelder radikaler Salafisten. Die von verschiedenen Seiten betriebene Politisierung der Auseinandersetzung um muslimische Jugendliche stellt Lehrkräfte und Pädagogen vor neue Herausforderungen jenseits bekannter Konfliktfelder wie Teilnahme von Mädchen an Klassenfahrten, Sport- und Schwimmunterricht, Sexualkunde oder Kleidungs- und Speisegewohnheiten. Vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen in Deutschland und im Nahen Osten und angesichts der Tendenz, die Debatten um Salafismus und Islam politisch zu instrumentalisieren, ist es notwendig, Lehrkräfte und Pädagoginnen und Pädagogen zu befähigen, im Interesse einer friedlichen Konfliktbewältigung pädagogische Handlungsoptionen zu wahren und auszuweiten. Die Auseinandersetzung mit religiös-fundamentalistischen „Lösungen“ ist dringlich, aber sie darf nicht auf Terrorismusabwehr und Extremismusbekämpfung reduziert oder gar Hooligans überlassen werden.

## Fachtagung der GEW Hessen am 23. Februar 2015 Frankfurt, GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21

10 Uhr: Begrüßung

10.15 Uhr: Salafismus – ein Problem der Mehrheitsgesellschaft (Enis Gülegen, agah-Vorsitzender)

11.15 Uhr: Wie wirkt der Mediendiskurs auf muslimische Jugendliche? (Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung Berlin/Nürnberg)

13.30 Uhr: Bedroht der Islam unsere Zivilisation – Kommt mit dem IS der Kampf der Kulturen? (Professor Dr. Werner Ruf, Friedens- und Konfliktforscher)

14.30-17.00 Uhr: Workshops

1 Interreligiöse Arbeit mit jungen muslimischen Männern (Cihad Taskin)

2 Islam und Salafismus : Alternative Medienarbeit im Unterricht (Dr. Sabine Schiffer)

3 Bedroht der Islam unsere Zivilisation? (Prof. Dr. Werner Ruf)

17 Uhr: Kurze Schlussrunde

• *Anmeldung für das lea-Seminar D 7040 per E-Mail (anmeldung@lea-bildung.de) oder online (http://lea-bildung.de)*

## Wir gratulieren im Januar und Februar ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Ahlborn, Villmar  
 Ingeborg Baumann, Schotten  
 Anneli Berk, Bad Homburg  
 Evelin Bischoff, Darmstadt  
 Willi Bischoff, Brensbach  
 Angela Bredel, Künzell  
 Stefanie Bretz, Hohenstein  
 Heinrich Brinkmann, Gießen  
 Siglinde Christian, Sailauf-Eichenberg  
 Erika Döll, Driedorf  
 Knut Dörfel, Frankfurt  
 Marion Dreiner, Heusenstamm  
 Ute Feick-Lulay, Frankfurt  
 Kurt Fesser, Kassel  
 Sigmar Fischer, Kaufungen  
 Ernst Friedrich, Hofheim  
 Ursula Gerstung-Otto, Baunatal  
 Godehard Goralewski,  
 Bad Soden-Salmünster  
 Heike Gottschalch, Neuental  
 Thomas Graubner, Bensheim  
 Gerda Günther-Jansky, Offenbach  
 Peter-Nikolaus Hely-Irskens, Kelkheim  
 Gudrun Henß, Allendorf  
 Jutta Hentze, Mühlthal  
 Ursula Herrmann, Miltenberg  
 Margita Huhn-Gabel, Kaufungen  
 Adelbert Iltisberger, Zierenberg  
 Roswitha Jende, Biebental  
 Heino Kiefer-Seegräber, Wiesbaden  
 Rudolf Kleinbub, Weiterstadt  
 Egbert Klöckner, Wiesbaden  
 Gerhard Kühn, Darmstadt  
 Hans-Rudolph Limmeroth, Dautphetal  
 Marion Linge, Kaufungen  
 Ursula Lutz-Vogt, Rodgau  
 Gisela Luu, Frankfurt  
 Georg Martin, Kassel  
 Lucie Martin-Donges, Frankenberg  
 Klaus-Dieter Mehlhorn, Bad Orb  
 Ulrike Meixner, Wiesbaden  
 Walter Aloysius Meyer, Biebental  
 Mathilde Moschner-Leonhard, Frankfurt  
 Jens Müller, Wiesbaden  
 Monika Müller, Bruchköbel  
 Vera Müller, Wiesbaden  
 Michael Neuhöfer, Künzell  
 Angelika Neumaier, Wiesbaden  
 Jutta Niesel-Heinrichs, Oberursel  
 Helga Nitsche-Balcke, Kaufungen  
 Benjamin Ortmeier, Frankfurt  
 Christoph Ortmeier, Frankfurt  
 Ulrich Pfothenhauer, Frankfurt  
 Leonie Pichow, Bad Soden-Salmünster  
 Fritz Plücker, Bad Arolsen  
 Gottfried Prokein, Egelsbach  
 Ulrich Raiss, Mörfelden-Walldorf  
 Annette Rethmeier, Schwabach  
 Gerd Richter, Bensheim  
 Monika Roßbach-Jung, Wiesloch  
 Heiner Rüsse, Marburg  
 Christa Schaefer, Kassel

Walter Schäfer, Hohenahr  
 Helmut Scheurich, Lorsch  
 Renate Schick, Mannheim  
 Sigrid Schleck, Kassel  
 Sigrid Schlesinger, Frankfurt  
 Doris Schmid, Hattersheim  
 Joachim Schmidt, Schwalmstadt  
 Peter Schmidt, Messel  
 Dr. Siegfried Schwarzmüller, Lindenfels  
 Hartmut Schweiger, Felsberg  
 Bernd Siewert, Wetzlar  
 Jörg Sperling, Kassel  
 Ulrike Springer, Darmstadt  
 Sabine Stange, Kassel  
 Gunar Steup, Bad Homburg  
 Martina Strauß, Kassel  
 Andreas Strugalla, Mainz  
 Jörg Tampe, Schöllkrippen  
 Prof. Dr. Ulrich Teichler, Kassel  
 Siegfried Thomas,  
 Bad Soden-Salmünster  
 Alexa Thull, Kaiserslautern  
 Christina Tröger, Kassel  
 Manfred Tybussek, Mühlheim  
 Dr. Dieter Vaupel, Gudensberg  
 Joachim Vollmann, Frankfurt  
 Marlene von Oettingen, Bad Homburg  
 Gretchen von Seggern, Viernheim  
 Eberhard Wagner, Frankfurt  
 Petra Walter, Darmstadt  
 Ingrid Weiß, Koerle  
 Edelgard Werding, Wetzlar  
 Gerhard Werner, Frielendorf  
 Ingrid Wissler, Hohenstein  
 Rainer Wolters, Bad Kreuznach  
 Margit Zeul, Hanau  
 Dr. Karl-Georg Zinn, Wiesbaden

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Karl-Ludwig Bleicher, Villmar  
 Doris Diamant-Siebert, Mannheim  
 Helga Dieter-Billerbeck, Frankfurt  
 Gisela Fenner, Gudensberg  
 Werner Friedrich, Bad Wildungen  
 Heinz Haack, Rotenburg  
 Liesel Heidenreich, Darmstadt  
 Peter Kleemann, Löhnberg  
 Prof. Dr. Rainer Lersch, Marburg  
 Sigrid Meyer-Gohde, Frankfurt  
 Dieter Mosburger, Cölbe  
 Heidi Nickel, Merenberg  
 Hans-Velten Schilling, Tausenstein  
 Hans Schlatter, Lampertheim  
 Burkhard Steinhauer, Braunsfels  
 Clemens Tacke, Nidda  
 Paul Thiermann, Witzenhausen  
 Otto Weiss, Wiesbaden  
 Jürgen Werse, Groß-Gerau

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Gerhart Haack, Rotenburg  
 Ludwig Klingelhöfer, Rabenau  
 Lorenz Knorr, Frankfurt

Renate Meyer-Elsner, Kassel  
 Karl-Ernst Selbmann, Grebenhain

### ... zum 75. Geburtstag:

Horst Bernstein, Hohenstein  
 Rosemarie Biedermann,  
 Mörfelden-Walldorf  
 Gisela Bopp, Bad Nauheim  
 Volker Brieda, Kassel  
 Richard Cossmann, Solms  
 Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger,  
 Frankfurt am Main  
 Elke Enderwitz, Frankfurt  
 Helma Gerlach, Korbach  
 Klaus Grasshoff, Ginsheim-Gustavsburg  
 Wolfgang Günther, Eschau  
 Margarete Heldmaier, Marburg  
 Edith Hesse, Kassel  
 Katharina Hirth-Nagler, Frankfurt  
 Klaus-Dieter Hoth, Friedberg  
 Konstantinos Iatridis, Bad Homburg  
 Herta Kern, Darmstadt  
 Hildegard Kersting, Grebenstein  
 Günter Mayer, Darmstadt  
 Dieter Möbus, Reiskirchen  
 Horst Schmidt, Worms  
 Karla Seidel, Frankfurt  
 Helga Steinhauer, Langenselbold  
 Helge Wolfgang Tismer, Kassel  
 Willy Vettel, Heppenheim  
 Dr. Viktor von Blumenthal, Marburg  
 Eva-Maria Wild, Heidesheim

### ... zum 80. Geburtstag:

Paul Beinhauer, Malsfeld  
 Lisa Büttner, Limeshain  
 Günter Fäßler, Witzenhausen  
 Benno Fox, Korbach  
 Margarete Graf, Offenbach  
 Dr. Friederike Heide, Kassel  
 Lore Jetter, Darmstadt

### ... zum 85. Geburtstag:

Siegfried Bartels, Rödermark  
 Fritz Hempfing, Bebra  
 Rolf Hiestermann, Waldkappel  
 Friedhelm Listmann, Kelsterbach  
 Klaus Schäfer, Kassel  
 Alfred Stroh, Wetzlar

### ... zum 90. Geburtstag:

Wolfgang Blümel, Reinhardshagen  
 Hermine Schug, Schöffengrund

### ... zum 91. Geburtstag:

Karl König, Bebra  
 Hilde Wagner, Wetzlar

### ... zum 93. Geburtstag:

Heinrich Peter, Söhrewald

### ... zum 95. Geburtstag:

Hildegard Hühn, Bad Orb

### ... zum 100. Geburtstag:

Anna Heumann, Michelstadt

## Kreisfest GEW Darmstadt-Land

Im Haus Hufnagel in Seeheim fand Mitte November das Kreisfest der GEW Darmstadt-Land statt. Über das leckere Buffet freuten sich auch die zahlreich erschienenen Jubilare, die vom Vorsitzendenteam für langjährige Mitgliedschaft in der GEW geehrt wurden. Neben 24 Jubilarinnen und Jubilaren, die auf eine 25- oder 40-jährige Mitgliedschaft zurückblicken können, wurden *Rudolf Feldmann* für 50 Jahre und *Hans-Martin Breckner* gar für 65 Jahre Mitgliedschaft in der GEW geehrt.

## SchulKinoWochen in Hessen

Auf ins Kino! Ab sofort können sich Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Klassen für die 9. SchulKinoWochen Hessen anmelden. Vom 9. bis 20. März 2015 macht das Projekt landesweit 75 Kinos zum Klassenzimmer. Im Programm sind mehr als 90 Filme, die Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen und Schultypen anregen, Kinofilme als Kunstwerke zu analysieren und über ein breites Spektrum an Themen zu diskutieren. Anmeldungen bis zum 20. Februar an das Projektbüro im Deutschen Filminstitut in Frankfurt. Der Eintrittspreis beträgt 3,50 Euro.

- *Alle Informationen und Termine findet man im Filmprogrammheft, das an alle Schulen verschickt wird, sowie unter [www.schulkinowochen-hessen.de](http://www.schulkinowochen-hessen.de).*

## Trauer um Klaus Rampold

Unser Kollege Klaus Rampold ist im Alter von 66 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben. Die GEW Hessen nimmt mit großer Dankbarkeit Abschied von einem engagierten Erwachsenenbildner. Einen Tag vor Beginn der Delegiertenversammlung der GEW Hessen, an der er teilnehmen wollte, wurde er in Bad Hersfeld beerdigt. Das Foto machte H. G. Klindt noch bei unserer Bundesfachtagung Erwachsenenbildung im Oktober 2014 in Halle.

Klaus Rampold wurde 1948 in Sprendlingen geboren. Dort war er später für die SPD aktiv, zunächst als Juso-Vorsitzender und schließlich als Stadtverordneter in Sprendlingen und von 1972 bis 1978 in Dreieich. 1978 wurde er Leiter der Volkshochschule des Landkreises Hersfeld-Rotenburg. Dabei hatte er stets die Erwachsenenbildung als Ganzes im Blick. Ausdruck dieses Engagements war auch seine lange Mitgliedschaft im Vorstand des Hessischen Volkshochschulverbandes. Aus seiner Initiative zur Gründung der Abendschule Bad Hersfeld, die zunächst eine Außenstelle der Abendschule Kassel war, entstand schließlich die Schule für Erwachsene Osthessen in Bad Hersfeld und Fulda. Ihre Studierenden unterstützte die VHS sozialpädagogisch.

Sein jahrzehntelanges Engagement für die gewerkschaftliche Arbeit in der Landesfachgruppe und der Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung der GEW galt im besonderen Maße dem Zweiten Bildungsweg und dessen Beitrag zu mehr Chancengleichheit und Emanzipation. Diesen Standpunkt hielt er unbeirrt, auch gegen alle politischen Widerstände, bis zu seinem Tod aufrecht. In den letzten Jahren setzte er sich besonders für die gesellschaftliche Teilnahme und ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen ein. Er war im Arbeitskreis für Behinderungsfragen der Volkshochschule tätig und zuletzt Vorsitzender der AG Selbst Aktiv der SPD Hessen Nord sowie Vorsitzender der Vereinigung Angehöriger psychisch Kranker und Mitglied im Landesbehindertenrat Hessen. Sein geradliniges und fruchtbares Engagement in der Gewerkschaft und sein Eintreten gegen Vereinzelung und für Solidarität werden uns fehlen und zugleich Ansporn sein.

für die Fachgruppe  
Erwachsenenbildung:  
*Eva Bender-Gilchrist und  
Thomas Bös*



## hr-Medienprojekt: 25 Jahre deutsche Einheit

Am 30. Januar 2015 ist Anmeldeschluss für das Medienprojekt „25 Jahre Deutsche Einheit“ des Hessischen Rundfunk (hr) in Zusammenarbeit mit der „Stiftung Zuhören“, der Staatskanzlei und dem Kultusministerium. Gemeinsam mit Schulklassen der Jahrgänge 5 bis 10 begibt sich der hr auf die Suche nach Spuren der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung. Unter allen Bewerbungen wählt eine Jury 15 Teilnehmergruppen aus. Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an die Bildungsgänge Haupt- und Realschule. Projektstart ist im März 2015.

Mit Hilfe einer einfachen Digitalkamera, eines Computers, eines Aufnahmegeräts und der passenden Software kann in wenigen Schritten eine digitale Geschichte erzählt und im Internet veröffentlicht werden. Bei der Planung und Durchführung der digitalen Geschichte, bei der Erstellung der Me-

dien und der Präsentation werden die Gruppen von Experten des hr unterstützt. Das Medienprojekt des hr ist Teil des Veranstaltungsprogramms der Landesregierung mit Workshops, Konzerten und Kinovorstellungen für Schüler, das unter dem Motto „25 Jahre Deutsche Einheit – Grenzen überwinden“ steht.

Je nach Thema und Ort sollen Audios, Videos, Fotos und Texte produziert und online präsentiert werden. Auch Orte der Geschichte, ein besonderes Gebäude oder ein Teil der Ex-Grenze, sollen vorgestellt und vor Ort mit einer Infotafel versehen werden.

Unter [www.grenzenlos.hr-online.de](http://www.grenzenlos.hr-online.de) ist auch die hr-Reportage „Ex-Grenze: War da was?“ von 2009 in einer multimedial aufbereiteten Variante zu sehen. Kurzfilme, Hörfunkreportagen, Interviews, und Bilder sowie Informationstexte und Arbeitsblätter sind an den einzelnen Abschnitten hinterlegt.



Vor 25 Jahren:  
HLZ-Titelseite  
11-12/1989  
(Axel Träger)

- *Infos, Anregungen und Bewerbungsunterlagen findet man auf der Internetseite [www.grenzenlos.hr-online.de](http://www.grenzenlos.hr-online.de). Bewerbungen mit einer ersten Projektskizze mit Thema, Ort und Personen sollen bis zum 30.1.2015 eingereicht werden.*

■ Beamendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €  
 ■ Extra günstig vom Spezialisten  
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 ■ Baufinanzierungen günstig bis 120%  
**0800 - 1000 500** Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns.  
**Seit über 35 Jahren.**



**Deutschlands günstiger Autokredit**  
**3,95%** effektiver Jahreszins  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PangV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €

[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Fax: (0621) 179190-25  
 Info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6. D. / Berufssoldaten / Akademiker**  
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate  
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamendarlehen.de](http://www.1a-Beamendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**

Mehrfachgeneraldirektor Finanzvermittlung  
 Andreas Wendthol - Prälat-Höing-Str. 19 - 46325 Borken



**Diese Kleinanzeige kostet nur 72,- EUR zzgl. MwSt.**

## Ihre Imagebroschüren, Jubiläumsbücher: Mit uns kostengünstig realisieren!

**Mensch und Leben Verlagsgesellschaft,**  
 Postfach 1944, 61289 Bad Homburg,  
 Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de), Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

**terre des hommes**  
**Hilfe für Kinder in Not**

**Spuren...**  
 ... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.  
 Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe.  
 Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

[www.tdh.de](http://www.tdh.de)

Private Akutklinik für Psychologische Medizin

Mit Fachabteilung für Essstörungen

**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**

**Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!**

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!  
**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)  
 Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

**Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...**

**Für Klubs, Schul-/ Jugendgruppen, Incentives oder Einzelteilnehmer**

**REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND**  
 Geewwkade 9, 8651 AA IJLST  
 tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

[www.segeln.nl](http://www.segeln.nl)



Die nächste  
Hessische Lehrerzeitung  
erscheint  
am 8. März 2015:  
Bitte beachten Sie den  
Anzeigenschluss  
am 13. Februar 2015.



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

Von hier an geht  
es aufwärts!

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

**Soeben neu erschienen:  
Das Standardwerk im Schulbereich!**



**SO ODER SO**

Hiermit bestelle ich gegen Rechnung \_\_\_ Expl. Dienst- u. Schulrecht für Hessen

- DuS-Loseblattwerk, 2 Ordner **oder**  DuS-CD  
 zum Preis von 38,00 EUR  **GEW-Mitglieds-Sonderpreis 28,00 EUR**

- Senden Sie mir auch die Aktualisierungen**  
zum Seitenpreis von nur 0,12 EUR ( 0,09 EUR für GEW-Mitglieder)  
Alle Preise zzgl. Versandkosten.

ANTWORT

**Mensch und Leben  
Verlagsgesellschaft mbH**

**Postfach 1944**

**61289 Bad Homburg v.d.H.**

Name und ggf. GEW-Mitgliedsnr.

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Email

Datum / Unterschrift

Für Fensterumschlag vorbereitet - oder Fax an 06172/958321 - oder Email an mlverlag@wsth.de

# Meine Arbeit ist es wert

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Hessen



MEHR  
GEHALT

Reduzierung der  
Pflichtstunden

bessere Arbeits-  
bedingungen



**WIR LASSEN UNS NICHT ABHÄNGEN!**